

# **Das Verhältnis von Anarchisten zu linken Regierungen**

Monika Wojak

1979

# Inhaltsverzeichnis

VORWORT . . . . .	3
EINLEITUNG . . . . .	5
1. Zur Vorgeschichte der spanischen Arbeiterbewegung . . . . .	6
1.1. Die anarchistische Bewegung: Entwicklung der CNT . . . . .	7
1.2. Die FAI . . . . .	11
1.3. Die sozialistische Arbeiterbewegung – PSOE und UGT . . . . .	12
1.4. Die Kommunistischen Parteien Spaniens – PCE und PSUC . . . . .	14
1.5. Die Linkskommunisten – POUM . . . . .	16
2. Die Haltung der Anarchisten zum Staat und zur Regierung . . . . .	17
3. EXKURS 1: Chronologie der wichtigsten Ereignisse: 1931 - 1939 . . . . .	21
4. Der kurze Sommer der Anarchie . . . . .	25
4.1. Die Situation in Katalonien . . . . .	26
4.1.1. Kollektivierungen . . . . .	26
4.1.2. Die Milizen . . . . .	28
4.1.3. Die Komitees . . . . .	29
4.1.4. Die "Doppelherrschaft" . . . . .	30
4.2. Die Situation im republikanischen Spanien . . . . .	32
4.2.1. Verschiedene Beispiele (Madrid, Valencia, Aragón) . . . . .	32
4.3. "Die Zentralregierung in der Zwickmühle" . . . . .	35
4.4. Das Verhältnis von Katalonien zur Zentralregierung . . . . .	39
5. "Errichtung einer Anarchistischen Diktatur oder Zusammenarbeit mit der Regierung?" . . . . .	41
5.1. EXKURS 2: Das Verhältnis der Arbeiterorganisationen zueinander während der ersten Monate des Krieges . . . . .	44
5.2. Der Regierungseintritt . . . . .	45
5.3. Begründungen und Motive der Anarchisten für den Regierungseintritt . . . . .	46
5.4. Wer trägt die Entscheidung zum Regierungsbeitritt? . . . . .	49
6. Von der Revolution zum Bürgerkrieg . . . . .	50
6.1. Der Niedergang der Anarchisten und der POUM: Die Macht der Kommunisten wächst . . . . .	54
6.1.1. Die Rolle der UdSSR . . . . .	56
6.2. Die Maiereignisse – Vorspiel, Kämpfe und Auswirkungen . . . . .	57
7. EXKURS 3: Krieg oder Revolution? . . . . .	59
8. Schlußfolgerungen der Beteiligten . . . . .	63
9. EXKURS 4: Widerspruch zwischen Führung und Basis innerhalb der libertären Bewegung Spaniens . . . . .	65
SCHLUSSFOLGERUNGEN . . . . .	67
BIBLIOGRAPHIE . . . . .	68

„Staat ist ein Verhältnis, ist eine Beziehung zwischen den Menschen, ist eine Art, wie die Menschen sich zueinander verhalten; und man zerstört ihn, indem man andere Beziehungen eingeht, indem man sich anders zueinander verhält.“  
(Gustav Landauer)

## VORWORT

”In jeder Tasche eine Bombe, angefüllt mit Dynamit, den Mordstahl in der einen, die Brandfackel in der anderen Hand - so stellt sich ein Gegner des Anarchismus in der Regel einen Anarchisten vor. Er erblickt in ihm einen Menschen, der halb Narr, halb Verbrecher, nichts weiter im Sinn hat als die Ermordung eines jeden, der nicht seiner Meinung ist, und dessen Ziel der allgemeine Wirrwarr, das Chaos ist.”<sup>1</sup>

Diese ironische Beschreibung lieferte der deutsche Anarchist Johann Most im Jahre 1889. Selbst wenn dem Anarchismus zugestanden wurde, eine politische Bewegung zu sein, die z.T. einige Bedeutung erlangte, wurde er doch von bürgerlicher und kommunistischer Seite immer als vollkommen unrealisierbar dargestellt und seine Anhänger waren, wenn nicht einfache Kriminelle, so im günstigsten Fall weltfremde Idealisten. Deutlich wird dies auch an den verschiedenen gebräuchlichen Übersetzungsmöglichkeiten des Wortes Anarchie: Herrschaftslosigkeit, Fehlen der Staatsgewalt, Gesetzlosigkeit, Planlosigkeit, Chaos, Unordnung usw.<sup>2</sup> Im ”Marxistisch-leninistischen Wörterbuch der Philosophie” heißt es zum Begriff ”Anarchismus”:

”- utopisch-kleinbürgerliche, pseudorevolutionäre Ideologie und Bewegung, die im Gegensatz zum wissenschaftlichen Sozialismus den organisierten politischen Klassenkampf wie überhaupt jede politische Organisation, Disziplin und Autorität ablehnt und die Realisierung der ’absoluten Freiheit’, der Gerechtigkeit, Gleichheit und Brüderlichkeit in der Gesellschaft von der Abschaffung aller staatlichen Machtorgane und Zwangsmittel erwartet...

Als eine spezifische Form bürgerlicher Ideologie steht der Anarchismus in unversöhnlichem Gegensatz zum wissenschaftlichen Sozialismus. Er negiert den politischen Befreiungskampf der Arbeiterklasse, die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats . . .

Durch die Propagierung radikalistischer, pseudorevolutionärer Phrasen und terroristischer Methoden desorientiert und desorganisiert er die Arbeiterbewegung und unterwirft sie damit praktisch und objektiv demselben kapitalistischen Herrschaftssystem, das er in der Phrase negiert...”<sup>3</sup>

Solche und ähnliche ”wissenschaftlichen Definitionen” ließen sich genügend finden; nur würden sie keine wesentlichen neuen Punkte beinhalten, die zur Klärung des Anarchismus als eine Theorie und praktische Bewegung beitragen. Da aber trotz der Hindernisse, die ihr von allen Seiten in den

---

<sup>1</sup> MOST, Johann Der Communistische Anarchismus, New York, 1889, S.1

<sup>2</sup> KLAUS, Georg/BUHR, Manfred (Hrsg.) Marxistisch-leninistisches Wörterbuch der Philosophie, 1.Bd., Reinbeck bei Hamburg 1972, S.68

<sup>3</sup> ebda.

Weg gelegt wurden, die anarchistische Bewegung in einer Reihe von Ländern sich im Laufe der letzten hundert Jahre entfaltete und vor allem in romanischen Ländern in Verbindung mit syndikalistischen Organisationsformen innerhalb der Arbeiterbewegung Bedeutung erlangte, kann man den Anarchismus nicht mit wenigen Worten abqualifizieren, will man seiner tatsächlichen historischen Bedeutung gerecht werden.

Auf Grund der kurzen Zeitspanne, die für diese Arbeit zu Verfügung steht, werden daher wichtige Faktoren und Hintergründe nur kurz angerissen werden können oder ganz weggelassen werden müssen, auch wenn sie u.U. für das Verständnis der Haltung der CNT-FAI (Anarchosyndikalistische Gewerkschaft - Anarchistische Organisation) von Bedeutung sind. So wird z.B. nicht auf die wirtschaftlichen und politischen Hintergründe des sog. "Nichteinmischungsvertrags" und dabei vor allem auf die Rolle Englands und Frankreichs nicht eingegangen. Auch wird die Rolle und das Ausmaß der Internationalen Brigaden in Spanien fehlen sowie ein eingehender Hintergrundbericht der Politik Stalins, Hitlers und Mussolinis. Der Kriegsverlauf wird nur kurz in einer chronologischen Darstellung erklärt und auch der Widerstand in den von Franco besetzten Gebieten wird nicht behandelt.

Dies sind einige wichtige Faktoren, die eventuell von Bedeutung wären, aber nicht behandelt werden können, da sonst die unmittelbaren Geschehnisse und die Hintergründe für das Verhalten der Anarchisten zu kurz kämen.

Hinzu kommt noch ein weiteres Problem. Die unmittelbar Beteiligten hatten während der Zeit des Geschehens keine Zeit (und kein Interesse?), die Hintergründe ihres Handelns aufzuschreiben. Zwar erschienen während der Zeit viele Zeitungen in Spanien, doch soweit dies Material überhaupt zugänglich ist, existiert es meist nur in spanischer Sprache. Die wenigen Exemplare in deutscher und englischer Sprache, die der Verfasserin zugänglich waren, enthielten aber fast keine brauchbaren Berichte. Sie waren wohl eher Propagandamaterial als Informationsmaterial. Ähnlich verhält es sich auch mit Büchern. Zwar sind innerhalb der letzten Jahre eine Reihe neuer Bücher auch in deutscher Sprache erschienen, die sich mit dem spanischen Bürgerkrieg befassen, doch außer in anarchistischer Literatur und einigen wenigen Ausnahmen wird auch in diesen Büchern die Tatsache totgeschwiegen, daß in Spanien bei Ausbruch des Bürgerkriegs die nahezu zwei Millionen Mitglieder und Anhänger umfassende anarchosyndikalistische Gewerkschaft CNT existierte und welche Rolle sie im Laufe des Kriegs und der Revolution spielte. Vor allem existiert nur wenig Literatur, in der auf die Problematik des Verhältnisses der Anarchisten zur spanischen Regierung eingegangen wird. Zusätzlich sind Zahlen-, Orts- und inhaltliche Angaben in fast allen Büchern derart widersprüchlich, daß auch diese Arbeit nicht den Wahrheitsanspruch über den Spanischen Bürgerkrieg erheben kann. Die Verfasserin beruft sich in der Hauptsache auf deutsche und englische Literatur und war bei der Auswahl dieser schon deshalb auf eine bestimmte politische Richtung angewiesen, da in anderen Büchern die Problemstellung dieser Arbeit gar nicht oder nur zu ungenügend erwähnt wird.

Wenn in nicht-anarchistischen Büchern auf die CNT und ihre Problematik eingegangen wird, wird dies meistens dazu benutzt, anhand des spanischen Beispiels zu "beweisen", daß die anarchistische Ideologie unrealistisch ist und sich nicht verwirklichen läßt. Geschichte wird von den Siegern geschrieben, und die spanischen Anarchosyndikalisten gingen aus diesem Krieg als Besiegte hervor. In dieser Arbeit soll nicht der Beweis von Richtigkeit oder Unrichtigkeit der anarchistischen Idee erbracht werden. Ziel der Arbeit ist lediglich der Versuch darzustellen, welche Rolle die anarchistische Bewegung innerhalb der Arbeiterbewegung Spaniens spielte und ihre Theorie von der "Abschaffung des Staates" anhand ihrer Praxis im spanischen Bürgerkrieg zu untersuchen. D.h., untersucht werden soll das Verhältnis, das die CNT zur spanischen Regierung im Juli 1936 hatte, wie sie sich im Laufe

der folgenden Monate dazu verhielt und welche Auswirkungen dieses Verhalten auf die Revolution in Spanien und auf den Krieg gegen Franco hatte.

## EINLEITUNG

Als die anarchosyndikalistische Gewerkschaft CNT die Mitglieder- und Anhängerschaft von fast zwei Millionen in ganz Spanien erreicht hatte, brach der spanische Bürgerkrieg im Juli 1936 aus. Vor allem in Katalonien, dem Zentrum der anarchistischen Bewegung und einem der wichtigsten Industriegebiete ganz Spaniens, konnte der Putsch Francos erfolgreich niedergeschlagen werden. Der Sieg über die Putschisten löste hier eine soziale Revolution aus, die - von einigen weiteren regionalen Schwerpunkten der anarchosyndikalistischen CNT und der anarchistischen FAI abgesehen - nirgends in Spanien dieselben Ausmaße annahm.

Während der Zeit der Zweiten Spanischen Republik erlangte Katalonien 1932 nach jahrhundertelangen Kämpfen den Autonomiestatus und war somit berechtigt, bestimmte politische und wirtschaftliche Bereiche unabhängig von der Madrider Zentralregierung zu verwalten. Trotzdem blieb Katalonien ein Teil der spanischen Republik, d.h. in vielen Bereichen nach wie vor abhängig von der Zentralregierung und kann zu keinem Zeitpunkt als unabhängiger Staat angesehen werden. Diese Tatsache beeinflusste nicht nur die Haltung vieler Anarchisten während der ersten Monate in bezug auf das Ausmaß der Revolution in Katalonien. Sie beeinflusste ebenfalls deren Haltung, die sie der Regionalregierung gegenüber einnahmen. Wäre Katalonien ein souveräner Staat gewesen, hätten sie vielleicht nach der Niederschlagung des Putsches versucht, die katalanische Regionalregierung zu stürzen und ihr eigenes System der Komitees und Räte dagegen gesetzt. Aber die Abhängigkeit Kataloniens von der Zentralregierung und die Tatsache, daß die mächtigere Kraft der beiden Regierungen bis zum Sieg Francos die Zentralregierung blieb, hatten zur Folge, daß für die spanischen Anarchisten nicht nur die Situation in Katalonien entscheidend war, noch vielmehr bestimmte die Situation im gesamten republikanischen Spanien ihr Handeln. Dies bedeutet aber, daß das Thema, das sich auf das Beispiel Kataloniens 1936 beschränkt, ausgeweitet werden muß. Es wird ebenso die Situation in Spanien außerhalb Kataloniens kurz dargestellt werden und das Verhältnis, in dem sich die beiden Regierungen zueinander befanden sowie das Verhältnis, in dem sich die spanischen Anarchisten zu beiden Regierungen befanden. Nur so kann verhindert werden, daß Schlußfolgerungen aus dem Verhalten der Anarchisten gezogen werden, die unzureichend sind.

Weiterhin erscheint eine kurze Erläuterung des Aufbaus und der Fragestellungen dieser Arbeit notwendig. Jede anarchistische Theorie und somit auch ihre Anhänger gingen davon aus, daß es während der bestehenden Gesellschaftsverhältnisse nicht möglich ist, ein fertiges Bild von der erstrebten Gesellschaft zu liefern. Zwar müssen gewisse Momente der zukünftigen Gesellschaft auch schon in bestehenden Organisationen vorweggenommen werden, um sich so auf die theoretischen Vorstellungen auch praktisch vorzubereiten und um zu verhindern, daß sich schon innerhalb der bestehenden Bewegung Führer entwickeln, die ihrerseits wieder die Macht an sich reißen und die Arbeiter und Bauern unterdrücken. Dies ist der wichtigste Grund dafür, weshalb sie hierarchisch abgebaute Organisationen und Parteien ablehnen und ebenso Gruppen, die mit den bestehenden hierarchisch aufgebauten Regierungen zusammenarbeiten. Doch der Versuch, eine neue Gesellschaftsform tatsächlich zu praktizieren, kann nur in einer revolutionären Situation erfolgreich sein.

Ein wichtiges Moment in der anarchistischen Theorie besteht darin, daß die Macht im Staat nach einer Revolution nicht übernommen werden soll (d.h. keine "Diktatur des Proletariats"), sondern der

Staat und all seine Institutionen müssen abgeschafft werden. Allerdings genügt es nicht, einfach "den Staat abzuschaffen". Noch viel wichtiger ist, es, ein neues Modell dagegenzusetzen. Wenn auch das Verhalten der spanischen Anarchisten in bezug auf ihre Regierungen während des Bürgerkriegs widersprüchlich verlief so praktizierten sie zumindest dieses neue Modell, indem sie Kollektive bildeten, ein neues Milizsystem errichteten und ein politisches Leben auf der Ebene der Komitees und Räte schufen. Für die Verfasserin war dieses Modell und seine praktische Umsetzung eines der interessantesten Aspekte der spanischen Revolution. Eine Darstellung dieses neuen Modells ist insofern notwendig, da es die eine Seite der Theorie der Abschaffung des Staates widerspiegelt und dies in unmittelbarem Zusammenhang steht mit dem Verständnis für die Hintergründe des Verhaltens der Anarchisten. Hieraus und aus dem Verhalten der spanischen Anarchisten in bezug auf die Regierungen ergeben sich weitere Fragestellungen:

Da offensichtlich viele Arbeiter und Bauern ihr neues Leben selbst und ohne die Regierungen regelten, scheint es widersprüchlich zu sein, wenn ihre Repräsentanten mit den Regierungen zusammenarbeiteten. Wie sah es also mit dem Verhältnis von Führung zur Basis innerhalb der anarchistischen Organisationen aus?

Wenn sich aber die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit erwies, in welchem Maße sollten die Anarchisten mit anderen Kräften Zusammenarbeiten und vor allem mit welchen Kräften? Wie sah das Kräfteverhältnis zwischen den Organisationen und Gruppen in Spanien aus?

War in der gegebenen Situation die Möglichkeit für eine erfolgreiche Revolution gegeben, und falls nicht, welche Schlußfolgerungen sollten daraus gezogen werden? Im Zusammenhang dazu entsteht folgende Frage: War der Krieg gegen die Faschisten als rein militärischer Krieg zu gewinnen oder bestand eine Aussicht auf Erfolg nur im Zusammenhang mit einer Revolution?

Welche Auswirkungen hatte das Verhalten der Anarchisten gegenüber den Regierungen in bezug auf ihre revolutionären Errungenschaften und in bezug auf die gesamte anarchistische Bewegung? Eine eingehende Darstellung dieser Auswirkungen wird notwendig sein, um anhand dieser Darstellung eventuelle Fehler in der Haltung der Anarchisten nachzuweisen.

Zwar wären auch die Hintergründe wichtig, die im Vorwort beschrieben wurden und nicht erklärt werden können, doch erscheinen sie für das Verständnis der Problematik dieses Themas erst von zweitrangiger Bedeutung.

## **1. Zur Vorgeschichte der spanischen Arbeiterbewegung**

Im Gegensatz zu England und Deutschland, in denen die Arbeiterbewegung vorwiegend marxistisch orientiert war und deren sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften im Laufe der Zeit überwiegend reformistische Tendenzen entwickelten, war die spanische Arbeiterbewegung schon früh von föderalistischen und libertären Tendenzen bestimmt.

Etwa 1835 kam es zur Gründung der ersten Arbeiterassoziationen, die bald nach Berufen zusammengefaßt wurden und deren Organisationsstruktur von "unten nach oben" funktionierte. Diese Gruppen unterhielten starke Verbindungen zu liberalen Geheimgesellschaften republikanischer Richtung. Allerdings waren bis in die 60er Jahre des 19. Jahrhunderts sozialistische Ideen im westeuropäischen Sinne unbekannt.

## 1.1. Die anarchistische Bewegung: Entwicklung der CNT

Die Ursprünge der anarchistischen Arbeiterorganisationen liegen im sechsten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts. Nach der Proklamation der Ersten Spanischen Republik im September 1868 veröffentlichte Bakunins Genfer Komitee, die "Allianz der sozialen Demokratie", eine Botschaft an die spanischen Arbeiter, in der die Forderung nach Provinzautonomie unterstrichen wurde, die der Führer der spanischen Liberalen, Pi y Margall, schon seit längerer Zeit vertreten hatte. Im Oktober 1868 reiste ein Freund und Mitarbeiter Bakunins, der Italiener Guiseppe Fanelli, nach Spanien in der Absicht, die spanische Sektion der Internationalen Arbeiter-Assoziation (I.A.A.) zu gründen. Der Einfluß, den er in Spanien hinterließ, führte zum Bruch der "libertären" Arbeiter mit den Republikanern. Trotzdem hätte seine Mission nicht die Auswirkungen gehabt, hätte er nicht schon eine relativ breite Arbeiter- und Bauernbewegung vorgefunden, auch wenn diese noch nicht organisiert war.

Im Jahre 1870 entstand in Barcelona die erste selbständige große Arbeiterorganisation, die "Spanische Regionalföderation der Internationale". In kurzer Zeit wurden mehr als 600 Ortsgruppen gebildet, unter denen Barcelona, Valencia, Madrid, Sevilla und Cordoba als Hauptpunkte der Bewegung galten. Am 19. Juli wurde in Barcelona der erste Kongreß der spanischen Landesföderation eröffnet.

Im Jahre 1872 wurde die Internationale verboten. Trotz der Illegalität blieben ihre Mitglieder bis zum Ende der Republik 1874 aktiv. Auf einem ihrer Kongresse 1872 in Cordoba sprach sich die spanische Sektion der Internationale formell für Bakunin und gegen Marx aus und nahm damit zu den Auseinandersetzungen in der Ersten Internationale Stellung. Die politische Betätigung innerhalb der Institutionen des bürgerlichen Staates wurde abgelehnt, nachdem Marx und Engels auf der Londoner Konferenz 1871 dazu aufgefordert hatten, sich am Parlamentarismus zu beteiligen.

Nach Wiederherstellung der Monarchie 1874 wurden die Anarchisten in den Untergrund getrieben, konnten aber auch in den darauffolgenden Jahren ihre Arbeit dank ihrer dezentralisierten Organisationsstruktur erfolgreich fortsetzen.

"Die eigentliche Leistung der anarchistischen Führer in den wenigen Jahren zwischen Fanellis Ankunft und der Wiederherstellung der bourbonischen Monarchie bestand jedoch nicht darin, daß sie begonnen hatten, die Arbeiter eines Industriezentrums wie Barcelona unter ihren Einfluß zu bringen und rund dreißig Jahre vor dem Aufkommen des anarcho-syndikalistischen Gedankens in Frankreich den revolutionären Streik anzuwenden. Das Erstaunliche am spanischen Anarchismus war der Anklang, den er beim ärmsten und verzweifeltsten Teil der Bevölkerung fand - den Landarbeitern ohne eigenen Boden und den Kleinbauern des Südens. Diese Verbindung von Handwerkern und Arbeitern in den fortgeschrittensten Industriegebieten mit den Massen auf dem Lande sicherte der anarchistischen Bewegung ihre breite Grundlage und Anziehungskraft."<sup>4</sup>

Nachdem 1874 die Liberalen unter der Monarchie wieder die Regierung bildeten, konnte sich die Bewegung wieder offener betätigen. U.a. in Katalonien fanden daher zwischen 1874 und 1902 zahlreiche Streiks statt, die von den Arbeitervereinen unterstützt wurden. Zahlreiche Gewaltaktionen während dieser Zeit schrieb man den Anarchisten zu. Ihre "Propaganda der Tat", die in einigen Sektionen zum Prinzip erhoben worden war, drückte sich u.a. in Attentaten gegen führende Persönlichkeiten aus. Diese Anschläge zogen ungewöhnlich harte Strafen nach sich.

---

<sup>4</sup> JOLL, James Die Anarchisten, Frankfurt, Berlin 1969, S.178

”1896 kam ein Gesetz gegen die Anarchisten durch, das mit größter Unnachsichtigkeit angewendet wurde. In den folgenden zehn Jahren hagelten, begleitet von den Protesten der Liberalen Europas, auf die Anarchisten Kerker- und Todesstrafen herab, die in ihrer Unbarmherzigkeit und häufigen Willkür bis zu den totalitären Regimes des 20. Jahrhunderts kaum ihresgleichen hatten.”<sup>5</sup>

1888 wurde die ”Spanische Regionalföderation” aufgelöst, da die führenden Persönlichkeiten der Anarchisten meinten, daß eine Zentralorganisation nicht nötig sei. Außerdem trugen zu dieser Entscheidung die Meinungsverschiedenheiten zwischen den ”Kollektivistern” und ”Kommunisten” bei. Die Frage war: Sollen anarchistische Organisationen nur überzeugte Anarchisten aufnehmen oder alle teilnahmewilligen Arbeiter und Bauern?

Die Entscheidung der spanischen Anarchisten für den Anarchosyndikalismus im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts löste diese Streitfrage. Der Kollektivismus wurde als unmittelbare Grundidee beibehalten.

Die CNT:

Im Oktober 1910 wurde in Sevilla die Confederación Nacional del Trabajo (CNT) gegründet. Bei der Gründung setzten sich teilweise die kollektivistischen Prinzipien Bakunins, teilweise die Prinzipien der Ersten Internationale durch sowie Konzepte des revolutionären Syndikalismus. Der Syndikalismus wurde dabei allerdings nicht als Ziel, sondern als Mittel im Kampf gegen die Herrschenden angesehen. Auf dem Gründungskongreß wurden die ideologischen Grundlagen in einem Statut definiert, in dem es unter anderem heißt:

”Die materielle Befreiung der Arbeiter kann nur die Folge ihrer geistigen Befreiung sein. Wenn die Arbeiter sich nicht mehr als Sklaven fühlen, werden sie sich befreien können. Doch die Arbeiter können sich nicht frei fühlen, solange sie sich nicht von den Befreiern oder Führern freigemacht haben, deren Ziel darin besteht, nach Vernichtung der alten Ordnung eine neue Gesellschaft zu organisieren, in der sie die Privilegierten sein werden.”<sup>6</sup>

Durch ihren nichtzentralisierten, unbürokratischen und nichthierarchischen Aufbau unterschied sich die CNT von den sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen des übrigen Europas, aber auch Spaniens. Der Schriftsteller H. M. Enzensberger geht in seinem Urteil über die CNT sogar so weit, sie als ”die einzige revolutionäre Gewerkschaft der Welt” zu bezeichnen :

”Sie hat sich nie als ’Sozialpartner’ verstanden, der mit den Unternehmern verhandelt, um die materielle Lage der Arbeiterklasse zu verbessern; ihr Programm und ihre Praxis bestanden darin, den offenen permanenten Krieg der Lohnarbeiter gegen das Kapital bis zum endgültigen Sieg zu führen. Dieser Strategie entsprach ihr Aufbau und ihr taktisches Verhalten. Sie war nie ein Zusammenschluß von Beitragszahlern, und sie hat keine finanziellen Reserven akkumuliert. Ihr Mitgliederbeitrag war in der Stadt sehr geringfügig, auf dem Lande war die Mitgliedschaft oft ganz umsonst. Noch 1936 hatte die CNT bei über einer Million von Organisierten nur einen einzigen bezahlten Funktionär. Ein bürokratischer Apparat existierte nicht. Die Führungskader lebten von ihrer eigenen Arbeit im

---

<sup>5</sup> ders., S.181

<sup>6</sup> SOUCHY, Augustin Anarcho-Syndikalisten über Bürgerkrieg und Revolution in Spanien, Darmstadt 1969, S.33



Betrieb oder von der direkten Unterstützung der Gruppen an der Basis, für die sie tätig waren. ... Die ständige Kontrolle von unten wurde nicht formal durch Statuten garantiert; sie folgte aus den Lebensverhältnissen der Militanten, die auf das Vertrauen ihrer Basis unmittelbar angewiesen blieben.”<sup>7</sup>

Bereits 1919 verfügte die CNT über 800 000 Mitglieder, 500 000 davon allein in Katalonien.

Die Nachrichten über die russische Revolution ließ die Mitglieder auf einem Kongreß in Madrid zu dem Entschluß kommen vorläufig der Kommunistischen Internationale beizutreten. Im weiterem Verlauf der Entwicklung der Revolution (Zerschlagung der Sowjets, Verfolgung der Anarchisten und Anarchosyndikalisten, Machno-Bewegung, Kronstadt) rückten die spanischen Anarchosyndikalisten aber immer mehr von der Kommunistischen Internationale bzw. von der ”Roten Gewerkschaftsinternationale” ab und kehrten der RGI 1922 endgültig den Rücken zu. Rückblickend schreiben sie dazu in einem Beitrag zum zehnjährigen Bestehen der anarchosyndikalistischen Internationale:

”Im Laufe der Zeit und mit Hilfe besserer und zahlreicherer Informationen erkannten wir endlich, wohin wir geraten waren. In dem Glauben, der Vereinigung der revolutionären Kräfte dienstbar zu sein, hatten wir die Revolution mit einer politischen Partei verwechselt, die alle Macht des Staates in ihren Händen vereinigte und die die wahrhaften russischen Revolutionäre mit einem Despotismus verfolgte, der in keinem anderen Land seinesgleichen findet; und das alles unter dem Vorwand, den proletarischen Interessen zu dienen.”<sup>8</sup>

Der Bruch mit der Kommunistischen Internationale hatte u.a. den Austritt zweier bedeutender Mitglieder zur Folge, die nach der russischen Revolution nach Moskau gesandt worden waren und zum Kommunismus übertraten: Andrés Nin und Joaquín Maurín, den späteren Mitbegründern der POUM. (s.u.)

Obwohl die CNT seit ihrer Gründung immer wieder Verfolgungen ausgesetzt war, wurde sie erst unter der Diktatur Primo de Riveras (1923-1930) vollkommen in die Illegalität getrieben. Ihre Kader blieben aber weiterhin bestehen, und Versammlungen und Konferenzen von Delegierten der regionalen Föderation fanden heimlich statt. Nach ihrer Legalisierung durch die Zweite Republik konnte sie sich daher schnell wieder reorganisieren und verfügte 1931 wieder über 500 000 Mitglieder. Trotzdem ist diese Zahlenangabe mit Vorsicht zu betrachten, da sie in verschiedenen Quellen widersprüchlich angegeben wird. Auf dem außerordentlichen Kongreß der CNT im Jahre 1931 erschienen nach offiziellen CNT-Quellen ”432 Delegierte in Vertretung von 632 000 Mitgliedern”.<sup>9</sup> H. G. Dahms dagegen registriert für 1931 schon ”980 000 organisierte Anarchisten”<sup>10</sup>. 1932 aber sind schon ”die Arbeitermassen..., die von den revolutionären Aktionen der CNT beeinflußt werden und bereit sind, mit ihr zu marschieren, ... mit 2 Millionen Männern und Frauen ... (zu veranschlagen) ; an Mitgliedern ... (hatte die CNT) eine Million, und Beiträge zahlten etwa 200 000.”<sup>11</sup>

Auch wenn die Organisation über diese großen Mitgliederzahlen verfügte und zusätzlich viele Anhänger hatte, war sie nicht die einzige Kraft in der spanischen Arbeiterbewegung (s.u.), und somit

---

<sup>7</sup> ENZENSBERGER, Hans Magnus Der kurze Sommer der Anarchie, Frankfurt 1973, S.33

<sup>8</sup> ”I.A.A. 10 Jahre Internationaler Klassenkampf”, Gedenkschrift zum zehnjährigen Bestehen der Internationalen Arbeiter-Assoziation, Hrsg. Sekretariat der Internationalen Arbeiter-Assoziation, Berlin 1932, S.34

<sup>9</sup> FERNÁNDEZ,V. Orbon Sturm über Spanien, Berlin 1931, S.18

<sup>10</sup> DAHMS, Hellmuth Guenther Der spanische Bürgerkrieg 1936-1939, Tübingen 1962 ,S.47

<sup>11</sup> ”I.A.A. ...” a.a.O., S. 44

stellte sich die Frage nach Bündnispartnern. Hieraus entwickelte sich eine Gruppe aus Syndikalisten innerhalb der CNT (im Gegensatz zu den "reinen Anarchisten") die die klassisch-anarchistischen Vorstellungen weiterentwickelte. Diesem Flügel gehörten u.a. Juan Peiró, Salvador Seguí und Diego Abad de Santillán an. Auf dem Kongreß der CNT in Madrid im Jahre 1931 legte Peiró einen Plan zur Reorganisation der CNT vor, in dem er u.a. die Bildung von nationalen Industrieföderationen vorschlug. Die CNT wurde dabei nicht nur als Organ zur Machteroberung angesehen, sondern auch als Organ der zukünftigen Gesellschaft.

"Hier ist das utopische und antizipatorische Moment stets vorhanden, Freiheit und Selbstbestimmung der einzelnen Einheiten und Sektionen wird nicht zugunsten einer straff zentralisierten Organisation aufgegeben oder in die Zukunft verbannt."<sup>12</sup>

Die Industrieföderationen sollten zur besseren Koordination der einzelnen Gewerkschaften dienen, wobei ihr Aufbau aber weiterhin stark dezentralisiert sein sollte und die einzelnen Gewerkschaften ihre Autonomie weitgehend behalten sollten. Der Syndikalismus wurde hierbei wie folgt definiert:

"Der Syndikalismus beschränkt sich nicht allein darauf, ökonomische und soziale Verbesserungen zu erreichen, ... sondern er bildet insgesamt eine Opposition gegen den Kapitalismus und den Staat."<sup>13</sup>

Trotz ihrer immer wieder auftauchenden inneren Schwierigkeiten blieb die CNT dem Grundsatz des Klassenkampfes und der direkten Aktion der Arbeiter treu und konnte sich damit eine Aktionsbasis unter den kampfwilligen Arbeitern schaffen und erhalten.

"Die anarchosyndikalistische Tradition trug wesentlich dazu bei, daß die Gewerkschaften aus einer bloßen Verteidigungswaffe im Alltagskampf zu einer lebendigen Zelle des gesellschaftlichen Organismus wurden. In vielen Fällen beherrschten sie die gesamte Freizeit der Arbeiter. Sie stellten sich den Arbeitern als das einzige echte revolutionäre Kampfmittel dar. Sie galten als wirksames Werkzeug der sozialen Umwälzung. Sie waren im eigentlichen Sinne die Organisation der Arbeiterklasse und für die Arbeitermassen insofern viel wichtiger als die politischen Parteien."<sup>14</sup>

Die Jahre während der Zweiten Republik waren von vielen Streiks und Aufständen bestimmt, da während dieser Zeit die versprochenen Reformen und Verbesserungen für die Arbeiter und Bauern nicht erfüllt wurden. Vor allem die ungelöste Agrarfrage war Ursache immer wiederkehrender Aufstände, bei denen z.T. wie in Casas Viejas versucht wurde, die anarchistische Idee von der freiheitlichen Kommune in die Praxis umzusetzen. Aber auch in industriellen Gebieten waren Streiks an der Tagesordnung. Die immer stärker werdende Radikalisierung der Streiks und Kämpfe wird von Pierre Broué allerdings in erster Linie auf den Einfluß der seit einigen Jahren bestehenden anarchistischen Organisation FAI zurückgeführt.<sup>15</sup>

---

<sup>12</sup> SANTILLÁN, de Diego Abad / PEIRÓ, Juan Ökonomie und Revolution, Berlin 1975, hier: Vorwort von Th.Kleinspohn, S.13

<sup>13</sup> PEIRÓ, J., Syndikalismus und Anarchismus, in: ders., S.29

<sup>14</sup> BROUÉ, Pierre / TÉMIME, Emile, Revolution und Krieg in Spanien, Frankfurt a.M. 1968, S.68

<sup>15</sup> vgl. ders., S.66

## 1.2. Die FAI

Während der Phasen, in denen sich die CNT in der Illegalität befand, stellte sich häufig das Problem daß sie als Massenorganisation nicht im Unsichtbaren arbeiten konnte. Außerdem waren die radikalsten Vertreter der CNT der Meinung, man müsse die "Flirts mit Republikanern", die sie Teilen der CNT vorwarfen, unterbinden und verhindern, daß die Gewerkschaft auf einen reformistischen Kurs abwanderte.<sup>16</sup>

Im Jahre 1927, also während der Diktatur Primo de Riveras, wurde daher in Valencia die Federación Anarquista Ibérica (FAI) gegründet, die anfangs als "eine Geheimgesellschaft ganz nach den Vorstellungen Bakunins"<sup>17</sup> fungierte. Die FAI arbeitete seit ihrem Bestehen grundsätzlich konspirativ. Von daher ist weder über ihre Mitgliederzahl noch über ihre innere Organisationsstruktur näheres bekannt. Broué charakterisiert die Gruppe folgendermaßen:

"Nach dem Vorbild der alten Bakuninschen Allianz im geheimen organisiert, aus kleinen geschlossenen Zirkeln, die sich mit Freimaurerlogen vergleichen ließen, zusammengeschnitten und von einem Komitee geleitet, wurde die FAI zum geistigen Führungszentrum des anarchosyndikalistischen Gewerkschaftsbundes."<sup>18</sup>

Während der CNT als Massenorganisation auch viele Arbeiter angehörten, die für dieselben tagtäglichen Ziele kämpften, aber nicht notwendigerweise mit dem endgültigen Ziel übereinstimmten, bekannten sich die Mitglieder der FAI eindeutig zu anarchistischen Prinzipien. Daher waren alle Mitglieder FAI auch in der CNT organisiert, aber nicht umgekehrt. Somit bildete die FAI sozusagen den harten Kern der anarchistischen Gewerkschaften. Broué stellt dies allerdings fast schon so dar, als sei die CNT zu einem mehr oder weniger willenslosen Werkzeug in den Händen der FAI. "Die FAI war es, die die CNT von jeder Verständigung mit Republikanern oder Sozialisten abhielt; die FAI durchtränkte die CNT-Propaganda mit dem anarchistischen Geist unversöhnlicher Feindschaft gegen den Parlamentarismus als 'Betrug' an den arbeitenden Menschen; die FAI erzog die Gewerkschaftsmitgliedschaft der CNT zu permanentem Wahlboykott."<sup>19</sup> Sie praktizierte u.a. die sog. "Propaganda der Tat".

Dies war einer der Gründe dafür, daß die Organisation seit ihrem Bestehen oft zu Spekulationen und regelrechter Schreckenspropaganda ausgenutzt wurde. Die Gegner der Anarchisten wiesen dabei vor allem immer wieder auf die kriminellen Elemente hin, die sich in der FAI und insbesondere in Barcelona breitgemacht hätten. Aber anders als in den westeuropäischen Arbeiterorganisationen mit ihrem Respekt vor dem Privateigentum, war der bewaffnete Widerstand in der spanischen Arbeiterklasse von jeher ein legitimes Mittel, da ihr Widerstand auch bewaffnet unterdrückt wurde. Trotz der härtesten Angriffe seitens der Polizei und des Staatsapparates gegen die FAI wurde diese Organisation für die anarchosyndikalistische Gewerkschaftsbewegung relativ bald von großer Bedeutung.

Zwischen den beiden Organisationen gab es seit 1931 mehrere schwere Auseinandersetzungen. Insbesondere der oben erwähnten Gruppe um Peiró, López, Pestaña<sup>20</sup> u.a., die sog. "Treintistas" (Gruppe der Dreißig) wurde "Reformismus" vorgeworfen und sie wurde von der CNT ausgeschlossen. Sie bil-

---

<sup>16</sup> vgl. JOLL, a.a.O., S. 190

<sup>17</sup> ebda.

<sup>18</sup> BROUÉ / TÉMIME, a.a.O., S. 266

<sup>19</sup> ebda.

<sup>20</sup> Pestaña kehrte nicht in die CNT zurück, sondern bildete einige Zeit nach seinem Ausschluß eine eigene Partei, die er "Syndikalistische Partei" nannte.

deten die sog. "Oppositionsgewerkschaften", die von der FAI als reformistisch bezeichnet wurde, die sich aber im Gegensatz zu CNT und FAI am Aufstand der asturischen Bergarbeiter im Oktober 1934 beteiligten. Im Jahre 1936 kehrte diese Gruppe allerdings in die CNT zurück, obwohl sie sich nach wie vor dafür einsetzte, daß die Gewerkschaften unabhängig von allen politischen Gruppen und Parteien – also auch von der FAI – arbeiten sollten. Broué sieht in ihrer Rückkehr den Rückgang des Einflusses der FAI, der dann im Februar 1936 besonders deutlich wird, als von der CNT zum erstenmal in ihrer Geschichte nicht zum Wahlboykott aufgerufen wurde.

### 1.3. Die sozialistische Arbeiterbewegung – PSOE und UGT

Im Gegensatz zur anarchistischen Arbeiterbewegung paßte der spanische Sozialismus von Anfang an eher zur westeuropäischen Tradition.

Nachdem aus der spanischen Sektion der Ersten Internationale eine kleine sog. autoritäre Gruppe ausgeschlossen worden war, bildete diese den Kern der späteren Partido Socialista Obrero Español, die am 2. Mai 1879 in Madrid gegründet wurde. 1881, als von der Regierung Sagasta das Assoziationsrecht zugestanden wurde, konnte die Partei zum erstenmal offen und legal auftreten und ihren ersten Kongreß abhalten. Ihr Programm, welches auf dem Kongreß verabschiedet wurde, enthielt u.a. Punkte wie Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, vollen Arbeitsertrag für die Werktätigen, kostenlose Ausbildung und Forderungen nach Kranken- und Altersversorgung. Dies Programm unterschied sich inhaltlich in keiner Weise von denen anderer europäischer sozialistischer Parteien und war ein Grund dafür, daß die spanische SP anfangs nicht über eine Sekte hinaus kam. Ein weiterer Grund lag darin, daß sie die Veränderung der bestehenden Machtverhältnisse meinte durch Wahlen herbeiführen zu können, was bei der großen Mehrheit des spanischen Proletariats aufgrund eigener historischer Erfahrungen mit dem korrupten Wahlsystem auf Widerstand stieß.

Bis 1886, als sie ihr erstes regelmäßiges Organ, die Wochenzeitung "El Socialista" herausgeben konnte, zählte sie lt. Broué etwa einige tausend Mitglieder. Um Anhänger zu gewinnen, mußte sie praktisch jedes neue Mitglied durch lange Überzeugungsarbeit gewinnen, womit sich auch ihre innere Organisationsstruktur erklären läßt: straffe Disziplin in einem zentralistisch aufgebauten Parteiapparat mit reformistischen Tendenzen. Im Jahre 1888 wurde die eigene gewerkschaftliche Organisation gegründet, die Unión General de Trabajadores (UGT), deren Organisationsstruktur ganz der der Sozialistischen Partei entsprach. Franz Borkenau schreibt dazu in seinem Buch: "Die Sozialisten und die UGT waren nicht gegen, sondern für die Entwicklung des Kapitalismus."<sup>21</sup> Zur Verdeutlichung soll eine Bittschrift dienen, die die Gewerkschaften am 1. Mai 1890 an die Cortes (spanisches Parlament) richtete:

"Indem wir uns im Namen unserer Kollegen des Madrider Baugewerbes an die erhabenen Cortes wenden, in der Überzeugung, die Bestrebungen der gesamten spanischen Bauarbeiter auszudrücken, bitten wir um die Einführung eines Gesetzes, das die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden festlegt und die Arbeit von Frauen und Kindern in den Fabriken begrenzt, ... . Übertriebene und utopische Forderungen sind uns völlig fremd. Wir fordern nur, was recht und billig ist. Die Arbeiter, die wir vertreten, hoffen vertrauensvoll, daß die Cortes ihre bescheidenen Forderungen erfüllen, womit eine Ära des sozialen Frie-

---

<sup>21</sup> BORKENAU, Franz The Spanish Cockpit, An Eye-Witness Account of the Political and Social Conflicts of the Spanish Civil War, Ann Arbor 1963, S.25 (Textstelle von der Verfasserin übersetzt)

dens eingeleitet werde und der Arbeiterklasse ein erhebendes Beispiel der Liebe für die Gerechtigkeit gegeben werden würde.”<sup>22</sup>

Mit zunehmender Industrialisierung wuchs auch die UGT, vor allem im Norden, bis sie um 1895 lt. Broué etwa 6000 Mitglieder verzeichnen konnte. Augustin Souchy berichtet allerdings, daß die UGT in wenigen Jahren nach ihrer Gründung die Zahl von 40 000 Mitgliedern erreichen konnte.<sup>23</sup> Die SP erreichte bei den Corteswahlen im Jahre 1890 etwa 20 000 Stimmen<sup>24</sup>. Erst um die Jahrhundertwende gelang es der Sozialistischen Partei und der UGT, sich zu Massenorganisationen zu entwickeln und Einfluß auf die Arbeitskämpfe zu nehmen. Der wichtigste Streik in diesem Zusammenhang ist der Bergarbeiterstreik im Gebiet um Bilbao, womit die UGT im Norden Spaniens, vor allem im Baskenland, festen Fuß faßte.

Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts dehnte die UGT ihren Einfluß auch auf dem Lande aus und wurde somit zur Konkurrentin der anarchistischen Bewegung, sogar in Gebieten wie Andalusien, in denen die Anarchisten über eine sehr starke Basis verfügten. Ein wichtiges Moment dieses Erfolges waren die "casas de pueblo" (Volkshäuser), die Schulungs-, Bildungs- und Kommunikationsstätten zugleich waren. Hier bildete die UGT in der Folgezeit ihre Armeen von Arbeiterfunktionären heran. Außer in Katalonien, wo die Anarchisten nach wie vor die bei weitem stärkste Organisation der Arbeiterklasse darstellen, dehnte die UGT bis zum Ersten Weltkrieg allmählich ihren Einfluß auf ganz Spanien aus. Sie führte den Generalstreik von 1917 an und verfügte bereits 1918 über 200 000 Mitglieder<sup>25</sup>. Die Streiks zwischen 1914 und 1917 hatten aber auch zur Folge, daß sich die UGT radikalisierte und häufig die militanten Kampfformen der CNT anwandte, woraus sich z.T. gemeinsame Aktionen zwischen UGT und CNT entwickelten.

Die russische Revolution hatte auch für die Entwicklung innerhalb der SP und der UGT große Bedeutung. Bei der Frage des Eintritts in die Dritte Internationale kam es zu schweren Auseinandersetzungen, die in der Spaltung der Sozialistischen Partei gipfelten. Die Fraktion, die bei der Abstimmung unterlag (die Abstimmung hatte gegen den Eintritt in die Komintern entschieden), verließ mit fast der Hälfte der Mitglieder die Partei und schloß sich mit den ehemaligen CNT-Mitgliedern um Maurin und Nin zusammen, um die Kommunistische Partei Spaniens zu gründen.

Die Primo de Rivera Diktatur rief wieder eine Krise innerhalb der SP hervor. Rivera hatte den Sozialisten die Teilnahme an staatlichen Einrichtungen vorgeschlagen, um damit die Möglichkeit zu erhalten, die Klassenkämpfe zu entschärfen und Kompromisse zwischen den reformistischen Arbeiterorganisationen und dem Staat zu erreichen. Zugleich sollte dies zur Schwächung der CNT dienen. Der UGT-Sekretär Francisco Largo Caballero nahm das Angebot zur Zusammenarbeit an und wurde zum Staatsrat ernannt, während sein Gegenspieler, der liberal orientierte Sozialistenführer Indalecio Prieto die Zusammenarbeit mit einer Diktatur ablehnte. Caballero erreichte mit Hilfe der von Rivera geschaffenen paritätischen Schlichtungsausschüsse konkrete Verbesserungen für das Landproletariat, wodurch die UGT vor allem ihren Einfluß in Extremadura, Altkastilien, Galicien und Granada stärken konnte. Der Kompromiß mit der Rivera Diktatur führte aber langfristig zur Diskreditierung der Sozialisten innerhalb des Industrieproletariats, insbesondere durch die brutale Unterdrückung der Anarchosyndikalistinnen während dieser Zeit, die die Sozialisten direkt oder indirekt mitverantworteten.

---

<sup>22</sup> SOUCHY, A., a.a.O., S. 3 4 f.

<sup>23</sup> vgl. ebda.

<sup>24</sup> vgl. ebda.

<sup>25</sup> vgl. BROÉ / TÉMIME, a.a.O., S. 73

Nach dem Sturz der Monarchie beteiligte sich die SP zwei Jahre an einer Regierungskoalition mit bürgerlichen Republikanern und Caballero wurde Arbeitsminister im Kabinett Azana womit die Sozialisten ihren reformistischen Kurs beibehielten. Die Abkehr vom Reformismus trat erst 1934 nach dem Sieg der Rechten ein, was u.a. an ihrer Teilnahme am asturischen Bergarbeiteraufstand deutlich wurde. Hier verzichtete die UGT ausdrücklich auf jedes Paktieren mit bürgerlichen Parteien und stellte sich kompromißlos hinter die Forderungen der asturischen Arbeiter nach sozialer Revolution. "Largo Caballero, bis dahin eine Säule des Reformismus (wurde) zum Inspirator der 'linken' Richtung ... zu einem der Hauptverantwortlichen für den Kurswechsel" innerhalb der UGT und der gesamten sozialistischen Bewegung Spaniens. Caballero erklärte im Februar 1934: "Die einzige Hoffnung der Massen ist heute die soziale Revolution."<sup>26</sup>

Die Tatsache, daß die UGT, die nach der Primo de Rivera Diktatur über etwa 300 000 Mitglieder verfügte und im Jahre 1934 schon etwa 1 1/4 Million Mitglieder hatte, führt V. Richards z.T. darauf zurück, daß sich viele Landarbeiter und Bauern in der Gewerkschaft organisierten, die sich von den Sozialisten in der Regierung eine Agrarreform erhofften. Aber ebenso wie in der CNT waren längst nicht alle Mitglieder der UGT tatsächlich Sozialisten.<sup>27</sup>

Im Februar 1936 beteiligten sich die Sozialisten an dem Volksfrontbündnis "Frente Nacional", wobei sich die linke Fraktion um Largo Caballero gegenüber der reformistisch gebliebenen Fraktion um Prieto durchsetzte. Prieto meinte, nur durch Mitarbeit in der Regierung seien die Ziele zu erreichen, während die "Caballeristas" die Zusammenarbeit mit den Anarchosyndikalisten anstrebten und die Selbstbewaffnung des Volkes forderten.

#### 1.4. Die Kommunistischen Parteien Spaniens – PCE und PSUC

Die Linksoption, die sich nach den Auseinandersetzungen bzgl. der Komintern von der Sozialistischen Partei abspaltete, schloß sich der 1920 gegründeten Partido Comunista Español (PCE) an, die aus einer sozialistischen Jugendorganisation hervorgegangen war. Bis 1930 hatte diese Partei lt. Rudolf Rocker u.a. kaum einige hundert Mitglieder. Auch Broué betont, daß sie aufgrund ihrer schwachen Mitgliederzahl bis dahin nicht einmal in der Lage war, einen eigenen Parteitag abzuhalten.

Die Situation der PCE unter der Primo de Rivera Diktatur wird unterschiedlich beurteilt. Während Pierre Broué schreibt, daß die PCE während dieser Zeit harten politischen Verfolgungen unterworfen war<sup>28</sup>, hält G. Brenan sie für so unbedeutend, daß die Regierung nicht einmal ihre Zeitung "mundo obrero" verbieten mußte.<sup>29</sup>

Eines der entscheidenden Probleme der PCE war die bereits weitgehend vollzogene Organisation der spanischen Arbeiter und Bauern und vor allem die Tatsache, daß politische Parteien für sie eine weitaus geringere Bedeutung spielten als die beiden großen Gewerkschaften CNT und UGT. Während des Aufstands in Asturien gelang es der PCE, eine Minderheit hinter sich zu bringen. Auch einige Gewerkschaften wie in Málaga, Cádiz und Sevilla konnte sie unter ihren Einfluß bringen, blieb aber vom Rest der organisierten Arbeiterbewegung bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs isoliert. Persönlichkeiten, die auch außerhalb der Partei an Ansehen und Einfluß gewannen, brachte die PCE nicht

---

<sup>26</sup> ders., S.74

<sup>27</sup> vgl. RICHARDS, Vernon Lessons of the Spanish Revolution, London 1972, S.56 f.

<sup>28</sup> vgl. BROUÉ / TÉMIME, a.a.O., S. 81

<sup>29</sup> vgl. BRENAN, Gerald, The Spanish Labyrinth, London 1943, reprint New York 1974, S.306

hervor bis auf die bekannte Massenrednerin Dolores Ibarruri Gómez, bekannter unter dem Namen La Pasionaria.

Schon seit ihrer Gründung war die PCE permanenten Auseinandersetzungen und Spaltungen unterworfen. Zurückzuführen sind diese Vorgänge, die einen kontinuierlichen Aufbauprozeß der Partei nicht ermöglichten, hauptsächlich auf die wechselhafte Politik der Komintern, deren Kurs die PCE bedingungslos nachvollzog. Ein weiterer Gesichtspunkt für ihre organisatorischen Schwierigkeiten bestand darin, daß die Politik der Komintern die spanischen sozialen und politischen Verhältnisse in keiner Weise berücksichtigte und die stalinistische PCE damit lange Zeit ein Fremdkörper innerhalb der spanischen Arbeiterbewegung blieb.

Die an marxistisch-leninistischen Prinzipien festhaltenden Kommunisten der PCE, die deren stalinistische Variante ablehnten, mußten die Konsequenzen ziehen: Die Linksoption spaltete sich von der Partei ab oder wurde von ihr ausgeschlossen und verfiel in verschiedene kleine untereinander rivalisierende Gruppen. Was dann nach Abspaltung und Ausschlüssen, die 1932 ihren Höhepunkt erreicht hatten, von der PCE übrigblieb, nennt Borkenau polemisch "ein Politbüro von Nullen ... und eine gebrochene Partei ohne jeden Einfluß."<sup>30</sup>

Die Errichtung der Zweiten Republik fiel etwa mit der "dritten Periode" des Sektierertums der Kommunistischen Internationale zusammen. Da die Kommunisten während der folgenden Periode vornehmlich gegen die Sozialisten und Sozialdemokraten kämpften, "konnte von 'Einheitsfront' mit 'Sozialfaschisten' keine Rede sein"<sup>31</sup>, und bis zum September 1934 boykottierte die PCE alle Vereinheitlichungsversuche der anderen Arbeiterorganisationen, während sie sich dann im Oktober beim asturischen Aufstand zum erstenmal mit anderen Organisationen zusammenschloß. Von dem Zeitpunkt an verfolgte sie die Einheitspolitik, die nach dem VII. Weltkongreß der Komintern im Sommer 1935 in Moskau noch verstärkt wurde.<sup>32</sup> Die Mitglieder wurden aufgefordert, einzeln der UGT beizutreten, und in Katalonien kam es zum Zusammenschluß von PCE und einigen katalanischen Sozialistengruppen, aus dem am 24. Juli 1936 die Partido Socialista Unificat de Catalunya (PSUC) hervorging. Die zahlenmäßige Stärke des PSUC läßt sich anhand der vorliegenden Literatur nicht aufschlüsseln. Allerdings läßt sich, folgt man George Orwell, die soziale Struktur dieser Partei grob skizzieren: "Die PSUC (war) teilweise eine Partei der Arbeiter und teilweise der kleinen Bourgeoisie, der Ladenbesitzer, der Beamten und der wohlhabenden Bauern."<sup>33</sup> Diese soziale Struktur wird auch in verschiedenen Quellen in etwa für die PCE angegeben, deren soziale Basis sich im Laufe des Bürgerkrieges aber immer mehr in Richtung Kleinbürgerum entwickelte. Zur zahlenmäßigen Stärke am Vorabend des Bürgerkrieges sollen einige, wenn auch widersprüchliche, Angaben ihre zahlenmäßige Bedeutungslosigkeit zu der Zeit verdeutlichen: Broué beziffert sie für 1936 mit "nicht mehr als 30 000 Mitglieder"<sup>34</sup>, Hugh Thomas berichtet von "nur etwa 10 000 Mitgliedern" um diese Zeit, auch wenn die PCE "behauptet, es seien 35 000."<sup>35</sup> General G. W. Krivitsky, 1936 Chef der europäischen Abteilung der sowjetischen militärischen Spionage, dagegen gibt eine völlig andere Einschätzung der quantitativen Stärke der PCE:

---

<sup>30</sup> BORKENAU, a.a.O., S.83 (Textstelle von der Verfasserin übersetzt)

<sup>31</sup> BROUÉ / TÉMIME a.a.O., S.83

<sup>32</sup> Vgl. dazu die Rede von Dimitrov auf dem Weltkongreß zur Volksfrontstrategie

<sup>33</sup> ORWELL, George Mein Katalonien, reprint 1976 Amsterdam, S.76

<sup>34</sup> BROUÉ / TÉMIME a.a.O., S.82 f.

<sup>35</sup> THOMAS, Hugh Der Spanische Bürgerkrieg, Frankfurt a.M., Wien, Zürich 1964, S.89

”... die Zahl ihrer Mitglieder war mikroskopisch klein – in der Kommunistischen Partei waren alles in allem dreitausend Mann.”<sup>36</sup> Über ihre Stärke in Katalonien sagt das folgende Zitat von Gerhard Wohlraht, einem kommunistischen Teilnehmer der Volksolympiade in Barcelona im Juli 1936, einiges aus:

”Überall hingen Fahnen, schwarz-rote mit den Buchstaben CNT und FAI, rote Fahnen mit UGT und rote Fahnen mit Hammer und Sichel, auf denen POUM zu lesen war, sowie die gestreiften Fahnen der katalanischen Linksrepublikaner. Aber wo wehte die Fahne der Kommunistischen Partei Spaniens?”<sup>37</sup>

Die PCE konnte ihre Massenbasis aber kurz nach Ausbruch des Bürgerkriegs um ein Vielfaches verbreitern. Kurz nach Beginn der militärischen Kämpfe verlor die SP ihre Jugendorganisation mit etwa 200 000 Mitgliedern, die mit der kommunistischen Jugendorganisation zur Juventudes Socialistas Unificadas (JUS) verschmolz und damit praktisch zur PC überging.

### 1.5. Die Linkskommunisten – POUM

Der ehemalige PCE-Funktionär Joaquín Maurín gründete nach seinem Austritt aus der PCE mit einigen Freunden den Bloque Obrero y Campesino (BOC), welcher der ”praktischen Gewerkschaftsarbeit größerer Bedeutung” beimaß als dem Aufbau einer Partei. ”Sie (die Maurín-Gruppe, d.V.) hatten sich geweigert, nach den Direktiven besondere ’rote’ Gewerkschaften gegen die UGT und die CNT ins Leben zu rufen. ...”<sup>38</sup> Ein weiterer Kontrapunkt des BOC zur PCE war die Ablehnung der Komininternlinie und die grundsätzliche Absage an jegliche positive Stellungnahme zu der innersowjetischen Politik Stalins.

Andrés Nin, der ebenfalls aus der PCE ausgetreten war, gründete mit Juan Andrade, einem kommunistischen Jugendfunktionär, die Izquierda Comunista Española (ICE), ”die ihre Orientierungsmaßstäbe von Trotzki bezog. Ihr Ausgangspunkt war die Auseinandersetzung um den Weg des Kommunismus in der Sowjetunion; die Kritik an der Sowjetführung stand für sie im Mittelpunkt aller Neuorientierungsversuche.”<sup>39</sup> Die ICE, die sich im wesentlichen theoretischen Fragen, weniger dem Aufbau der Organisation, widmete, trennte sich nach vorangegangenen Differenzen 1934 von Trotzki, weil er an sie die Forderung stellte, in die PSOE einzutreten.<sup>40</sup> Statt diesen Schritt zu vollziehen, entstand am 25. September 1935 die Partido Obrero Unificación Marxista (POUM) aus der Fusion von ICE und BOC mit dem ausdrücklichen Ziel, die ”Einheit der spanischen Arbeiterklasse” herbeizuführen.<sup>41</sup> Broué präzisiert das Gründungsmotiv von ICE und BOC zur POUM als die erklärte ”Absicht ... zu bekunden, in einer größeren Partei aufzugehen, falls ’das Prinzip der marxistischen Einheit in sozialistischen wie in kommunistischen Parteien sich durchgesetzt hat’.”<sup>42</sup>

Im Februar 1935 schloß sich der POUM eine kleine Organisation der Bloque Electoral Popular (BEP) an, der 1934 Mitglied in der sozialistisch inspirierten Alianza Obrera gewesen war.<sup>43</sup>

<sup>36</sup> KRIVITSKY, G. W. Ich war in Stalins Dienst, Amsterdam 1940, S.96

<sup>37</sup> MASSEN, Hans (Hrsg.) Brigada Internacional ist unser Ehrenname, Ost-Berlin 1974, S. 57

<sup>38</sup> BROUÉ / TÉMIME a.a.O., S.85

<sup>39</sup> ders, S. 86

<sup>40</sup> BROUÉ, Pierre, Trotzki und der spanische Bürgerkrieg in: ”Die IV. Internationale”, Nr.1 / Juli 1972, S.82

<sup>41</sup> ANDRADE, Juan in seiner Einleitung zu: NIN, Andrés, Les problèmes de la révolution espagnole (1931-1937), Paris 1971, S.5

<sup>42</sup> BROUÉ, Pierre Trotzki und der..., a.a.O., S.82

<sup>43</sup> ANDRADE, Juan a.a.O., S.9



Die POUM bekannte sich zur revolutionären Konzeption Lenins lehnte jedoch entschieden den Weg ab, den die Sowjetunion unter Stalin eingeschlagen hatte. Ebenfalls im Gegensatz zu den stalinistischen Parteien herrschte in der POUM innerparteiliche Demokratie. Die POUM konnte sich während der kurzen Zeit ihrer politischen Aktionsfreiheit in Spanien nie zu einer starken Partei entwickeln. Ihr Einfluß blieb regional auf Katalonien mit dem Hauptstützpunkten in Lerida und Barcelona beschränkt. Im übrigen Spanien dagegen war sie praktisch unbekannt oder hatte nur Einzelmitglieder, die durch ihre Isoliertheit naturgemäß in ihrer Aktivität gehemmt waren. Nach Broué zählte die POUM im "Juli 1936 kaum mehr als 3 000 eingeschriebene Mitglieder"<sup>44</sup>, obwohl diese Zahl wenig über ihre tatsächlichen Einfluß- und Wirkungsmöglichkeiten aussagt, denn "das Prestige von (POUM)-Führern wie Nin und Maurin und die Mehrheit echter Veteranen der kommunistischen Bewegung wie Gorkin, Pórtela, Andrade und Arquer ließen mache Zukunftshoffnung (für die POUM) nicht unbegründet erscheinen."<sup>45</sup>

George Orwell, der der POUM nahestand und während des Bürgerkriegs in ihrer Miliz kämpfte, benennt in seinem Spanientagebuch "Mein Katalonien" Mitgliedszahlen der POUM, die aus POUM-Quellen stammen. "Die Mitgliedszahlen der POUM betrugen im Juli 1936 10 000, Dezember 1936 70 000, Juni 1937 40 000." Skeptisch schreibt Orwell dann aber einschränkend: „Eine gegnerische Einschätzung würde sie wahrscheinlich durch vier teilen.“<sup>46</sup> Zwar hatte die POUM Kontakte zu anderen linken trotzkistisch beeinflussten Parteien Europas und wurde vor allem von den Stalinisten später als "trotzkistische" Partei verfolgt, aber sie bestand nicht aus Trotzkisten. Die POUM unterstützte die Forderung nach der allgemeinen Volksbewaffnung (im Gegensatz zur PCE) und setzte sich für die revolutionäre Umwälzung der spanischen Gesellschaft ein. Während des Bürgerkriegs vertrat sie die Auffassung, daß der Kampf gegen den Faschismus untrennbar mit der sozialen Revolution verbunden ist.

## 2. Die Haltung der Anarchisten zum Staat und zur Regierung

"Der Anarchismus ist nicht eine Utopie, die im mutualistischen Modell Proudhons und Bakunins, im humanistischen Kommunismus der Ethik und der gegenseitigen Hilfe Kropotkins ... endgültig Gestalt angenommen hat. Der Anarchismus ist eine Bewegung, die sich in unaufhörlicher Entwicklung befindet und die heute wie gestern die Fähigkeit besitzt, neue Formen anzunehmen, sich dem Marsch der Menschlichkeit einzugliedern, alle neuen Tatsachen zu verstehen und zu akzeptieren. Es ist daher meiner Ansicht nach ein fundamentaler Fehler, wenn man den Anarchismus mit Hilfe der Aussagen seiner ersten Theoretiker beschreibt."<sup>47</sup>

Diese Bemerkung Federica Montsenys bedeutet zwar nicht, daß die Aussagen der Theoretiker auf die anarchistische Bewegung ohne Bedeutung waren, aber sie weist darauf hin, daß sie nicht mit der Bedeutung, die Marx, Engels, Lenin u.a. für die kommunistische Bewegung hatten und haben, zu vergleichen sind. Trotzdem erscheint es notwendig, einige grundlegende Aussagen anarchistischer

---

<sup>44</sup> BROUÉ / TÉMIME a.a.O., S.86

<sup>45</sup> ebda.

<sup>46</sup> ORWELL, George a.a.O., S.77

<sup>47</sup> MONTSENY, Federica in: Anarchici e Anarchia nel mondo contemporaneo. Atti del Convegno promosso dalla Fondazione Luigi Einaudi, Turin 1971, S.50, zitiert bei: Oberländer, Erwin (Hrsg.), Dokumente der Weltrevolution, Bd.4, Der Anarchismus, Olten und Freiburg i. Br. 1972, S.13

Theoretiker (und Praktiker) zu zitieren und ebenso Aussagen aus ihren Publikationsorganen miteinander zu beziehen und anhand der vorliegenden Literatur den Versuch zu unternehmen, diese Aussagen an ihrer Praxis in Spanien zu überprüfen.

Seit ihrem Bestehen kämpfte die anarchosyndikalistische Bewegung Spaniens gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung und die staatlichen Organe der Gesellschaft, während die sozialdemokratische Arbeiterbewegung sich in den meisten europäischen Ländern vorwiegend die Eroberung der Staatsmacht anstrebte. Ziel der AnarchosyndikalistInnen war der freiheitliche Kommunismus, womit sie sich gegen den autoritären Kommunismus der Marxschen Richtung abgrenzten. Sie lehnten die "Diktatur des Proletariats" als Übergangsphase zum Kommunismus entschieden ab und setzten dagegen die kollektivistische Organisation der Gesellschaft, die – in einer Föderation aller Kollektive – den Staat überflüssig macht. Die Föderation frei zusammengeschlossener Regionen und Kommunen sollte die Leitung der Produktion den Gewerkschaftsverbänden übertragen, die föderativ und dezentralisiert von unten nach oben aufgebaut sind. Auch die CNT hatte das Ziel, die Produzenten von der Herrschaft des Staates und des Kapitals zu befreien. Trotzdem waren sich Teile der Gewerkschaft darüber im Klaren, daß dieser libertäre Kommunismus nicht unmittelbar im Anschluß an die Revolution eintreten würde, sondern daß auch eine Übergangsphase notwendig sei. Diese Übergangsgesellschaft sollte aber nicht aus einer Diktatur des Proletariats bestehen, sondern aus einer Phase des Syndikalismus, bei dem die Gefahr einer Diktatur ausgeschlossen wurde. Denn der Syndikalismus wird als die Herrschaft der Mehrheit angesehen, wo die Entscheidungen in Versammlungen gefällt werden, an denen alle Arbeiter teilnehmen. Nach und nach sollen dann die Aufgaben der Gewerkschaften den Kommunen zufallen. Diese Entwicklung wird als unbedingt notwendig angesehen, denn würden die Gewerkschaften als Machtorgane Bereiche wie Produktion und Distribution vollkommen bestimmen, könnten sie schnell eine bürokratische Form annehmen.<sup>48</sup>

Die spanischen AnarchosyndikalistInnen verstanden den Staat als den "höchsten Ausdruck der Herrschaft des Menschen über den Menschen, als das mächtigste Instrument zur Sklaverei des Volkes."<sup>49</sup>

In seinem Werk "Staatlichkeit und Anarchie" kritisiert Michail Bakunin scharf das marxistische Prinzip der Diktatur des Proletariats:

"Unter Volksregierung verstehen die Marxisten die Regierung des Volkes durch eine kleine Zahl von Repräsentanten, die in allgemeiner freier Wahl vom Volk gewählt werden. Die Wahl der Repräsentanten des sogenannten Volkes durch die ganze Nation und die Führer des Staates, ... ist eine Lüge, die den Despotismus der regierenden Minderheit verbirgt; eine umso gefährlichere Lüge, weil sie vorgibt, Ausdruck des sogenannten Volkswillens zu sein."<sup>50</sup>

Somit würde das Volk wieder durch eine privilegierte Minderheit regiert und die Tatsache, daß diese Minderheit dann aus Arbeitern besteht, ändert an dem Problem nichts. Denn diese Minderheit setzt sich zusammen

"aus e h e m a l i g e n Arbeitern, die jedoch, sobald sie Führer oder Repräsentanten des Volkes geworden, d.h. keine Arbeiter mehr sind und die Welt des Proletariats vom

---

<sup>48</sup> vgl. hierzu: SANTILLÁN, deDiego Abad / PEIRÓ, Juan, Ökonomie und Revolution, West-Berlin 1975, S. 32 ff und S.82

<sup>49</sup> SANTILLÁN, de Diego Abad La bancarrota del capitalismo, S.55, zitiert bei: Bolloten, Burnett, The grand Camouflage: The Spanish Civil War and Revolution 1936-39, London 1968, S.148 (Textstelle von der Verfasserin übersetzt)

<sup>50</sup> BAKUNIN, Michail Staatlichkeit und Anarchie, West-Berlin 1972, S.234

Standpunkt des Staates aus betrachten, nicht mehr das Volk repräsentieren, sondern sich selbst und ihre Ansprüche; sie regieren! Wer daran zweifelt, kennt nicht die menschliche Natur.“<sup>51</sup>

Und weiter heißt es:

„Die Marxisten behaupten, daß allein die Diktatur, selbstverständlich ihre, die Freiheit des Volkes bewirken kann; darauf antworten wir, daß keine Diktatur ein anderes Ziel haben kann, als so lange wie möglich zu dauern und daß sie nur dazu fähig ist, Sklaverei im unterworfenen Volk zu erzeugen und letzteres in dieser Sklaverei zu erziehen.“<sup>52</sup>

Obwohl die Anarchisten zwar eine Regierung, die die Grundrechte garantiert und elementare Freiheiten gewährt, eine Diktatur in jedem Fall vorziehen, wird sie von ihnen aber doch nur als das geringere von zwei Übeln angesehen. Die Gefahr bei einer liberalen Regierung besteht außerdem darin, daß sie dadurch, daß sie Kritik dulden kann, im Grunde stärker ist als eine Diktatur und vom revolutionären Standpunkt aus gesehen ein größeres Hindernis darstellt.

Zur Problematik „libertäre Revolution und Staat“ heißt es dann in einem Text von Diego Abad de Santillán, den er um die Jahreswende 1935/36 schrieb:

„Politisch müssen wir selbstverständlich die Vorherrschaft eines Komitees, einer Partei oder einer vorgegebenen Richtung ablehnen. Das heißt, wenn wir nicht auch den Staat und die von ihm diktierten Gesetze ablehnen, kann es keine wahre Revolution und sozialen Wohlstand geben. Die Aufrechterhaltung des Staates bedeutet aber gleichzeitig, daß man die größte Quelle zur Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft aufrechterhält.“<sup>53</sup>

Diese Entscheidung beinhaltet aber auch, unter den gegebenen Umständen zu versuchen, eine Eini- gung mit anderen politischen Gruppen herbeizuführen. Während lt. Santillán der Marxismus wegen seines Festhaltens an der totalitären Staatskonzeption die Arbeiterbewegung spaltet, trägt die anar- chistische Bewegung zu ihrer Vereinigung bei, denn ihr Ziel ist ja die Abschaffung des Kapitalismus und des totalitären Staates. Für ihn stellt der totalitäre Staat „Autorität auf höchster Stufe dar. Er muß seine Institutionen stärken, die Armee, die Polizei und die Bürokratie aufrechterhalten. ... Diese Tatsache ist schon Grund genug, die Abschaffung des Staates einzuleiten.“<sup>54</sup>

Die Problematik des totalitären Staates sieht Santillán darin, daß er als Weiterführung des libera- len Staates die Macht an irgendeinem Punkt ganz in seinen Händen hält. Aber auch proletarische Regierungen bergen diese Gefahr in sich, da die Arbeiter hoffen, diese Regierung würde, da sie ja pro- letarisch sei, ihre Interessen vertreten. Der sogenannte Staatskapitalismus, der als Folge einer solchen Regierung entsteht, schafft nicht den Kapitalismus ab. Somit gibt es nur die Wahl: entweder „ja“ oder „nein“ zum Staat zu sagen. Das Beispiel Russlands zeigt deutlich, daß nur entweder der Staat den Sieg davon tragen kann, dann aber auf Kosten der Revolution, oder aber der Sozialismus trägt den Sieg davon, das bedeutet auf Kosten (d.h. Abschaffung) des Staates.<sup>55</sup>

Auf jeden Fall könnte es keine Regierung geben, an der sich die Anarchisten beteiligen oder sie gar bilden,

---

<sup>51</sup> ebda

<sup>52</sup> ders., S.235 f.

<sup>53</sup> vgl. SANTILLÁN / PEIRÓ, Ökonomie..., a.a.O., S.124

<sup>54</sup> ders., S.126

<sup>55</sup> vgl. ders., S.127-129

”selbst wenn sie stark genug wären, ohne sich selbst zu widersprechen und ihre ganze Lehre zu verwerfen; und sollten sie es doch tun, würde diese sich von keiner anderen Regierung unterscheiden, sondern eventuell noch schlimmer sein als andere.”<sup>56</sup>

Der anfänglichen Begeisterung für die russische Revolution folgte bald die Ernüchterung, die vor allem nach der Machtübernahme Stalins nur noch die Ablehnung der spanischen AnarchosyndikalistInnen hervorrief. Russland wurde für sie zum warnenden Beispiel dafür, wie eine Revolution durch die ”Diktatur des Proletariats” zunichte gemacht wird, denn

”im Verhältnis, wie der Sowjetstaat stärker wurde, verschwand die Revolution im eisernen Griff der Dekrete, Bürokraten, des Unterdrückungsapparates und der Steuern. Die Revolution (aber) ist die Sache des Volkes, eine Schöpfung des Volkes; die Konterrevolution ist die Sache des Staates.”<sup>57</sup>

Das Ende der Diktatur Primo de Riveras und der Beginn der Zweiten Spanischen Republik 1931 ließ die AnarchosyndikalistInnen zu keiner grundsätzlich anderen Haltung in bezug auf Regierungen gelangen, auch wenn die CNT hier zum erstenmal in ihrem Urteil etwas schwankend wurde; denn immerhin sah sie ”die Verfassungsgebende Versammlung als das Produkt eines revolutionären Aktes (an), der direkt oder indirekt unsere Unterstützung hatte.” Auf der anderen Seite aber hieß es wieder, man erwarte nichts von einer Versammlung, ”die im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft empfangen wurde und bereit ist, in politischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht deren Vorherrschaft zu verteidigen.”<sup>58</sup>

Und schon 1933 schrieb das FAI-Organ *Tierra y Libertad* ”Alle Regierungen sind verabscheuungswürdig und es ist unsere Aufgabe, sie zu zerstören.”<sup>59</sup> Noch im selben Monat folgte eine harte Kritik an der Republik:

”Unter der Monarchie und unter der Diktatur litten die Arbeiter an Hunger und tausend Entbehrungen, und unter der Republik geht es ihnen noch genauso. Gestern war es (ihnen) nicht möglich, ihre allernotwendigsten Bedürfnisse zu befriedigen und heute sind die Bedingungen dieselben. Wir Anarchisten sagen dies ohne Angst, daß irgendein Arbeiter uns widersprechen wird, und wir sagen noch mehr. Wir sagen: zu allen Zeiten und ganz gleich unter welcher Regierung wurden die Arbeiter tyrannisiert, und sie mußten harte Kämpfe ausfechten, daß ihr Recht auf Leben und Freizeit ... anerkannt wurde.”

Auch der ”professionelle Politiker” wurde von den Anarchisten zu allen Zeiten abgelehnt, gleich ob es sich um linke oder rechte handelte:

”Für uns sind alle Politiker gleich – in ihrer Wahldemagogie, indem sie dem Volk seine Rechte stehlen, in ihrem Streben nach Ruhm, in ihrem Opportunismus, in ihrem Talent zu kritisieren, wenn sie sich in der Opposition befinden, und in ihrem Zynismus, mit dem sie sich rechtfertigen, wenn sie die Macht errungen haben.”<sup>60</sup>

---

<sup>56</sup> MALATESTA, Errico in einem Beitrag in: *L'Adunata Dei, Refrattari*, v. 12. 3. 1932, zitiert bei Bolloten, B., *The Grand...*, a.a.O., S.149 (Textstelle von der Verfasserin übersetzt)

<sup>57</sup> *TIERRA Y LIBERTAD*, 3.7.1936 zitiert bei Bolloten, B., a.a.O., S.148, Anmerkung (6) (Textstelle von der Verfasserin übersetzt)

<sup>58</sup> PEIRATS, José La CNT en la Revolución Española, 3 Bde., Toulouse 1951, Bd.1, S.42 f., zitiert in: Joll, James, *Die Anarchisten*, a.a.O., S.191

<sup>59</sup> *TIERRA Y LIBERTAD*, 15.9.1933 zitiert in Bolloten, B., *The Grand...*, a.a.O., S.149 (Textstelle von der Verfasserin übersetzt)

<sup>60</sup> BONET, José in: *Tierra y Libertad*, 22.9.1933, zitiert, ebd., (Textstelle von der Verfasserin übersetzt)

Die bisher dargestellte Haltung der spanischen Anarchisten zum Staat und zur Regierung bzw. zum Parlamentarismus hatte in der Praxis zur Folge, daß sie sich bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs an keiner parlamentarischen Tätigkeit beteiligten, folglich auch nicht an Wahlen, sondern bis zum Februar 1936 immer zum Wahlboykott aufriefen. Damit trugen sie z.B. indirekt zum Sieg der Rechten bei den Corteswahlen 1933 bei, die die sogenannten "Zwei schwarzen Jahre" einleiteten, während der besonders die Anarchisten schweren Verfolgungen ausgesetzt waren. Den Wahlboykott begründeten sie damals u.a. folgendermaßen:

"Unsere Regierung findet nicht im Parlament statt, sondern auf der Straße."<sup>61</sup> "Arbeiter wählt nicht! Das Wählen ist eine Negation eurer Persönlichkeit. Wendet denen, die eure Stimme wollen, den Rücken zu. Es sind unsere Feinde. Sie hoffen, mit Hilfe eurer Gutgläubigkeit an die Macht zu gelangen. Drängt eure Eltern, eure Kinder, eure Brüder und Schwestern, eure Verwandten und eure Freunde, für keinen Kandidaten zu stimmen. Für uns sind sie alle gleich; alle Politiker sind unsere Feinde, egal ob Republikaner, Monarchisten, Kommunisten oder Sozialisten. ... Wir brauchen weder den Staat noch die Regierung. Die Bourgeoisie aber benötigt sie, um ihre Interessen zu verteidigen. Unsere Interessen liegen einzig und allein in unseren Arbeitsbedingungen, und um diese zu verteidigen, brauchen wir kein Parlament. Niemand sollte wählen. ... Kümmert euch nicht darum, ob die Rechten oder die Linken als Sieger aus dieser Farce hervorgehen. Es sind alles Reaktionenäre. Die einzige linke, wirklich revolutionäre Organisation ist die CNT, und deshalb hat sie kein Interesse am Parlament, einem dreckigen Haus der Prostitution, das mit den Interessen des Landes und der Menschen spielt. Werft die Stimmzettel weg! Zerstört die Wahlurnen!..."<sup>62</sup>

Zum erstenmal veränderten CNT und FAI ihre Haltung bei den Corteswahlen im Februar 1936. Sie riefen nicht zum Wahlboykott auf, sondern überließen ihren Mitgliedern die Entscheidung<sup>63</sup>, und der Sieg der Volksfront wird von den meisten Historikern auf die Wahlbeteiligung der Anarchisten zurückgeführt. Ihr Argument für die veränderte Haltung war, daß das Volksfrontbündnis bei einem Wahlsieg die Freilassung aller politischen Gefangenen, also auch der 30 000 Gefangenen des asturischen Bergarbeiteraufstandes, veranlassen würde. Trotz dieser veränderten Haltung sieht Burnett Bolloten hierin aber noch keine grundsätzliche "Kursänderung" ihrer Prinzipien, sondern für ihn ist es zu dem Zeitpunkt immer noch fraglich, ob sich CNT-FAI jemals an einer Regierung beteiligen würden.

### 3. EXKURS 1: Chronologie der wichtigsten Ereignisse: 1931 - 1939<sup>64</sup>

- 1931 - Sturz der Monarchie und der Diktatur Primo de Riveras; Beginn der "Zweiten Republik"

---

<sup>61</sup> PUENTE, Isaac in: CNT, Madrid, 19.6.1933, zitiert ebda. (Textstelle von der Verfasserin übersetzt)

<sup>62</sup> TIERRA Y LIBERTAD, 27.10.1933 zitiert in: ders., S.150, (Textstelle von der Verf. übersetzt)

<sup>63</sup> James Joll behauptet zwar, daß sie ihre Mitglieder aufforderten zu wählen, doch gibt es hierfür keine eindeutigen Beweise.

<sup>64</sup> Die Daten sind im Wesentlichen folgenden Büchern entnommen, deren Angaben allerdings z.T. widersprüchlich sind: BROUÉ/TEMIME, Revolution und Krieg in Spanien, Frankfurt 1968, ENZENSBERGER, H.M., Der kurze Sommer der Anarchie, KIRSCH, H.C. Der spanische Bürgerkrieg in Augenzeugenberichten, München 1971 MORROW, F., Revolution and Counter-Revolution in Spain, New York 1938

- 1932 - Katalonien und die baskischen Provinzen erhalten ihren Autonomiestatus. Galicien, Valencia und Kastilien fordern ebenfalls die Autonomie
- Januar 1933 - Aufstand von Casas Viejas: die Anarchisten versuchen, die freiheitliche Kommune einzuführen
- November 1933 - Neuwahlen, die mit dem Sieg der Rechten entschieden werden (stärkste Partei ist die CEDA mit Gil Robles). - Generalstreik in ganz Spanien als Antwort. Beginn der sog. „biennionegro“, die zwei schwarzen Jahre
- Oktober 1934 - Aufstand der Bergarbeiter in Asturien (13 000 Tote und 30 000 Gefangene)
- 1935 - Die Regierung der Mittelstands- und Rechts Parteien wird gestürzt

1936

- 16. Februar - Neuwahlen, aus denen die Volksfront als Sieger hervorgeht. Sozialisten, Republikanische Linke, Republikanische Union, Katalanische Linke, Kommunistische Partei: 278 Mandate; Nationale Front 134 Mandate; Mitte 55 Mandate. Beginn des Kabinetts Anzola. April - Vorbereitung eines Militärputsches von General Mola
- 17. Juli - Aufstand in Spanisch Marokko
- 18. Juli - Aufstand der Generale in Spanien (rechte Militärs, Falange und Carlisten)
- 19. Juli - Der Putsch beginnt sich auf Spanien auszubreiten. In Barcelona, Madrid und Málaga scheitert die Rebellion. Im republikanischen Spanien wird das Kabinett Giral gebildet.
- 21. Juli - In Katalonien wird das Zentralkomitee der antifaschistischen Milizen gebildet.
- 26. Juli - Nationaler Verteidigungsrat der Rebellen in Burgos (Cabanellas-Junta). Deutsche und italienische Flugzeuge landen in Spanisch Marokko. - Frankreich schließt die Spanien-Grenze
- 14. August Franco-Truppen besetzen Bajadoz
- 15. August Französisch-Englische Erklärung zur Nichteinmischungspolitik. England verbietet die Ausfuhr von Kriegsmaterial an Spanien.
- 4. September Rücktritt des Ministerpräsidenten Giral; Largo Caballero bildet die neue Regierung (2 Kommunisten, 6 Sozialisten, 2 republikanische Linke). - Franco-Truppen besetzen Irun
- 8. September Der CNT-Führer Juan Lopez kündigt der Zentralregierung Caballero die Mitwirkung der Anarchisten und ihre Unterstützung für sein Regierungsprogramm an.
- 9. September Der Nichteinmischungsausschuß tritt in London zusammen
- 13. September - Franco-Truppen besetzen San Sebastian
- 27. September - Die CNT tritt in die Regionalregierung Kataloniens („Rat der Generalität“) ein und erhält drei unbedeutende Ministerposten. Sie stimmt der Auflösung des Zentralkomitees der antifaschistischen Milizen zu.

- 28. September Der Alcazär (Festung in Toledo) wird von Franco erobert.
- 1. Oktober - Franco wird zum Generalissimus erklärt
- 9. Oktober - Durch ein Dekret werden in Katalonien alle lokalen Komitees und Räte mit Zustimmung der CNT aufgelöst.
- 10. Oktober - Gründung der Volksarmee, womit die Milizen dem Militär unterstellt werden.
- 14. Oktober - Die ersten Internationalen Brigaden werden aufgestellt. Dieser Monat ist auch der Beginn der russischen Waffenlieferungen.
- 24. Oktober - Kollektivisierungsdekret in Katalonien
- 27. Oktober - Dekret zur Entwaffnung der Arbeiter in Katalonien
- 4. November - Eintritt der CNT in die Zentralregierung in Madrid (vier Ministerposten)
- 6. November - Wegen der andauernden Belagerung Madrids wird die Zentralregierung nach Valencia verlegt
- 7. November - Rom und Berlin erkennen die Burgos-Junta an
- Anfang Dezember - In Madrid kommt es zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen CNT-Trupps und Einheiten der Kommunistischen Partei
- 15. Dezember - Der Oberste Sicherheitsrat der Republik zentralisiert die Polizei
- 23. Dezember - Der Rat von Aragon wird anerkannt von der Zentralregierung
- 24. Dezember - In Madrid wird den Zivilpersonen das Tragen von Waffen verboten
- Ende Dezember - Die Kommunistische Partei beginnt ihre Kampagne gegen die POUM

1937

- 12. Januar - 85 Dekrete zur Stärkung der Regierungskontrolle
- 8. Januar - Eroberung Malagas durch Franco-Truppen
- 3. Februar - In Katalonien wird zum erstenmal die Kollektivisierung eines Industriezweiges (Milch-Produkte) für illegal erklärt.
- Februar/März - Schwere Differenzen zwischen Führung und Basis der CNT-FAI, Gründung der "Freunde Durrutis"
- 1. März - Abschaffung der Arbeiterpatrouillen in Katalonien
- 23. April - Die Madrider Verteidigungsjunta wird aufgelöst
- 24. April - deutsche Flieger zerstören die Stadt Guernica

- 2.-7. Mai - "Mai-Kämpfe" in Barcelona, i.e. schwere bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten auf der einen und Anarchisten und POUM-Mitgliedern auf der anderen Seite. Eine Folge der Kämpfe ist, daß die Autonomie Kataloniens eingeschränkt wird: die Zentralregierung übernimmt die katalanischen Ministerien für öffentliche Ordnung und Verteidigung.
- 15. Mai - Krise in der Zentralregierung: Largo Caballero wird gestürzt
- 17. Mai - Nachdem Juan Negrín Ministerpräsident wird tritt die CNT von der Regierung zurück.
- 16. Juni - Verhaftung von Andrés Nin, dem Führer der POUM (der Zeitpunkt seiner späteren Ermordung ist unbekannt)
- 19. Juni - Eroberung von Bilbao durch Franco-Truppen
- 29. Juni - Endgültiger Rücktritt der CNT aus der Regionalregierung Kataloniens
- 6.-28. Juli - Schlacht bei Brunete
- 11. August - Der Rat von Aragón wird aufgelöst
- 25. August - Eroberung Santander durch Franco-Truppen mit Hilfe deutscher und italienischer Truppen
- 6. September - Republikanische Einheiten erobern Belchite
- 20. Oktober - Franco-Truppen erobern Gijón
- 21. Oktober - Largo Caballero wird unter Polizeiaufsicht gestellt
- 31. Oktober - Die Zentralregierung wird nach Barcelona verlegt
- 15. Dezember - Beginn der Schlacht um Teruel, vorläufiger Sieg der Republikaner

1938

- 30. Januar - Franco bildet eine provisorische Regierung
- 1. Februar - Franco-Truppen erobern Teruel zurück
- 9. März - Beginn der Franco-Offensive in Aragón
- 13. März - Frankreich öffnet die Spanien-Grenze wieder
- 5. April - Der Sozialist Prieto verläßt das Kabinett Negrín - Die CNT entsendet wieder einen Minister in die Zentralregierung Frühjahr
- 15. April - Franco-Truppen erreichen das Mittelmeer und zerschneiden damit das republikanische Spanien
- Juni - Franco-Offensive in den Ostprovinzen
- 5. Juli - Der Nichteinmischungsausschuß beschließt, die Freiwilligen aus Spanien zurückzurufen



- 16. August - Ayguadé und Irujo verlassen das Kabinett Negrín
- 22. September - Abzug der Internationalen Brigaden
- 1. November - Urteile im POUM-Prozeß
- 23. Dezember - Beginn der Franco-Offensive gegen Katalonien

1939

- 26. Januar - Franco-Truppen erobern Barcelona
- 1. Februar - Das spanische Parlament tritt zum letztenmal in Figueras zusammen
- 7. Februar - Azaña im Französischen Exil
- 9. Februar - Ende des Widerstandes in Katalonien
- 24. Februar - Rücktritt Azañas
- 3.-5. März - Staatsstreich des republikanischen Oberst Casado gegen die Regierung Negrín. Negrín verläßt Spanien
- 28. März - Franco-Truppen besetzen Madrid
- 1. April - Nach Frankreich und England erkennen auch die USA Franco an
- 19. Mai - Ende des Nichteinmischungsausschusses
- 20. Mai - Siegesparade der Franco-Truppen
- 26. Mai - Abzug der deutschen Legion Condor

#### 4. Der kurze Sommer der Anarchie

Der Aufstand des Militärs am 18. Juli 1936 in Spanien, der in weiten Teilen des Landes die soziale Revolution auslöste, hatte sich schon seit einigen Monaten angekündigt. Obwohl die republikanische Regierung über die Schritte der Generale informiert war, unternahm sie praktisch nichts, um sich darauf vorzubereiten und Gegenmaßnahmen zu treffen, sondern bemühte sich – zumindest in der Öffentlichkeit –, die Gefahr herunterzuspielen und höchstens eine friedliche Einigung mit den Putschisten zu erzielen. Als die Nachricht vom Aufstand in Spanisch-Marokko in Spanien eintraf, war die Regierung gerade dabei, dem Falange-General Mola das Kriegsministerium zu übertragen. Doch Mola marschierte bereits mit seinen Truppen gegen Madrid.

Am Abend des 18. Juli gaben CNT und UGT die Generalstreikparole aus. Am frühen Morgen des 19. Juli waren die Arbeiter und Bauern ganz Spaniens bereit, den Kampf gegen die Militärs aufzunehmen. Da ihnen die notwendigen Waffen von der Regierung verweigert wurden, stürmten sie die Kasernen und Waffenarsenale, nahmen die Waffen an sich, bauten Barrikaden und begannen den Kampf, ohne auf das Signal ihrer Regierung zu warten. In weiten Teilen Spaniens wurde der Putsch erfolgreich niedergeschlagen und löste eine soziale Revolution aus, die in den nächsten Monaten im "befreiten Spanien" Ausmaße annahm, die nicht nur den republikanischen Politikern des Landes aus den Händen glitten, sondern auch vielen "Führern" der anarchistischen Organisationen.

#### 4.1. Die Situation in Katalonien

Vor allem Katalonien, das Zentrum der anarchistischen Bewegung Spaniens, wurde zu einem der Hauptstützpunkte der Revolution. Katalonien war ursprünglich sprachlich und kulturell eher dem südlichen Frankreich zugehörig als Spanien. Während mehrerer Jahrhunderte hatten dort immer wieder Aufstände der Katalanen gegen Madrid und für ihre Unabhängigkeit stattgefunden, bis die Provinz während der Zweiten Republik autonome Rechte erhielt. Barcelona, die Hauptstadt Kataloniens, war schon bei Ausbruch des Bürgerkriegs der Hauptseehafen und das Industriezentrum Spaniens, das zusammen mit den umgebenden Industriestädten auf sich etwa die Hälfte des spanischen Industrieproletariats konzentrierte und sich folglich auch zur revolutionären Avantgarde Spaniens entwickelte. Im Juli 1936 waren etwa 90% aller Arbeiter Barcelonas und etwa 80% aller Arbeiter und Bauern Kataloniens in der CNT organisiert. Aus dem Grund ergriffen hier die Arbeiter und Bauern die Initiative zum Kampf. Sie stellten die Kolonnen auf, und innerhalb weniger Tage standen mehr als 150 000 Freiwillige zur Verfügung. In den Industriegebieten übernahmen sie die Fabriken und verwandelten sie, wo es möglich war, in Produktionsstätten für Kriegsmaterial. Die Landarbeiter übernahmen das Land, enteigneten die Großgrundbesitzer und begannen, ihr Leben kollektiv zu organisieren. Die Dienstleistungsbetriebe wurden der Arbeiterkontrolle unterstellt und die Lebensmittelverteilung übernahmen die Arbeiterorganisationen und Komitees. Schon nach kurzer Zeit befanden sich etwa 70% der Industrie unter gewerkschaftlicher oder zumindest staatlicher Kontrolle.<sup>65</sup>

##### 4.1.1. Kollektivierungen

Zwar verliefen die Kollektivierungen, oder wie die Spanier es nannten: Kollektivisierungen, nicht nach festgesetzten Regeln<sup>66</sup>, aber die Praxis vollzog sich überall ähnlich. In jeder Region, in der kollektivisiert wurde, wurde ein CNT-FAI-Komitee gebildet, das sowohl über die gesetzgebenden und exekutiven Gewalten verfügte als auch über die Justiz. Ihre ersten Taten bestanden darin, den privaten Handel abzuschaffen und das Land zu kollektivisieren. Außer in seltenen Fällen wurden folgende Berufe in das Kollektivisierungssystem integriert: Frisöre, Bäcker, Maurer, Schuster, Ärzte, Zahnärzte, Lehrer, Schmiede und Schneider. Lebensmittel, Kleidung etc. wurden in einem Gebäude, das dem Komitee unterstand, aufbewahrt, und die Kirchen wurden, falls sie nicht verbrannt worden waren, in folgende Gebäude umfunktioniert: Geschäfte, Cafeteria, Essenshalle, Arbeitshaus, Schule, Garage oder Kaserne. In vielen Gemeinden wurde das Geld – zumindest für den inneren Gebrauch – abgeschafft.<sup>67</sup>

”Hier in Fraga (einer kleinen Stadt) kann man Banknoten auf die Straße werfen und niemand wird Notiz davon nehmen. Rockefeller, falls Sie einmal nach Fraga kommen sollten, würden Sie mit ihrem ganzen Bankvermögen nicht in der Lage sein, auch nur eine Tasse Kaffee zu kaufen. Geld, euer Gott und euer Sklave, ist hier abgeschafft worden und die Menschen sind glücklich.”<sup>68</sup>

Die ”Löhne” wurden in Coupons ausgezahlt und zwar nicht nach dem Leistungsprinzip, sondern nach dem Bedarf einer Familie, örtlich produzierte Güter gab es frei, und die anderen Sachen gab es

---

<sup>65</sup> vgl. BORKENAU, Franz *The Spanish Cockpit*, a.a.O., S.133

<sup>66</sup> Dies war auch ein schwacher Punkt während der ganzen Revolution und einer der Gründe dafür, warum es der Regierung gelang, die Kollektivierungen allmählich wieder rückgängig zu machen.

<sup>67</sup> vgl. ”Die soziale Revolution”, Nr.3 Januar 1937 und *Bolloten*, B., *The Grand...*, a.a.O., S.60 ff.

<sup>68</sup> *BOLLOTEN*, B. *The Grand...*, a.a.O., S.61

mit diesen Coupons, überschüssige Güter wurden mit den anderen anarchistischen Gemeinden ausgetauscht, und Geld würde nur bei den Gemeinden benutzt, die das neue System noch nicht angenommen hatten. Diese weitgehenden sozialen Veränderungen scheinen aber nur auf dem Lande wirklich funktioniert zu haben, denn z.B. wurde nicht innerhalb ganz Spaniens das Geld abgeschafft und vor allem nicht in großen hochindustrialisierten Städten, obwohl sogar die Stadt Barcelona zwei Wochen ohne Geld existierte. Nicht nur in den übrigen Teilen Spaniens, sondern auch in Katalonien selbst standen gesellschaftlich größere Gruppen der Kollektivisierung feindselig gegenüber, z.B. die "rabassaires" (Kleinpächter und Kleinbesitzer), die "ihr" Land behalten wollten und denen gegenüber die CNT eine sehr vorsichtige Haltung einnahm. In einer Entschließung ihres Landwirtschaftsverbandes vom 5. September 1936 heißt es daher:

"Wenn wir uns vornähmen, die Vergesellschaftung des gesamten Grund und Bodens, einschließlich des Landes, das mit soviel Arbeit und Verzicht erworben worden ist, sofort zu erzwingen, würden wir unvermeidlich auf zahlreiche Hindernisse stoßen, die es uns unöglich machen würden, unser Endziel auf vernünftige Weise zu erreichen."<sup>69</sup>

Da die Anarchisten den Krieg aber nicht nur als eine Verteidigung gegen den Faschismus ansahen, sondern der Kampf für sie untrennbar mit der sozialen Revolution verbunden war, waren die Kollektivierungen für sie von großer Bedeutung, da sie hierin den ersten Schritt zur Revolution sahen. Sie wußten, daß sie diese Dinge von Anfang an durchsetzen mußten, um nicht vernichtet zu werden. Von daher war die Kollektivierung in den Städten ebenso von Notwendigkeit wie auf dem Land, auch wenn es in Städten wie Barcelona ebenfalls eine Unzahl von Varianten gab, in denen die Kollektivisierung durchgesetzt wurde. Nicht nur die Organisation der Betriebe und Dienstleistungssektoren wurde unterschiedlich gehandhabt, sondern auch Probleme wie die Lohnregelung. Übernommen wurden von den Arbeitern in den ersten Tagen in Barcelona:

"die städtischen Verkehrsmittel (Straßenbahnen, Autobusse, Untergrundbahn), die Eisenbahn, die bald im gesamten Revier von einem CNT-UGT-Komitee geleitet wurde, Gas- und Elektrizitätsversorgung, Fernsprechkverkehr, Presse, Theater, Hotels und Restaurants; hinzu kamen die Mehrzahl der Industriebetriebe und Schiffahrtsgesellschaften: Ford Motor Ibérica, Hispano-Suiza, Société des Petroles, Asland-Zement, Compañía Transatlántica, Transportes Maritimes. Die Parteien und Gewerkschaften hatten sich eigene Verwaltungsgebäude und Druckereien zugelegt. Bei den Tageszeitungen wurden als Betriebsleitungen Belegschaftsausschüsse eingesetzt, in denen alle Sparten – Redaktion, Vertrieb, Herstellung – vertreten waren. Versorgungs- und Verkehrsbetriebe wurden von gemeinsamen CNT-UGT-Ausschüssen geleitet. Bereits zwei Tage nach dem Aufstand waren sie wieder in Betrieb: Straßenbahnen, Autobusse und Untergrundbahnen funktionierten normal, Gas und Strom wurden ohne Pannen geliefert. Nach etwas größerer Unterbrechung wurde auch der normale Eisenbahnverkehr wieder aufgenommen."<sup>70</sup>

Zwei Augenzeugenberichte von Spanienkämpfern sollen zur Verdeutlichung der Situation in Barcelona nach dem 19. Juli beitragen. Der sozialdemokratische Spanienkämpfer Rolf Reventlow schreibt dazu in seinem Spanienbuch "Spanien in diesem Jahrhundert":

---

<sup>69</sup> BROUÉ / TÉMIME a.a.O., S.191

<sup>70</sup> ders., S.185

”Barcelona im Herbst 1936. ... Barcelona war immer noch die heitere mittelmeeerische Stadt. ... Das Publikum allerdings zeigte, daß das Land im Bürgerkrieg war. überall sah man schwerbewaffnete Männer. ... Der Bürgerkrieg war auch überall affiziert, und überall wehten rote, schwarz-rote oder katalanische Fahnen. An Geschäften und Betrieben, an Straßenbahnen oder Taxis, ja sogar an den Kasten der Schuhputzer konnte man lesen, welche Partei- oder Gewerkschaftsrichtung den Betrieb oder das Geschäft kontrollierte, ... welcher Gruppe der Schuhputzer angehörte und daß die Straßenbahnen von der anarcho-syndikalistischen CNT betrieben wurden. ... Selbst die mechanischen Kehrbesen der Straßenreinigung hatten sich der Lehre Michail Bakunins verschrieben. Sie kehrten anarcho-syndikalistisch.“<sup>71</sup>

”In Barcelona (im Juli 1936, d. Verf.) ging’s noch heftig zu, ... alles noch in vollem Aufruhr. ... Die Restaurants waren kollektivisiert, sofort: da konnte jeder Essen gehen! ... Und du wurdest in diesen Restaurants von den Kellern bedient, – die waren hier fast alle in der CNT – als wären wir die Herren!

Und die Dirnen – die waren revolutionär wie nur was! Die haben die Bordellmütter alle rausgeschmissen, haben sozialisiert und haben eine Freinacht für alle Milizianos gemacht. ... Die waren ganz rabiat: ’Wir stellen jetzt auch unsere Forderungen! Wir wollen nicht mehr ausgebeutet werden!’ Dann haben sich sehr viele Dirnen freiwillig an die Front gemeldet. ... Die haben sich sehr mutig benommen, sie waren mitten in den Kämpfen.“<sup>72</sup>

An dieser Stelle scheint es notwendig, darauf hinzuweisen, daß zumindest in den ersten Monaten des Bürgerkriegs ein erheblicher Anteil an Frauen in den Milizen mitkämpfte, eine Tatsache, die angesichts der gesellschaftlichen Struktur eines Landes wie Spanien vor vierzig Jahren etwas Einzigartiges war.

#### 4.1.2. Die Milizen

Die Tausenden von Freiwilligen wurden nach Ausbruch der Revolution in sogenannte Arbeitermilizen organisiert, die hauptsächlich von den Komitees und Gewerkschaften zusammengestellt wurden. Kommandoeinheiten waren der ”Zug” (seccion) mit etwa dreißig Mann, die ”Hundertschaft” (centuria) mit etwa hundert Mann und die ”Kolonne” (columna), die praktisch nichts anderes war als eine große Anzahl von Kämpfern. Die Organisation der Milizen wurde anfangs im Grunde mehr improvisiert als durchgeplant, was angesichts der Tatsache, daß die sog. Armee praktisch von einem Augenblick zum anderen entstehen und aktionsfähig sein mußte, um den Widerstand gegen Franco aufnehmen zu können. George Orwell, der selbst lange Zeit in der POUM-Miliz kämpfte, gibt eine Einschätzung der Organisation der Milizen in seinem spanischen Tagebuch:

”Der wesentliche Punkt dieses Systems war die soziale Gleichheit zwischen Offizieren und Soldaten. Jeder, vom General bis zum einfachen Soldaten, erhielt den gleichen Sold,

---

<sup>71</sup> REVENTLOW, Rolf: Spanien in diesem Jahrhundert – Bürgerkrieg: Vorgeschichte und Auswirkungen, Wien 1968, S.141 f.

<sup>72</sup> THALMANN, Clara in: ”Die Tat geht dem Recht voraus. Vier ausländische Freiwillige berichten vierzig Jahre nach dem Bürgerkrieg über Leben und Kämpfen der libertären Bewegung im Spanischen Bürgerkrieg.” Von Winter, Johann. Hessischer Rundfunk, Frankfurt a.M. 20.Apr. 1976, erschienen innerhalb der Sendung ”Kulturelles Wort” am 14.5.1976, Redaktion

aß die gleiche Verpflegung, trug die gleiche Kleidung und verkehrte mit den anderen auf der Grundlage völliger Gleichheit. Falls man den General, der die Division befehligte, auf den Rücken klopfte und ihn um eine Zigarette bitten wollte, konnte man das tun und niemand hätte es als merkwürdig empfunden. Theoretisch war jedenfalls jede Milizeinheit eine Demokratie und nicht eine Hierarchie. Es herrschte Einigkeit darüber, daß Befehle befolgt werden mußten, aber es war ebenso selbstverständlich, daß ein Befehl von Kamerad zu Kamerad und nicht von Vorgesetzten an Untergebene erteilt wurde. Es gab Offiziere und Unteroffiziere, aber keine militärischen Ränge im normalen Sinn, keine Titel, keine Dienstabzeichen, kein Hackenzusammenschlagen und kein Grüßen. Sie hatten versucht, in den Milizen eine Art einstweiliges Arbeitsmodell der klassenlosen Gesellschaft zu schaffen. Natürlich gab es dort keine vollständige Gleichheit, aber es war die größte Annäherung daran, die ich je gesehen oder in Kriegszeiten für möglich gehalten hatte.”<sup>73</sup>

Trotz der oft nach außen hin erscheinenden Unordnung, dem offensichtlichen Chaos und dem allgemeinen Mangel an Ausbildung, tauchten in den Milizen selten Probleme wie Disziplinlosigkeit oder Desertion auf, was von vielen Historikern darauf zurückgeführt wird, daß die Arbeiter wußten, warum und wofür sie kämpften, warum Befehle befolgt werden mußten, d.h. sie hatten eine ”revolutionäre” Disziplin, die mit dem erzwungenen Gehorsam normaler Soldaten nicht zu vergleichen ist.

”’Revolutionäre’ Disziplin ist vom politischen Bewußtsein abhängig – von dem Verständnis dafür, warum Befehle befolgt werden müssen. Es dauert einige Zeit, bis sich diese Einsicht verbreitet, aber es dauert auch einige Zeit, einen Mann auf dem Kasernenhof zu einem Automaten zu drillen. Die Journalisten, die das Milizsystem verhöhnten, dachten selten darüber nach, daß die Milizen die Front halten mußten, während die Volksarmee in der Etappe ausgebildet wurde. Es ist ein Beweis für die Stärke der revolutionären Disziplin, daß die Milizen überhaupt draußen aushielten.”<sup>74</sup>

#### 4.1.3. Die Komitees

Die Aufgaben, die bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs vom Staat bzw. seinen Institutionen erfüllt worden waren, übernahmen nach dem 19. Juli die Komitees der Gewerkschaften, die quasi ”wie Pilze aus dem Boden schossen”.

In allen Bereichen und auf allen Ebenen schufen die Arbeiter und Bauern ihre Komitees, die vielleicht am ehesten mit der Organisation des Räterystems zu vergleichen sind, da alle Bereiche von den Komitees organisiert wurden und diese nach dem Vorbild der russischen Räte von 1905 und 1917 sowie der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte von 1918/19 arbeiteten.<sup>75</sup> Die Aufgaben der Komitees bestanden im Großen und Ganzen aus drei Bereichen:

1. Organisierung und Bewaffnung der Milizen
2. Übernahme der Fabriken und der Großgrundbesitze sowie Regelung der neuen Gesellschaft
3. Zerschlagung der Feinde im eigenen Lager.

---

tion Dr. P. Strauß

<sup>73</sup> ORWELL, George Mein..., a.a.O., S.46

<sup>74</sup> ders., S.47

<sup>75</sup> Räte sind Instrumente der direkten Demokratie, mit denen Unterdrückte und Unterprivilegierte versuchen, ihre Angelegenheiten selbst und in Eigeninitiative zu regeln. Räte bilden sich, wenn andere Arbeiterorganisationen nicht bestehen

”Aus der traditionellen Zerrissenheit der spanischen Arbeiterklasse erklärt sich die Tatsache, daß die anfänglichen Organisationsformen der revolutionären Macht nach dem 19. Juli in Vereinbarungen zwischen Parteien und Gewerkschaften ihren Ursprung hatten. Die so gebildeten Komitees waren aber von Anfang an mehr als eine bloße Summierung der verschiedenen existierenden Organisationen. Sie waren nicht bloße Koordinationsausschüsse, sondern viel eher der Ausdruck eines revolutionären Willens, der Tausende aktiver Kämpfer beseelte, was immer ihre politische Zugehörigkeit sein mochte. Den Parolen und Direktiven ihrer eigenen Parteien standen die Mitglieder uninteressiert, wenn nicht gar feindselig gegenüber; viel bereitwilliger folgten sie den Weisungen und Aufrufen der neuen Komitees – wenigstens in den ersten Wochen.”<sup>76</sup>

Wenn die Komitees sich auch zu den eigentlichen Machtorganen nicht nur Kataloniens, sondern ganz Spaniens entwickelten, wurden sie trotzdem nie zu echten Räten. So spontan wie sie gebildet wurden, so unkoordiniert arbeiteten sie auch bis auf einige Ausnahmen. Es entwickelte sich aus den Komitees keine abberufbaren und gewählten Körperschaften. Sie wurden zwar zu Autoritätsorganen für die Arbeiter und Bauern und gegen die Regierung, aber nie zu echten Vertretungsorganen. Sie waren auf ein gegenseitiges Übereinkommen der Organisationen gegründet, von denen sie ihre Mitglieder rekrutierten. Als die bürgerlichen Kräfte nach den ersten Wochen begannen, sich wieder zu erholen, begannen diese mit Unterstützung der Kommunisten, den Komitees ein eigenes Programm aufzusetzen. Die CNT-Führer machten Konzessionen, die aber den Zielen der Revolution entgegenstanden. Um zu echten Räten zu werden und als Machtfaktor bestehen zu bleiben, hätte für die Komitees im Grunde nur die Möglichkeit bestanden, anstatt des gegenseitigen Übereinkommens zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen eine andere Methode einzuführen: Mehrheitsentscheidungen durch demokratisch gewählte Vertreter aus den Milizen, Kollektiven und Fabriken. Die Tatsache, daß sie dies nicht einführten, wird von solidarischen Kritikern als ein Grund dafür angesehen, warum ihnen die Macht relativ schnell wieder aus den Händen glitt und die alten Institutionen sich wieder reorganisieren konnten.

#### 4.1.4. Die ”Doppelherrschaft”

Fast über Nacht war in ganz Katalonien die Macht den Anarchosyndikalistinnen zugefallen. ”Hier (in Barcelona, d. Verf.) gibt kein Polizist, kein Offizier der Bereitschaftspolizei, kein Politiker mehr Befehle. Die Träger stolzer Uniformen, die Herren mit dem Kasinoton, den Ordensschnallen und Epauletten, die Männer mit dem umgeschnallten Degen und mit dem schwarzen Homburg haben abgewirtschaftet, sie sind besiegt.”<sup>77</sup>

Die Anarchisten wußten zwar, daß sie diese Macht im Grunde nur ergreifen mußten und daß zumindest die Generalität, die Regionalregierung Kataloniens, viel zu schwach war, als daß sie hätte angesichts eines solchen Schrittes etwas unternehmen können. Aber die Anarchisten verhielten sich schwankend. Noch in der Nacht vom 19. auf den 20. Juli bemühte sich Juan Comorera, der spätere Generalsekretär der PSUC, dem Präsidenten der Generalität, Louis Companys, die Lage zu verdeutlichen und ihn auf die notwendigen Schritte hinzuweisen, um die soeben gewonnene Macht der Anarchisten einzuschränken:

---

oder – falls vorhanden – die Interessen der Arbeiterschaft nicht mehr hinreichend wahrnehmen.

<sup>76</sup> BROUÉ/TÉMIME a.a.O., S. 228 f.

<sup>77</sup> ROMERO, Louis in: Enzensberger, H. M., Der kurze..., a.a.O., S.125

”Die FAI und die POUM sind die Herren der Straße und können tun und lassen, was sie wollen. Damit hat ein langwieriger Krieg begonnen, den wir verlieren werden, wenn wir nicht dafür sorgen, daß diese Organisationen innerhalb von wenigen Wochen, höchstens Monaten, zerfallen. ... Für uns heißt das, daß wir alle Kräfte sammeln und die sozialistische Gewerkschaft UGT als Gegenkraft zur CNT aufbauen müssen. Sie, Herr Präsident, dürfen in diesem Moment auf keinen Fall mit Gewalt vorgehen. Sie müssen versuchen, die revolutionäre Ordnung zu sichern; Sie müssen die Bildung von Truppen unterstützen, die der Regierung gehorchen. Wir stehen vor der Aufgabe, eine Armee aufzubauen. Die Anarchisten und die Trotzkisten werden ein großes Geschrei anfangen, wenn sie davon erfahren. Wir werden uns einfach taub stellen. Sobald wir über eine bewaffnete Streitmacht verfügen und eine solide Arbeiter- und Bauernbewegung wiederhergestellt haben, werden wir den Krieg an der Front führen und im Hinterland die Wirtschaft verteidigen, statt eine Revolution zu machen, die zur Zeit gar nicht auf der Tagesordnung stehen kann.”<sup>78</sup>

Am nächsten Morgen empfing Louis Comanys eine Delegation von Vertretern der CNT-FAI, u.a. Buenaventura Durruti, García Oliver und Joaquín Ascaso. Auf der Sitzung des katalanischen Regionalkomitees der CNT und FAI am Abend zuvor hatten die Anarchisten lange darüber diskutiert, was von dieser Einladung des Präsidenten zu halten sei. Einige wollten die Einladung ganz ausschlagen, andere hielten den Augenblick für gekommen, am folgenden Tag den Präsidenten abzusetzen und in ganz Katalonien den libertären Kommunismus auszurufen; wieder andere meinten, man müsse mit Comanys zu einer Einigung kommen. In der langen Diskussion hatten sich die Anarchisten darüber geeinigt, daß sie weder eine Regierung bilden noch sich an einer solchen beteiligen wollten. Nun bot Comanys, der lange Zeit die Anarchisten verfolgt hatte, diesen seine ”Unterstützung” an:

”Vor allem anderen muß ich Ihnen eines sagen: die CNT und die FAI sind bisher noch nie so behandelt worden, wie es ihrer Bedeutung entsprochen hätte. Ihr seid immer auf das schwerste verfolgt worden, und ich, der einst auf eurer Seite stand, habe mich zu meinem Schmerz durch die Notwendigkeiten der Politik gezwungen gesehen, euch zu bekämpfen und zu verfolgen. Heute seid ihr die Herren der Stadt und ganz Kataloniens. Ihr habt die militärischen Faschisten besiegt. Ich hoffe, daß ihr in dieser Situation nicht vergeßt, daß Euch die kleine Hilfe meiner Partei und der katalanischen Garde nicht versagt wurde. Ihr habt gesiegt und alles befindet sich in eurer Macht. Wenn ihr mich nicht mehr benötigt, oder als Präsident Kataloniens nicht mehr haben wollt, dann sagt es mir frei heraus und ich trete zurück, um mich als einer der vielen in die Reihen beim Kampf gegen den Faschismus zu stellen. Wenn Ihr dagegen glaubt, ich könne auf diesem Posten, von dem die Faschisten mich lebend nicht hätten vertreiben können, mit meiner Partei, meinem Namen und meinem Ansehen, im Kampfe gegen den Faschismus, von dem wir nicht wissen, wann er enden wird, von Nutzen sein, dann könnt ihr mit mir und meiner Treue zur gemeinsamen Sache rechnen. Ihr könnt überzeugt sein, daß heute die ganze Vergangenheit begraben ist, und ich wünsche aufrichtig, daß Katalonien an der Spitze des sozialen Fortschritts, gemeinsam mit den meist fortgeschrittenen Ländern stehe.”<sup>79</sup>

---

<sup>78</sup> ENZENSBERGER, H.M. Der kurze..., a.a.O., S.129 f.

<sup>79</sup> ders., S.133 SOUCHY, A., Anarchosyndikalisten..., a.a.O., S.95

Die anarchistischen Vertreter verzichteten freiwillig auf die Macht und darauf, den Präsidenten abzusetzen. Auf Companys Vorschlag wurde ein gemeinsamer Ausschuß gegründet der später als das "Zentralkomitee der Antifaschistischen Milizen" in die Geschichte eingegangen ist. "Anders als eine Koalitionsregierung, die faktisch auf der alten Staatsmaschinerie basiert, basierte das Zentralkomitee, in dem die Anarchisten dominierten, auf den Arbeiterorganisationen und Milizen."<sup>80</sup> Zwar nannte sich dieses Komitee nicht Regierung oder Parlament, doch war dies der erste Schritt der Anarchisten in Richtung Beteiligung an einer tatsächlichen herkömmlichen Regierung. Denn in diesen Komitees waren die Anarchisten nicht in der zahlenmäßigen Mehrheit (was ihrer tatsächlichen Stärke in Katalonien entsprochen hätte), sondern von fünfzehn Mitgliedern stellten die Anarchisten fünf, die UGT drei und die restlichen Sitze verteilten sich auf POUM, Rabassaires und bürgerliche Republikaner.<sup>81</sup> Die Dekrete des Zentralkomitees waren das einzige geltende Recht in Katalonien und selbst Companys mußte sich diesen Anordnungen und Befehlen unterwerfen. Obwohl es ursprünglich als das Zentrum zur Organisierung der Milizen gebildet wurde, übernahm es allmählich immer mehr Aufgaben, die früher die Regierung erfüllt hatte wie z.B. Organisierung einer Arbeiterpolizei, die Lebensmittelversorgung etc. Im Zentralkomitee der Milizen waren Krieg und Revolution unmittelbar miteinander verknüpft, und um dieses Komitee entstanden hunderte von weiteren Komitees. Wenn also auch das Zentralkomitee der Milizen keine Regierung im herkömmlichen Sinn war, stand es aber doch nicht an Stelle der katalanischen Regionalregierung, da diese, wenn auch momentan ohne reale Macht, weiterbestand und zumindest Scheinfunktionen ausüben konnte.

## 4.2. Die Situation im republikanischen Spanien

In dem Ausmaß wie in Katalonien fand die soziale Revolution im übrigen Spanien nicht statt. Zum einen sah das Kräfteverhältnis von Anarchisten zu Sozialisten und anderen Arbeiterorganisationen anders aus, auch wenn die Anarchisten in einigen Regionen die Vorherrschaft hatten; zum anderen wurden viele Versuche relativ schnell durch die Eroberung von Franco-Truppen zunichte gemacht, auch wenn die Arbeiter sich bemühten, ihre Errungenschaften zu verteidigen. Da die Situation je nach Region (und oft sogar innerhalb einer Stadt) so unterschiedlich war, erscheint es nicht möglich, eine allgemein gültige Beschreibung und Einschätzung der Lage zu liefern. Daher soll versucht werden, an einigen Beispielen ein Bild vom Umfang der sozialen Revolution und vom Kräfteverhältnis der verschiedenen Gruppen zu geben.

### 4.2.1. Verschiedene Beispiele (Madrid, Valencia, Aragón)

In Madrid, der Hauptstadt Spaniens mit dem Sitz der Zentralregierung, herrschte Ende August die liberale Regierung. In dieser Stadt, in der sich die Anarchisten in der Minderheit befanden, existierten in den Straßen im Gegensatz zu Barcelona nicht die Arbeiterpatrouillen, sondern regelrechtes Militär. Auch Autos z.B. wurden von der Regierung beschlagnahmt und nicht etwa von den Gewerkschaften, ein Zeichen dafür, daß der Stellenwert der Regierung größer war als der der Gewerkschaften. Ein zentrales politisches Komitee existierte nicht und Enteignungen fanden im Vergleich zu Barcelona sehr wenig statt.<sup>82</sup> Die Banken, die überhaupt in Spanien zu dem Wirtschaftszweig gehörten, der von

---

<sup>80</sup> MORROW, Felix Revolution and...a.a.O., S.21 (Textstelle von der Verf. übersetzt)

<sup>81</sup> Die Kommunisten waren nur deshalb zu Anfang nicht vertreten, da sie in Katalonien praktisch nicht existierten. Nach Gründung der PSUC war diese dann im Zentralkomitee der Milizen vertreten (mit einer Stimme).

<sup>82</sup> Bis auf einige regionale Ausnahmen (Katalonien, Valencia und der Nordküste) befanden sich nach den ersten Monaten des Bürgerkriegs nur ca. 30% der Industrie unter staatlicher oder gewerkschaftlicher Kontrolle.



Enteignungen am wenigsten betroffen war, trugen die Aufschrift "Unter Regierungskontrolle". Madrid gab somit zwar das Bild einer Stadt in Kriegszeiten ab, während man aber in Barcelona das Bild einer Stadt, in der die soziale Revolution stattfindet, vorfand.

Valencia war eine Stadt, die nach kurzer Zeit als "proletarische Diktatur" galt. Doch in der Realität war Valencia eher eine kleinbürgerliche Stadt, in der die Kräfte der revolutionären Bewegung weit aus unbedeutender waren als in Barcelona. Obwohl auch in Valencia eine Bewegung für Autonomie existierte, war diese doch schwächer als in Katalonien. Die Arbeiter der Stadt waren in der CNT und FAI organisiert, wodurch Enteignungen und Kollektivierungen zwar stattfanden, aber die UGT kontrollierte die "white-collar-workers", weshalb die Veränderungen nicht die Ausmaße wie in Barcelona annahmen.

Aragón war schon seit langem ein Zentrum der anarchistischen Bewegung. Zwar wurde der größte Teil dieser Provinz anfangs von Franco-Truppen erobert, doch war Aragón auch eines der wenigen Bereiche, die von der Republik zurückgewonnen werden konnten. Insbesondere die anarchistische Kolonne "Durruti" und mehrere POUM-Milizen drangen Stück für Stück näher in das faschistisch besetzte Gebiet vor und unternahmen dabei gleichzeitig einen wahren Feldzug der Revolution. Jedes Dorf, das sie befreiten, wurde zur freiheitlichen Kommune erklärt, die Großgrundbesitzer enteignet und ein CNT-FAI-Komitee eingesetzt, um das öffentliche Leben zu regeln. An vielen Orten wurde die soziale Revolution radikaler durchgeführt als selbst in weiten Teilen Kataloniens. Durruti und alle Milizionäre konnten sicher sein, daß diese Bauern ihre Errungenschaften bei einem wiederholten Angriff seitens Franco bis zum Tod verteidigen würden. Einen wichtigen Faktor stellte auch der von der Bevölkerung errichtete "Rat von Aragón" dar, der vielleicht am ehesten einem echten Vertretungsorgan nahekam. Jede Gemeinde wählte Vertreter, die Delegierte in den Zentralrat entsandten und jederzeit abberufbar waren. In den Rat von Aragón, der anfangs fast nur aus Anarchisten bestand, wurden auf Vorschlag Largo Caballeros später auch andere antifaschistische Gruppen mit aufgenommen, obwohl die Mehrzahl der Arbeiter und Bauern sich bis zuletzt an die libertären Organisationen hielt.

Wenigstens 3/4 des Landes waren kollektivisiert und von den etwa 400 Kollektiven unterstanden nur zehn der UGT. Den Bauern stand es frei, in die Kollektive zu gehen, solange sie ihr Land ohne fremde Hilfe bearbeiten konnten. Die Schulen unterstanden den Gemeinden. Das zum Privatgebrauch bestimmte Vieh gehörte den Familien selbst. Ein Resultat der sozialen Veränderungen war, daß die Agrarproduktion sich im Vergleich zum Vorjahr um 30-50% steigerte!<sup>83</sup> Die Überschüsse wurden freiwillig an die Regierung abgegeben, um die Front zu unterstützen.

Das Hauptproblem für die nicht-anarchistischen Organisationen bestand darin, daß in ganz Aragón praktisch keine Opposition zur anarchistischen Bewegung existierte. Auch die Kommunisten konnten hier selbst zu der Zeit, als sie ihren Einfluß in vielen Regionen Spaniens bereits erheblich gestärkt hatten, keinerlei Einfluß gewinnen. Somit mußten sie versuchen, die Vorherrschaft der Anarchisten von außen zu brechen. Eines ihrer wichtigsten Probleme zwischen August und November 1936 bestand darin, daß die anarchistischen Milizen an der Aragón-Front beständig Erfolge erzielten, während die republikanischen Truppen an den zentralen und westlichen Fronten immer mehr Niederlagen einstecken mußten. Ende Oktober waren die CNT-FAI- und POUM-Einheiten soweit, Huesca, das Tor nach Saragossa, der wichtigsten Stadt Aragóns, zu erobern.

Zur Bedeutung Saragossas: Diese Stadt liegt quer zur Straße von Katalonien und Aragón nach Navarra, dem Zentrum der faschistischen Bewegung. Mit dem Sieg in Saragossa durch anarchistische

---

<sup>83</sup> ders., S.142-146 diese und ähnliche Angaben sind skeptisch zu beurteilen, da statistische Unterlagen hierüber nicht vorliegen.

Einheiten wäre die hintere Front der faschistischen Armee gefährdet gewesen, die an den baskischen Provinzen stand. Zusätzlich wäre die hintere Front der faschistischen Kräfte, die vom Norden gegen Madrid zogen, gefährdet. Eine Offensive an dieser Front hätte bedeutet, daß die Initiative, d.h. die Angriffe von den Faschisten auf die republikanischen Einheiten hätte übergehen können. Außerdem war Saragossa eines der Schwerpunkte der anarchistischen Bewegung Spaniens gewesen und nur deswegen an die Faschisten gefallen, weil der Zivilgouverneur die Stadt an die Aufständischen verraten hatte. Sogar Ende September waren die Arbeiter der Stadt trotz der faschistischen Belagerung noch in den Generalstreik getreten, und die anarchistischen Milizen hätten bei einem Angriff auf die unbedingte Unterstützung der dortigen Arbeiter rechnen können.

Um Huesca und Saragossa einnehmen zu können, bedurfte es aber Flugzeuge, Artillerie und schwerer Waffen. Obwohl die Waffenversorgung seit Anfang des Krieges gerade an der Aragón-Front mehr als ungenügend war<sup>84</sup>, setzte ab Ende September der systematische Boykott der Zentralregierung gegen die Aragón-Front ein. Waffen wurden, wenn überhaupt, nur an die wenigen existierenden kommunistisch kontrollierten Einheiten geliefert. Da die katalanische Waffenindustrie, die die Aragón-Front hätte versorgen können, auf die finanzielle Unterstützung Madrids angewiesen war, mußte sie die Waffen an die von der Regierung befehligten Orte liefern. Die Regierung aber, die von Anfang an den selbstverwalteten Arbeitermilizen skeptisch gegenüberstand, mußte um nicht offensichtlich gegen diese Vorgehen zu müssen – womit sie zu der Zeit sicher einen zweiten Bürgerkrieg im Bürgerkrieg riskiert hätte – die Milizen durch derartige Mittel boykottieren, um deren Kampf- und Erfolgsmöglichkeiten nach außen hin abzuschwächen und somit die später eingeleitete "Militarisierung der Milizen"<sup>85</sup> vorzubereiten. Allerdings verpaßte sie damit die Möglichkeit von einem Verteidigungskrieg zum Angriffskrieg überzugehen, der eine realistische Voraussetzung zum Sieg über Franco bedeutet hätte.

García Oliver, der spätere anarchistische Justizminister in der Zentralregierung und Befürworter der Militarisierung, trat während der ersten Monate noch für die Erhaltung der Milizen ein und gegen den Versuch der Regierung, eine Armee mit dem mehr oder weniger herkömmlichen Befehls- und Gehorsamssystem einzurichten. Im August 1936 verkündete er noch in Barcelona:

"Die Madrider Regierung denkt, daß man im Kampf gegen den Faschismus vorwärtskommt, indem eine Armee gebildet wird, die ohne revolutionären Geist ist. Die Armee kann aber nur den Charakter haben, der aus der Stimmung des Volkes entsteht, und sie muß hundertprozentig proletarisch sein. Um dies zu verdeutlichen, weise ich auf die Korps der Karabinieri und der Zivilgarde hin, die sich mit der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus vereinten. Sie bildeten zusammen eine Volksarmee, die sich in der Praxis dem klassischen Konzept eines bewaffneten Korps, das hinter dem Rücken des Volkes organisiert wird, als überlegen erwiesen hat."<sup>86</sup>

Allgemein läßt sich sagen, daß in anarchistisch und teilweise auch in sozialistisch kontrollierten Gebieten<sup>87</sup> die Verteidigung gegen Franco hauptsächlich durch die Einrichtung der Milizen organisiert wurde. In den Gebieten, in denen die Internationalen Brigaden, die mit wachsendem Einfluß der

---

<sup>84</sup> Zum Waffenboykott der anarchistischen Milizen siehe späteres Kapitel (4.4.), das sich mit dem Verhältnis Madrid-Katalonien befaßt.

<sup>85</sup> siehe dazu entsprechend Kapitel 6

<sup>86</sup> BOLLOTEN, B. The Grand..., a.a.O., S.92 (Textstelle von der Verf. übersetzt)

<sup>87</sup> In den Bereichen, in denen sich die UGT schon vor Ausbruch des Bürgerkriegs radikalisiert hatte (z.B. Asturien)

Kommunisten auch unter deren Einfluß gerieten, und in den republikanischen und kommunistisch kontrollierten Einheiten kam die Organisation einer regelrechten Armee wesentlich näher als einer Arbeitermiliz. Ebenso wie mit dem Milizsystem verhielt es sich mit dem Ausmaß der Kollektivierungen und mit der Rolle und der Gründung von Einrichtungen der Komitees.

#### 4.3. "Die Zentralregierung in der Zwickmühle"

Nach V. Richards brüht die Macht einer Regierung auf drei Grundlagen. Sie muß das Kommando über die Streitkräfte (Armee, Polizei und über bestimmte Bereiche wie Justiz) etc. haben; sie muß die Wirtschaft des Landes kontrollieren, und sie muß Kontrolle über die öffentlichen Informationsmittel (Radio, Presse, Telefon, etc.) haben, das bedeutet das direkte oder indirekte Informationsmonopol. Aber außer über die Finanzen des Landes verfügte die Zentralregierung der Spanischen Republik in den ersten Wochen nach Ausbruch des Bürgerkriegs über keine weiteren Bereiche, wenn sie auch nie abgesetzt und durch Arbeitervertretungsorgane ersetzt wurde.

"Die Revolution begann unter einer republikanischen Regierung, die diese weder unterstützen wollte noch konnte. Die Auswüchse entfalteten sich vor den erstaunten Augen der Minister. Angesichts dieser Revolution hatte die Regierung die Möglichkeit, sie entweder zu unterstützen oder zu unterdrücken. Aber noch weniger als sie zu unterstützen, konnte die Regierung sie unterdrücken. Es ist sehr zweifelhaft, ob ihr dafür genügend Kräfte zur Verfügung gestanden hätten. Ich bin sicher, nicht. Selbst wenn dies der Fall gewesen wäre und sie hätte davon Gebrauch gemacht, hätte sie einen weiteren Bürgerkrieg riskiert."<sup>88</sup>

Diese Aussage stammt vom damaligen Präsidenten der Republik, Azaña, der kurz darauf zurücktrat. Denn nach dem 18.Juli

"brach der Staat zusammen, und die Republik stand da ohne Armee, ohne Polizei und ihre Verwaltung war durch Desertion und Sabotage zerstört. ... Von den Armeeführern und den Beamten des Obersten Gerichtshofes bis hinunter zu den Zollbeamten mußten wir die Mehrheit des Personals ersetzen, das bis zum 18.Juli die Staatsmaschinerie aufrechterhalten hatte. Allein im Außenministerium waren 90% des früheren diplomatischen Corps desertiert."<sup>89</sup>

Kurz, "Der ganze Staatsapparat war zerstört und die Staatsmacht befand sich in den Straßen."<sup>90</sup> Und der spätere Präsident der Republik Juan Negrín stellte rückblickend Ende 1937 fest:

"Die Regierung konnte absolut nichts unternehmen, denn weder unsere Grenzen noch unsere Truppen befanden sich in unseren Händen. Sie befanden sich in den Händen von Individuen, von örtlichen, Distrikt- oder Provinzkörpern, und natürlich konnte die Regierung nichts dazu tun, (sie) ihre Autorität spüren zu lassen."<sup>91</sup>

---

ähnelten Milizen und Ausmaß der sozialen Revolution zum Teil denen anarchistischer Gebiete.

<sup>88</sup> AZAÑA y Diaz, Manuel La velarda de Belicarlo, S.96 zitiert in: Bolloten, B. a.a.O., S.41 f. (Textstelle von der Verfasserin übersetzt)

<sup>89</sup> VAYO, de Álvarez Freedom's Battle, S.261 bzw. S.244, zitiert in: ders., S.37 (Textstelle von der Verf. übersetzt)

<sup>90</sup> IBARRURI, Dolores Speeches and Articles 1936-39, S.214, zitiert: ebd., (Textstelle von der Verf.übersetzt)

<sup>91</sup> NEGRÍN, Juan El Dia Gráfico, 2.12.1937, zitiert: ebd. (Textstelle von der Verf. übersetzt)

Früher hatten die Karabineros, die der Regierung unterstanden, die Grenzen oder die Häfen kontrolliert oder dies war von Zöllnern übernommen worden. Nach dem 19. Juli wurden diese Arbeiten von den Arbeiterkomitees oder von Körperschaften, die den Gewerkschaften oder linken Parteien unterstanden, kontrolliert. Ebenso die Funktionen der Gemeinderäte, Stadträte etc. waren dem Staat aus den Händen gerissen.

Die Regierung verfügte lediglich über die nominelle, nicht aber über die reale Macht. Diese Macht war in tausende von Fragmenten unterteilt, d.h. unter die vielen verschiedenen Komitees. Nirgends in Spanien verfügte das Azaña ablösende Kabinett Giral über wirkliche Autorität, und dieser Zustand blieb auch während der Anfangszeit der Präsidentschaft Largo Caballeros bestehen. Viele Historiker sprechen von dieser Zeit als der sog. "Doppelherrschaft", d.h. eine Macht wurde repräsentiert von den bürgerlichen Regierungen, aber ohne Armee, Polizei oder eine sonstige bewaffnete Macht. Die zweite Macht bestand aus den Arbeitern und Bauern. Die erste Macht war zu schwach, die zweite herauszufordern, und die zweite war sich nicht genügend über die Notwendigkeit bewußt, die erstere auszuschalten, wenn sie nicht selbst vernichtet werden wollte.<sup>9293</sup>

An dieser Stelle erscheint es notwendig, ein wesentliches Problem näher zu erläutern. Wie oben erwähnt, gehörten die Banken zu dem Industriezweig, der am wenigsten von Enteignungen in ganz Spanien betroffen war und wenn, dann in aller Regel höchstens der staatlichen Kontrolle unterstellt wurde. Wenn die Regierung also in fast allen Bereichen ohne reale Macht dastand, so verfügte sie doch über einen wichtigen finanziellen Faktor, den sie als Kontrollmöglichkeit und Machtfaktor benutzen konnte. Zusätzlich zu den Banken befanden sich alle Goldreserven in den Händen der Madrider Regierung, die etwa einen Wert von 600 Millionen Dollar (2.259 Millionen Peseten) betrugen<sup>94</sup>, und die CNT aber auch die anderen Arbeiterorganisationen unternahmen nie den Versuch, diese an sich zu bringen, obwohl sie zumindest in den ersten Tagen dazu in der Lage gewesen wären.

Gerade in den ersten Tagen, als die Notwendigkeit bestand, Rohmaterial und Waffen zu kaufen, hätten die Arbeiter dies mit den Goldreserven tun können, aber die Regierung machte keinen Gebrauch davon, um im Ausland Waffen zu kaufen.<sup>95</sup> Aber nicht nur beim Waffenkauf im Ausland konnte die Zentralregierung dadurch Macht ausüben, sondern diese Goldreserven wurden von ihr erfolgreich als Druckmittel gegenüber Katalonien und Barcelona angewandt, indem sie der dortigen Industrie nicht die notwendigen Kredite gewährte und somit die Kriegsproduktion in Katalonien und anderen anarchistisch kontrollierten Gebieten mehr als einmal zum Stillstand kam.<sup>96</sup>

Sieben Wochen lang blieb die Zentralregierung ohne Vertreter des Proletariats, da die Sozialisten sich zwar im Volksfrontbündnis befanden, Caballero aber nicht direkt an der Regierung teilnehmen wollte. Zwar erwiesen sich die liberalen Parteien als unfähig, die Regierungsgeschäfte auszuüben, und die Sozialisten hätten auch ein Interesse daran gehabt, die Regierung zu übernehmen, doch es gab mehrere Hinderungsgründe: Die gemäßigten Sozialisten um Prieto wollten die bestehende Situation (d.h. eine bürgerliche Regierung) erhalten, um die westlichen Staaten nicht abzuschrecken, von denen sie sich nach wie vor Hilfe erhofften. Daher schlugen sie vor, einige Sozialisten und Kommunisten in

---

<sup>92</sup> Karl Korsch gehört zu den wenigen, die diese Situation nicht als Doppelherrschaft anerkannten. Er beschreibt sie als den "zeitweiligen Verfall aller Staatsmacht" also eine Zeit, "als die Regierung zeitweise inexistent war (und) die neue und noch unausgeformte, von den Gewerkschaften ausgeübte Macht jedoch keine eigene politische Gestalt annahm."

<sup>93</sup> KORSCH, Karl Ökonomie und Politik im revolutionären Spanien, in: Schriften zur Sozialisierung, aus der Reihe: Theorie und Praxis der Gewerkschaften, Frankfurt a.M. 1969, S.109 f.

<sup>94</sup> vgl. RICHARDS, V. Lessons..., a.a.O., S.46

<sup>95</sup> Diese Goldreserven gingen im Laufe der nächsten Monate zum größten Teil nach Russland, das als eines der wenigen Länder ab Okt.1936 Waffen lieferte und sich diese in Gold bezahlen ließ.

<sup>96</sup> siehe zur Frage der "Goldreserven" vor allem: RICHARDS, V., a.a.O., S.46 f. und S.60 ff.

die Regierung aufzunehmen, aber Giral als Ministerpräsident zu belassen. Diese Haltung wurde von der Kommunistischen Partei, die sich in Madrid zum rechten Flügel der Arbeiterbewegung entwickelt hatte, unterstützt. Caballero dagegen wollte möglichst bald eine sozialistische Regierung bilden und sich aber, solange dies nicht möglich war, ganz aus der Regierung fernhalten. Er vertrat den Standpunkt, daß eine Koalition unter republikanischer Führung nicht in der Lage wäre, die Verwaltung zu säubern, die militärische Reorganisation durchzuführen und die Wirtschaft zu kontrollieren.

Ende August wurde die Lage für die Zentralregierung so unsicher, daß man sich entschloß, Giral abzulösen und an seine Stelle Largo Caballero, den Präsidenten der UGT, zu setzen, von dem man sich wegen seiner Autorität nicht nur bei den Sozialisten, sondern auch bei den Anarchisten einen Ausweg aus der Situation erhoffte. Daher bestand für Caballero nach seiner Ernennung zum Regierungschef die Aufgabe darin, eine neue Regierung zu bilden, die funktionieren und wieder zu Ansehen gelangen sollte. Dies bedeutete langfristig die Militarisierung der Milizen, die Reorganisation der bewaffneten Truppen bei einer gleichzeitigen Kontrolle der Regierung über dieselben und die Entwaffnung der Arbeiter. Weiterhin hatten vor allem die Kommunisten in der Regierung Interesse daran, die Unterstützung Frankreichs und Englands zu erhalten, was beinhaltete, daß die Regierung als die eigentliche Macht bzw. Vertretung des republikanischen Spaniens in ihrer ursprünglichen Rolle wiederhergestellt werden mußte. Dies bedeutete aber eine Wiederherstellung der Staatsmacht auf Kosten der Revolution. Wenn die Caballero-Regierung in ihrer wirklichen Autorität wieder hergestellt würde, würde sie damit auch endlich wieder die "unkontrollierbaren Elemente"<sup>97</sup> kontrollieren können. Hierüber waren sich alle Kabinettsmitglieder einig. Dem aber stand ein Hindernis im Weg. Da die Anarchisten in einigen Teilen Spaniens Macht erlangt hatten und faktisch das wirtschaftliche und politische Leben bestimmten, würde man die Staatsautorität nicht ohne ihre Mitwirkung in der Regierung erreichen können. Bisher hatten sich die Anarchisten aber nahezu total ablehnend jeglicher Staatsform gegenüber gezeigt (auch wenn sie z.B. den katalanischen Präsidenten nicht abgesetzt hatten). Auch waren sich die Kabinettsmitglieder nicht darüber einig, welchen Eindruck eine Regierungsbeteiligung der Anarchisten auf die ausländischen Regierungen machen würde.

Da trotz aller offensichtlichen Schwierigkeiten, die eine Zusammenarbeit mit den Anarchisten auf Regierungsebene mit sich bringen würde, eine Beteiligung ihrerseits notwendig erschien, um letztendlich mit Hilfe der Anarchisten diese kontrollieren (d.h. ausschalten) zu können, entschloß man sich, ihnen einen Ministerposten anzubieten, den die CNT und FAI jedoch ablehnten. Hierzu wurde von der CNT am 5. September folgende Erklärung abgegeben:

"Viele werden sich vielleicht wundern, warum die CNT nicht Teil dieser Regierung ist, obwohl sie eine der Hauptkräfte für den Sieg des Volkes an der Front und im Hinterland bildet. Zweifellos müßte die CNT, wenn sie von politischen Ideen getragen wäre, mindestens soviel Sitze in der Regierung erhalten wie die UGT und die Sozialisten (d.h. so viele Sitze wie die Caballero-Fraktion und die Prieto-Fraktion zusammen, Anmerkung von B. Bolloten). Aber die CNT bekräftigte noch einmal ihre unerschütterliche Anhänglichkeit zu ihren antiautoritären Postulaten und ist der Meinung, daß die freiheitliche Umwandlung der Gesellschaft nur ein Resultat der Abschaffung des Staates und der Kontrolle der Wirtschaft durch die Arbeiterklasse sein kann."<sup>98</sup>

---

<sup>97</sup> Auf die Problematik des sog. "Unkontrollierbaren" und die Schwierigkeiten, die selbst die anarchistischen Führer mit ihnen hatten, wird in einem späteren Kapitel eingegangen. (Kap. 9)

<sup>98</sup> "CNT", 5. September 1936, zitiert in: Bolloten, B., a.a.O., S.155 f. (Textstelle von der Verf. übersetzt)

Und in ihrer Zeitung "Solidaridad Obrera" veröffentlichten sie einen Beitrag mit dem Titel: "Von der Nutzlosigkeit der Regierung", in dem sie noch einmal grundsätzlich zu der Frage der Regierungsbeteiligung Stellung nahmen:

"Die reichen Länder besitzen gewöhnlich eine arme Bevölkerung'. Dieser Ausspruch eines bürgerlichen Ökonomen bringt anschaulich die Gebrechen dieser Gesellschaft zum Ausdruck, in der die Völker im allgemeinen in der absolutesten Verarmung leben. Konkret können wir sagen, daß die Schwäche der Völker den Machtzuwachs der Regierungen erlaubt. Die Existenz einer Volksfrontregierung, die bei weitem kein unabdingbares Element des antifaschistischen Kampfes ist, gleicht ihrem Wesen nach einer groben Nachahmung dieses Kampfes. Es erübrigt sich, daran zu erinnern, daß die Regierungen der Generalidad und von Madrid angesichts der Vorbereitungen zum faschistischen Putsch absolut nichts unternommen haben. Sie haben ihre Autorität einzig und allein dazu mißbraucht, die Machenschaften der reaktionären Elemente zu verschleiern. Die Regierung hat dabei bewußt oder unbewußt als Instrument gedient.

Der Kampf, der jetzt in Spanien entbrennt, ist ein sozialer Kampf. Die mäßigende Gewalt, die auf dem Gleichgewicht und der Erhaltung der Klassen beruht, wird in diesem Kampf keine entschlossene Haltung zeigen können, da die Fundamente des Staates selbst ins Wanken geraten sind, so daß er keine sichere Stützen findet. Man kann daher mit vollem Recht sagen, daß die Volksfrontregierung in Spanien nichts anderes als das Spiegelbild eines Kompromisses zwischen der Kleinbourgeoisie und dem internationalen Kapitalismus ist.

Auf Grund derselben Tatsachen hat dieser Kompromiß nicht mehr als nur vorübergehenden Wert, und er wird neuen Forderungen und schließlich einer Linie Platz machen müssen, die auf eine tiefe soziale Veränderung abzielt. Dann wird die Plage mit den Unterhändlern und Apologeten der Staatsmacht aufhören, die jetzt im Schutz der Republikaner und Liberalen von Barcelona, Valencia und Madrid ihr Unwesen treiben. Die Idee, diese Regierungen, die nur schwache Wächter über den 'status quo' in der Eigentumsverteilung und die ausländischen Finanzinteressen sind, durch eine starke Regierung zu ersetzen, die sich auf eine Ideologie und eine 'revolutionäre' politische Organisation stützt, wäre nicht möglich, ohne die revolutionäre Explosion hinauszuschieben.

Es handelt sich also nicht darum, daß der Marxismus die Macht ergreift oder daß sich die Aktivität des Volkes selbst Beschränkungen auferlegt, weil es politisch opportun erscheint. Der 'Arbeiter-Staat' ist der Schlußpunkt einer revolutionären Aktion und der Anfang einer neuen politischen Sklaverei.

Die Koordinierung der Kräfte der Volksfront und die Organisation der Lebensmittelversorgung bei gleichzeitiger Förderung der Kollektivierung von Unternehmen sind von lebenswichtigem Interesse, damit wir unsere Ziele erreichen. Hierin liegt die besondere Bedeutung dieser Stunde. Bis heute ist dies auf eine nicht staatlich gelenkte, dezentralisierte und unmilitärische Weise geschehen. Es gibt jedoch viele Verbesserungsmöglichkeiten, die dabei angewandt werden könnten. Die Syndikate der CNT oder der UGT setzen

bereits alle ihre Kräfte auf diesem Gebiet ein und können das vielleicht in noch höherem Maße tun. Im Gegensatz dazu macht die Bildung einer Koalitionsregierung mit ihren kleinlichen politischen Auseinandersetzungen zwischen Mehrheiten und Minderheiten, ihrer Bürokratisierung mittels ausgewählter Eliten und dem Bruderkrieg, der zwischen entgegengesetzten Richtungen entbrennt, die Durchführung unserer Arbeit für die Befreiung Spaniens unmöglich. Wir würden schnell unsere Handlungsfähigkeit und unsere Übereinstimmung in den Zielsetzungen verlieren; das aber wäre der Beginn eines drohenden Debakels angesichts eines Feindes, der schon stark genug ist.

Wir hoffen, daß die spanischen und ausländischen Arbeiter die Berechtigung der in diesem Sinne von der CNT und der FAI gefaßten Beschlüsse verstehen. Den Staat unmöglich zu machen ist das Ziel des Sozialismus. Die Tatsachen beweisen daß die Abschaffung des bürgerlichen Staates, der schon vom Erstickungstod bedroht ist, auf die wirtschaftliche Enteignung und nicht auf die spontane Neuorientierung einer 'sozialistischen' Bourgeoisie zurückgeht. Rußland und Spanien sind lebendige Beispiele dafür."<sup>99</sup>

Das Angebot Caballeros hatte aber auch innerhalb der CNT zu heftigen Diskussionen geführt, in deren Verlauf die führenden Mitglieder sich schließlich darauf einigten, von Caballero an Stelle der Regierung die Bildung eines "Nationalen Verteidigungsrates" zu fordern, dem es ihnen leichter fallen würde, beizutreten, da diese Institution sich nicht Regierung nannte, auch wenn sie die gleichen Kompetenzen besaß wie eine Regierung. Die CNT begann gleich darauf eine Kampagne für ihren Vorschlag, ohne daß die in der Regierung vertretenen Parteien sich bereitklärten, darauf einzugehen. Erst Ende Oktober, als sich die Republik in ihrer ersten großen militärischen Krise befand (Francos Truppen standen vor Madrid und der Fall der Hauptstadt wurde jeden Tag erwartet), änderte sie ihre Haltung dahingehend ab, als daß sie in Verhandlungen bezüglich einer Regierungsbeteiligung mit Caballero eintrat.

#### 4.4. Das Verhältnis von Katalonien zur Zentralregierung

Nicht erst seit Beginn des Bürgerkriegs war das Verhältnis von Katalonien zur Zentralregierung angespannt (s.o.), aber es hatte sich seit dem 19. Juli soweit verschärft, daß es fast täglich zu Reibereien kam. Da die Anarchisten Kataloniens fast als einzige Gruppe gegen die Faschisten gekämpft hatten und ihnen zumindest in der Provinz die Macht fast ausschließlich zugefallen war, richteten sich die Angriffe der Madrider Regierung vor allem gegen sie. Diese Rivalität hatte zur Folge, daß es oft so aussah, als ob die Regierung in den ersten Monaten, in denen ihr Stand am schwächsten war, gar kein Interesse daran hatte, Franco zu besiegen und die Front zu stärken, sondern vielmehr bemüht war, ihre eigene Stärke gegenüber den revolutionären Elementen des Landes wiederherzustellen.

Auf der einen Seite war das wohl am häufigsten gebrauchte Schlagwort "Für die Einheit aller antifaschistischen Kräfte" das immer wieder von allen Beteiligten zitiert wurde. Auf der anderen Seite war jede Partei und Organisation bemüht, über möglichst viele Waffen und Munition zu verfügen, auch wenn dies auf Kosten des Widerstands gegen Franco ging. Auch die oben erwähnte Tatsache, daß die Aragón-Front, die hauptsächlich von freiwilligen Anarchisten Kataloniens verteidigt wurde,

---

<sup>99</sup> "La inutilidad del gobierno" in: Solidaridad Obrera, 4. September 1936, zitiert in: OBERLÄNDER, Erwin, (Hrsg.), Dokumente..., Bd. 4, a.a.O., S. 395-397

von der Regierung nicht unterstützt wurde, spricht dafür.<sup>100</sup><sup>101</sup> Rudolf Rocker stellt im Nachhinein die Behauptung auf, daß durch eine erfolgreiche Verteidigung der Aragón-Front der Fall von Bilbao hätte verhindert werden können.<sup>102</sup> Dies scheint die oben aufgestellte These, daß die Zentralregierung in den ersten Monaten kein Interesse an einem sofortigen Sieg hatte, zu bestätigen.

Madrid stand der sozialen Revolution, die ihre eigene Macht elementar bedrohte, feindlich gegenüber, und daraus erklärt sich ihre feindselige Haltung gegenüber Katalonien. Diese Feindseligkeit äußerte sich aber nicht nur im Boykott der anarchistischen und POUM-Milizen. Die wirtschaftliche Abhängigkeit Kataloniens wurde von Madrid als weiteres Druckmittel ausgenutzt. Sie setzte, wo sie konnte, Staatsrepräsentanten in Fabriken ein, unterstützte vor allem die kleinen Betriebe, die nicht kollektivisiert waren und bestimmte im Außenhandel mit. Da sie von der Möglichkeit, im Ausland Waffen zu kaufen, anfangs keinen Gebrauch machte (oder nur ungenügenden) und Katalonien finanziell allein nicht dazu in der Lage war, hatte sich der Finanzrat Kataloniens an die Zentralregierung um Hilfe gewandt:

„Wir hatten eine Kommission nach Madrid geschickt, um die Regierung um einen Kredit von 300 Millionen Franken für den Kauf von Kriegsmaterial zu bitten. Als Garantie hatten wir eine Milliarde Peseten in Rentenbriefen angeboten, die zu unseren Sparkassen gehörten und in der Bank von Spanien deponiert waren. All das ist abgelehnt worden.“<sup>103</sup>

Die Regierung hatte finanzielle Hilfe nur im Austausch für Regierungskontrolle gewähren wollen, was von Katalonien verweigert worden war.

Dies ist nur ein Beispiel von vielen und einer von vielen Gründen, warum die Anarchisten ihre Haltung bezüglich „Zusammenarbeit“ mit der Regierung allmählich änderten. Nicht nur die finanzielle Hilfe wurde Katalonien verweigert, sondern allmählich setzte die planmäßige Sabotage seitens der Regierung gegen die neue kooperative Wirtschaft in der Stadt und auf dem Land ein. Denn „Katalonien zu bewaffnen und zu finanzieren, das hieße für Madrid, Kolonnen zu bewaffnen und zu finanzieren, die die Revolution an der Spitze ihrer Bajonette mittragen und die neue egalitäre Wirtschaft versorgen.“<sup>104</sup>

Aber nicht nur die Regierung stand Katalonien und der sozialen Revolution feindselig gegenüber, sondern das Mißtrauen beruhte auf Gegenseitigkeit. Nur ein Beispiel von vielen ist eine Aktion der anarchistischen „columna de hierro“ (die „eiserne Kolonne“), die, an der Teruel-Front eingesetzt, die Zivilgarde im Hinterland (hier Valencia) entwaffnete, weil diese von der Regierung eingesetzt war und ihr unterstand. Zusätzlich zerstörten sie alle Papiere und Dokumente von staatlichen oder „kapitalistischen“ Institutionen, die ihnen in die Hände kamen. Trotzdem ist diese Aktion nicht als der Versuch eines „Staatsstreiches“ zu werten (wozu die „eiserne Kolonne“ sicherlich allein nicht in der Lage gewesen wäre), sondern eher als ein Versuch, sich gegen das wachsende Erstarken der Regierung zu verteidigen und die Revolution, für die sie ihr Leben riskierten, zu erhalten.

Dies extrem feindselige Verhältnis zwischen Madrid und Katalonien, das sich mit zunehmendem Erstarken der Regierung und der Kommunisten (die ebenso wie die Regierung gegen diese Art von Revolution waren) trat in all den Gebieten Spaniens auf, in denen die Arbeiter und Bauern den Kampf

---

<sup>100</sup> Lt.V.Richards standen zu der Zeit, als die anarchistischen Milizen den Angriff gegen Huesca aus Mangel an Waffen nicht beginnen konnten, im Hinterland allein 60 000 Gewehre zur Verfügung, die von der Regierung zurückgehalten wurden.

<sup>101</sup> vgl. RICHARDS, V. a.a.O., S.78 ff

<sup>102</sup> vgl. ROCKER, Rudolf, Die Spanische..., a.a.O., S.73 ff.

<sup>103</sup> Solidaridad Obrera vom 29.9.1936 zitiert in: BERNERI, Camillo, Klassenkrieg in Spanien 1936/37 – Gegen Faschismus und bürgerliche Republik, Berlin 1974, S.14

<sup>104</sup> BERNERI, Camillo, a.a.O., S.15



gegen Franco nicht nur als einen Krieg gegen den Faschismus ansahen, sondern ihn mit einer sozialen Revolution verbanden.

## 5. "Errichtung einer Anarchistischen Diktatur oder Zusammenarbeit mit der Regierung?"

Nachdem die CNT praktisch über Nacht zur mächtigsten Kraft zumindest in Katalonien geworden war, zeichnete sich allmählich ab, daß sie auf diese Situation weder vorbereitet noch ihr gewachsen war.

Eins war für sie klar: sie wollte nicht denselben Fehler begehen, wie die russischen Bolschewiki, die in den Augen der Anarchisten nicht einmal die "Diktatur des Proletariats" errichtet hatten, sondern lediglich die Diktatur ihrer Partei. Jegliche Diktatur, sei es nun eine "proletarische" oder sei es eine "anarchistische", lehnten sie nach wie vor ab. Das Problem bestand aber weiterhin: Wie sollte sich das Verhältnis zur Regierung und zu den anderen Parteien gestalten? Die CNT und FAI meinten, eine Lösung darin zu sehen, indem sie sich für die Einheit aller antifaschistischen Gruppen einsetzten und versuchten, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Ebenso wie sie sich im Großen und Ganzen bemühten, den Arbeitern und Bauern die Kollektivierungen nicht mit Gewalt aufzuzwingen, versuchten sie auch nicht, die Generalität abzusetzen und ein Regime basierend auf der Macht der Komitees einzusetzen. Abgesehen davon wußten sie, daß sie zwar in Katalonien dazu in der Lage gewesen wären, aber Katalonien blieb trotz seiner Autonomie eine Provinz der Spanischen Republik. Die CNT hätte mit dem Widerstand nicht nur der bürgerlichen und linken Kräfte Kataloniens rechnen müssen, sondern ebenso mit dem Widerstand Madrids und evtl. des westlichen Auslandes, das sich zwar zu einer "Nichteinmischungspolitik" entschlossen hatte, aber im Falle einer drohenden wirklich radikalen Veränderung in Spanien schon aus eigenen (wirtschaftlichen) Interessen vielleicht eingegriffen hätte. Und dies zusätzlich in einer Situation, in der offensichtlich die eigenen Kräfte nicht einmal ausreichten, einen schnellen Sieg über Franco herbeizuführen.

Nachdem die Vertreter der CNT in Verhandlungen mit Companys am 20. Juli beschlossen hatten, diesen zu unterstützen und in das Zentralkomitee der Antifaschistischen Milizen eintraten, wußten sie, auch wenn dieser Schritt mit einem Regierungseintritt noch nicht gleichzustellen war, daß sie anfangen, Kompromisse einzugehen, die im Grunde ihren Prinzipien widersprachen. Aber auch hier benutzten sie das Argument, daß sie keine "anarchistische Diktatur" errichten wollten und somit mit allen Kräften, die gegen Franco kämpften, zusammenarbeiten mußten. Hierzu schrieben sie später (im Juni 1937):

"... Wir konnten uns zu nichts bekennen; denn unsere Organisationen mußten entscheiden. Das sagten wir auch Companys. Das Schicksal Spaniens – und niemand wird die wahre Bedeutung der Rolle von Companys und unseren Organisationen in dem historischen Treffen erkennen – wurde in Katalonien entschieden; zwischen freiheitlichem Kommunismus, was eine anarchistische Diktatur bedeutet hätte, und Demokratie, was Zusammenarbeit bedeutete."<sup>105</sup>

An dieser Stelle erscheint es notwendig, auf die immer wieder zitierten Alternativen "Soziale Revolution oder Demokratie" bzw. "Anarchistische Diktatur oder demokratische Regierung" einmal nä-

---

<sup>105</sup> "De Julio a Julio, un ano de Lucha", Valencia 1937, S.193-196, zitiert in: RICHARDS, V., a.a.O., S.35 (Textstelle von

her einzugehen. Zum einen ist der Begriff "anarchistische Diktatur" ein "Unbegriff", denn wenn die Anarchisten versuchen würden, dem Land den Anarchismus aufzuzwingen, wäre dies erstens kein Anarchismus, der ja auf der freien Föderation der Kommunen beruht, also auch auf Menschen, die auf freiwilliger Basis diesen Weg benutzen. Zweitens würden die Anarchisten aufhören, Anarchisten zu sein, da nach eigenen Worten niemand Anarchist wird, indem er einer Organisation beitrifft und Beitrag bezahlt, sondern indem er versucht, wie ein Anarchist (was immer er darunter verstehen mag) zu leben. Auch wenn man die vielen verschiedenartigen Strömungen und Bewegungen des Anarchismus und Anarchosyndikalismus Spaniens in Betracht zieht, so existiert doch keine Strömung darunter, die den Anarchismus als eine politische Ideologie ansieht, die den Massen (notfalls mit Gewalt) aufgezwungen werden kann.

In Katalonien wurde die Macht, die das Volk erlangt hatte, von ihm dazu benutzt, die Revolution und die gewonnenen Freiheiten zu verteidigen. Da die Rolle der Regierungen aber darin bestand, zu taktieren und zu versuchen, mit den Faschisten zu verhandeln, war es – vom Standpunkt der Arbeiter und Bauern aus gesehen – die den Putsch niedergeschlagen hatten, ganz logisch, daß sie begannen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Ihr Versäumnis lag aber darin, daß sie sich mit Problemen der Organisierung der Gesellschaft auf breiter Ebene (was in einem anderen Sinn die Diskussion ob "anarchistische Diktatur" oder nicht, beinhaltet hätte) nicht beschäftigten, da sie noch nie "von Politik" hatten etwas wissen wollen und dies somit ihren Führern überließen. Diese wiederum hatten seit den Anfangstagen der Revolution begonnen, sich von "ihren" Massen immer weiter zu entfernen, so daß es für sie nicht darum ging, den bestehenden Machtsorganen der Arbeiter, den Komitees, die Möglichkeit zu längerfristiger Machtausübung zu verschaffen. Dies hätte bedeutet, sie in wirkliche Räte umzuwandeln.

Das Verhältnis zur Regierung der Generalität war aber nur ein Teil in der Wandlung der Haltung der Anarchisten. Ebenso gehörten dazu Bereiche wie die Militarisierung der Milizen, die von einigen von ihnen schon relativ bald für notwendig gehalten wurde, obwohl auch diese dem anarchistischen Konzept von Selbstverwaltung entgegenstand. Je länger die CNT und FAI eine klare Entscheidung in diesen Fragen hinauszögerten, desto größer wurde das Dilemma, in das sie gerieten. Sie mußten zusehen, wie ihre Macht ihnen Stück für Stück wieder aus den Händen glitt und die Regierung dabei jedesmal ein Stückchen der Macht wiedererlangte. Diese Tatsache hatte zur Folge, daß sie immer mehr Konzessionen mit den anderen Kräften eingingen, um den Krieg gegen Franco nicht zu gefährden und in der Hoffnung, ihre revolutionären Erfolge dadurch aufrechterhalten zu können. "Die Tragödie der Anarchisten bestand darin, daß sie mit jeder Konzession zugunsten einer einheitlichen Kriegsführung der Republik an Einfluß auf den Gang der Dinge verloren."<sup>106</sup>

Allmählich ging es für sie gar nicht mehr um die Frage, ob "anarchistische Diktatur" oder nicht, sondern sie sahen sich gezwungen, den Staat anzuerkennen und mit den Regierungen der Generalität und der Zentralregierung zusammenzuarbeiten, wenn sie nicht vollkommen den Einfluß auf den Gang des Geschehens verlieren wollten. Diese Erkenntnis äußerte sich in bezug auf Katalonien darin, daß sie in die Generalität eintraten, die bei der Gelegenheit in den "Rat der Generalität" umbenannt wurde, um den Anarchisten die Entscheidung leichter zu machen<sup>107</sup> (s.u.). In bezug auf die Zentralregierung äußerte sie sich zuerst in dem oben erwähnten Vorschlag des Nationalen Verteidigungsrates. In diesem Rat hätten CNT und UGT je fünf Stimmen erhalten sollen und die republikanischen Partei-

---

Verf. übersetzt)

<sup>106</sup> JOLL, James Die Anarchisten, a.a.O., S.203

<sup>107</sup> Gleichzeitig stimmten sie der Auflösung des Zentralkomitees der antifaschistischen Milizen zu.

en vier, und Azaña war von ihnen als Präsident des Rates vorgesehen. Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang, daß dieser Vorschlag nicht nur den spanischen Anarchisten als glänzende Idee erschien, sondern offensichtlich auch von vielen ausländischen Anarchisten als eine gute Möglichkeit anerkannt wurde. Kritisch beurteilt Helmut Rüdiger, führendes Mitglied der I.A.A., diese Haltung rückblickend im Juli 1938:

„Es ist eine sonderbare Sache, daß nahezu alle ... Genossen im Ausland das Programm anerkannten, in dem für die Einigung der antifaschistischen Bewegung ein Nationaler Verteidigungsrat gefordert wurde. ... Wir wollen aber ehrlich sein. Dies war ebenso ein Programm zur Machtausübung mit dem einzigen Unterschied, daß der Name für unsere anarchistischen Genossen im Ausland (und in Spanien! – d. Verf.) etwas erfreulicher klang.“<sup>108</sup>

Selbst Caballero aber war dieser Vorschlag schon zu weitgehend, da er hierin schon eine „grundlegende Veränderung der Verfassungsorgane“ sah:

„Eine grundlegende Umgestaltung der Staatsorgane würde einen Verlust der Kontinuität bewirken, der für uns verhängnisvoll wäre. Ferner führen wir einen Kampf in Genf (Völkerbund)<sup>109</sup>, der, falls wir ihn gewinnen, für uns weitreichende Konsequenzen beinhalten könnte. Denn die Waagschale würde sich zu unseren Gunsten neigen, d.h. daß wir die materielle Unterstützung erhalten, ohne die wir den Krieg nicht gewinnen können. Was aber würde die Rückwirkung des Sprungs außerhalb der Verfassung, der so hartnäckig von den Genossen der CNT verlangt wird, für uns bedeuten? Wir fürchten, daß sich die Sache dahingehend entwickeln würde, wohin unsere Feinde sie haben möchten.“<sup>110</sup>

Und kurz bevor die CNT-Führer dem Druck der Regierung nachgaben, schrieb das UGT-Organ „Claridad“ noch:

„Genauso wichtig, wie es ist, auf die militärischen Notwendigkeiten des Bürgerkriegs zu achten, – vielleicht sogar noch wichtiger – muß den Institutionen des Regimes eine Form gegeben werden, die nicht den geringsten Verdacht in anderen Ländern erregt.“<sup>111</sup>

Angesichts der Erfolgslosigkeit ihrer Bemühungen änderten die CNT-Führer ihre Haltung und traten in Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung ein. Das CNT-Organ „CNT“ schrieb dazu am 30. Oktober 1936:

„Wir ziehen die Bedenken der Regierungsmitglieder hinsichtlich der internationalen Situation in Betracht, und aus diesem Grund ist die CNT bereit, das größte Zugeständnis zu machen, das mit ihrem antiautoritären Geist vereinbar ist: die Regierungsbeteiligung.

---

<sup>108</sup> RÜDIGER, Helmut, in: International, Juli/August 1938, zitiert in: Bolloten, B., a.a.O., S.157, Anmerkung 22 (Textstelle von Verf. übersetzt)

<sup>109</sup> Die Republik versuchte, mit Hilfe des Völkerbundes die Unterstützung anderer Staaten zu erlangen, da sie Franco allein nicht besiegen konnte, der von Hitler und Mussolini unterstützt wurde, obwohl diese auch den „Nichteinmischungsvertrag“ unterzeichnet hatten.

<sup>110</sup> „Claridad“ (UGT-Organ), 30.9.1936 zitiert in: Bolloten, B., a.a.O., S.157 (Textstelle von Verf. übersetzt)

<sup>111</sup> „Claridad“, 31.10.1936, zitiert in: ders., S.158, Anm. 27 (Textstelle von Verf. übersetzt)

Dies bedeutet nicht, daß sie ihre Ideale für die Zukunft widerruft, sondern lediglich folgendes: Um den Krieg zu gewinnen und unser Volk und die Welt zu retten, ist sie bereit, mit jedermann in einem leitenden Organ zusammenzuarbeiten, ganz gleich, ob dies Organ 'Rat' oder 'Regierung' genannt wird."<sup>112</sup>

### 5.1. EXKURS 2: Das Verhältnis der Arbeiterorganisationen zueinander während der ersten Monate des Krieges

Bevor auf den Regierungseintritt und die damit verbundenen Auswirkungen eingegangen wird, soll kurz auf das Verhältnis der verschiedenen Arbeiterorganisationen während der ersten Monate zueinander eingegangen werden, da dies ein wichtiger Grund ist, der das Verhalten der Anarchisten in bezug auf die Regierung betrifft und ihre Reaktionen z.T. erklärt.

Wie oben erwähnt, war Caballero während der Diktatur Primo de Riveras in dessen Regierung gewesen, u.a. um den Einfluß der UGT gegenüber der CNT zu stärken und im günstigsten Fall diese zu absorbieren. Aber auch die CNT hatte dies Interesse bezüglich der UGT, da diese beiden Organisationen sich gegenseitig als Rivalen betrachteten. Dies Verhältnis ändert sich nicht grundsätzlich bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs, obwohl viele Arbeiter, die in der UGT organisiert waren, zur Radikalisierung ihrer Gewerkschaft beigetragen hatten und in ihr einen "Linksruck" verursachten. Im Gegensatz zur UGT lehnte die CNT Schiedsgerichte zur Beilegung von Arbeitskonflikten ab, u.a. weil dadurch der Einfluß des Staates in industrielle Angelegenheiten gestärkt würde. Im Kampfmittel des Aufruhrs oder des Streiks sahen sie nicht in erster Linie die Notwendigkeit, diesen zu gewinnen, sondern eine Möglichkeit zur Radikalisierung für die Arbeiter und Bauern.

Was auch nach Ausbruch des Bürgerkriegs die beiden Organisationen nach wie vor unterschied, war, daß die UGT weiterhin ihr Ziel in der "Diktatur des Proletariats" sah und die CNT dies für sich als eine große Gefahr betrachtete. Die Anarchisten fürchteten, daß die UGT mehr Interesse daran hätte, die CNT zu absorbieren als eine Vereinigung mit ihr herbeizuführen, in der beide Organisationen zu ihrem Recht gekommen wären. Dieses Mißtrauen, das konkrete Vereinigungsversuche verhinderte, wurde auch auf Seiten der gemäßigten UGT-Führer immer stärker, je öfter sie erleben mußten, daß "ihre" Arbeiter von Widerstandsaktionen und Kollektivierungsmaßnahmen der CNT ergriffen wurden und sich den anarchistischen Arbeitern anschlossen.

Allgemein läßt sich sagen, daß in den Gebieten, in denen sich eine energische Minderheit von Anarchisten befand, diese zur Radikalisierung der UGT beitrugen (z.B. Asturien, Madrid). In den Gebieten, in denen die CNT die Mehrheit der Arbeiter in sich vereinigte, war die UGT meist wesentlich reformistischer und "friedfertiger". Ein Beispiel dafür ist Katalonien: hier hatte die UGT bis 1936 eine sehr geringe Rolle gespielt. Da mit Ausbruch der Revolution die Notwendigkeit, einer Gewerkschaft anzugehören, eine immer größere Bedeutung hatte (das Gewerkschaftsbuch fungierte nicht selten als Paß), stieg die Mitgliederzahl der UGT rapide an: kleine Unternehmer, Handelsleute, lokale Stadtpolitiker, Gastwirte, Regierungsangestellte usw. Ein Eintritt in die UGT war für sie einem Eintritt in die CNT vorzuziehen. Zusätzlich geriet die UGT Kataloniens immer mehr unter den Einfluß der PSUC und wurde so allmählich zum "Sammelbecken aller reaktionären Elemente Kataloniens"<sup>113</sup> und erreichte eine Mitgliederzahl unter der Regierung Negrin bis zu 450 000. Der wichtigste Bestandteil der UGT Kataloniens war der GEPCI (Verband der katalanischen Kleinindustriellen und Kaufleute), in dem viele kleine Unternehmer wichtige Positionen inne hatten.

<sup>112</sup> "CNT", 23.10.1936, zitiert in: ders., S.158 (Textstelle von Verf. übersetzt)

<sup>113</sup> vgl. ROCKER, R., Die Spanische Tragödie, Berlin 1976, S.50-53

Trotz des gegenseitigen Mißtrauens vor allem in der Führung beider Organisationen kam es aber in vielen Teilen Spaniens an der Basis zu wiederholten Annäherungen während der ersten Monate des Bürgerkriegs. Vor allem in Asturien, Kastilien, Andalusien und der Levante führten die Notwendigkeiten zu einem guten Verhältnis der Arbeiter und Bauern beider Organisationen zueinander. Diese Tatsache veranlaßte mehrere Historiker zu der Überzeugung zu gelangen, daß eine Allianz zwischen den beiden Gewerkschaften für die CNT trotz aller Unterschiede, die zwischen ihnen bestanden, weniger Konzessionen und Kompromisse bedeutet hätte als die Zusammenarbeit mit den politischen Parteien. Damit wäre wahrscheinlich auch das Vorhaben gewisser Parteien, die Kontrolle über die Arbeiter zu erlangen, "neutralisiert" worden. Aber anstatt sich zusammenzuschließen, gingen die beiden Gewerkschaften in die meisten Komitees, Räte und Regierungen als Minderheiten ein, wodurch die Macht sich von den Arbeiterorganisationen auf eine Zentralgewalt verlagerte, in der die Politiker die Mehrheit besaßen.

Zum Verhältnis der Gewerkschaften und der Kommunistischen Partei:

Bis auf Katalonien und einige weitere Ausnahmen hatte die Sozialisten und Kommunisten getrennte Organisationen, auch wenn die PCE immer mehr Gruppen absorbierte. Während viele politische Parteien sogar mit den Anarchisten und Sozialisten zusammenarbeiteten, befand sich die PCE nach einigen Monaten soweit rechts, daß sie sich sogar eindeutig von den anderen Volksfrontparteien unterschied. Zwei Zitate zur Einschätzung der PCE mögen dies verdeutlichen. Die liberale Zeitung "Manchester Guardian" führt dazu aus:

"Die Kommunisten bilden den rechten Flügel, der die Regierung unterstützt. Sie sind in einem gewissen Sinne Konservative, deren ausgesprochenes Ziel die Wiederherstellung der republikanischen Demokratie ist. ...".<sup>114</sup>

Selbst die konservative "New York Times" schließt sich dieser Einschätzung an:

"Die gemäßigtste Richtung in Spanien sind heute vielleicht die Kommunisten, die im Vergleich mit den Anarchisten, die links von ihnen stehen, geradezu konservativ sind....".<sup>115</sup>

Das bedeutete aber, daß eine Zusammenarbeit zwischen Anarchisten und Kommunisten keine Alternative gewesen wäre, sondern nur auf Kosten der Revolution gegangen wäre, wie sich später auch herausstellen sollte.

## 5.2. Der Regierungseintritt

Schon im August 1936 war die CNT der Baskischen Verteidigungsjunta beigetreten, einer Regionalregierung, in der bürgerliche Politiker die Finanz- und Industrieministerien innehatten. Dies war in Spanien das erste Mal (wenn man vom Katalanischen Zentralkomitee der Antifaschistischen Milizen absieht), daß die Anarchisten einer Regierung beitraten, und dieser Beitritt wurde in ihrer Zeitung "Solidaridad Obrera" ohne eine Erklärung veröffentlicht.

Am 11. August wurde in Katalonien auf Initiative Companys der "Wirtschaftsrat Kataloniens" gebildet, in dem die bürgerlichen Parteien über die Mehrheit verfügten. CNT und POUM traten, ohne Erklärungen an ihre "Basis" darüber abzugeben, ein. Am 27. September trat die CNT schließlich endgültig in die Katalanische Regionalregierung ein, in der Companys Präsident blieb. Sie erhielt drei

<sup>114</sup> "Manchester Guardian" zitiert in: Bolloten, B., a.a.O., S.57 (Textstelle übersetzt von Verf.)

<sup>115</sup> "New York Times" zitiert: ebda. (Textstelle von Verf. übersetzt)

Ministerposten und war von Anfang an nicht einmal mit einer Stärke wie im Zentralkomitee der Milizen vertreten. Der erste Kompromiß, den sie gleich bei ihrem Eintritt einging, bestand darin, daß sie dem Vorschlag Companys, das Zentralkomitee aufzulösen, zustimmte. Dadurch trug sie dazu bei, daß ein bedeutender Machtfaktor den Arbeiterorganisationen entrissen wurde und diese Gewalten an die Generalität übergingen. Zu dieser Entscheidung hieß es am 27. September im "Solidaridad Obrera":

"Um der Revolution und der Zukunft der Arbeiterklasse willen war es nicht mehr möglich, die Zweiteilung der Gewalten weiter bestehen zu lassen. Es war unbedingt nötig, die Organisation, die die gewaltige Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung hinter sich hat, auf die Ebene der Verwaltungs- und Exekutiventscheidungen hinaufzuheben."<sup>116</sup>

In den Verhandlungen mit Caballero bezüglich des Eintritts in die Zentralregierung hatten die CNT-Vertreter fünf Ministerien verlangt, u.a. das Kriegs- und das Finanzministerium. Aber als sie am 4. November 1936 in die Regierung eintraten, erhielten sie nur vier Ministerien und vor allem solche, die für den Verlauf des Kriegs gegen Franco nicht von Bedeutung waren, wobei zwei Ministerien vorher von einem Minister innegehalten worden waren.

Juan García Oliver wurde Justizminister, Juan Lopez Handelsminister, Juan Peiro Industrieminister und Federica Montseny erhielt das Ministerium für Gesundheit und staatliche Wohlfahrt. Die Sozialisten, die mit Largo Caballero den Premierminister stellten, der gleichzeitig Kriegsminister war, hatten alle weiteren wichtigen Ministerien inne: Außen-, Innen-, Arbeits-, Finanz- sowie das See- und Luftfahrtministerium. Die Kommunisten belegten zu der Zeit zwei Ministerien: Wissenschaft und Kunst sowie das Landwirtschaftsministerium. Insgesamt befanden sich in der Zentralregierung 18 Minister, davon drei ohne Geschäftsbereich. Außer den oben genannten Gruppen verteilten sich die restlichen Ministerien folgendermaßen: drei linke Republikaner, ein Vertreter der Republikanischen Union, ein Vertreter der linken Republikanischen Partei Kataloniens und ein Vertreter der Baskischen Nationalisten.<sup>117</sup>

Trotzdem waren schon vier Ministerien für die CNT ein Zugeständnis seitens Caballeros, das er aber vor allem deswegen leisten mußte, weil die Regierung ihre Autorität wohl nur mit Unterstützung der CNT wiedererlangen würde und der drohende Angriff Francos auf die Hauptstadt eine schnelle Entscheidung erforderte. Man befürchtete, daß bei einem Abzug der Regierung aus Madrid<sup>118</sup> die CNT, würde sie nicht selbst Teil dieser Regierung sein, zusammen mit der FAI eine unabhängige Verwaltung in Madrid einsetzen könnte.

### 5.3. Begründungen und Motive der Anarchisten für den Regierungseintritt

Noch am 4. November veröffentlichte "Solidaridad Obrera" eine Begründung für ihren Eintritt in die Zentralregierung unter dem Titel "Die CNT, die Regierung und der Staat". Der Verfasser dieses Beitrags ist allerdings unbekannt.

"Der Eintritt der CNT in die Zentralregierung ist eines der wichtigsten Ereignisse, die die politische Geschichte unseres Landes kennt. Immer, aus Prinzip und Überzeugung, war die CNT gegen den Staat eingestellt und ein Feind jeder Form von Regierung.

---

<sup>116</sup> BROUE/TEMIME a.a.O., S. 250

<sup>117</sup> vgl. hierzu vor allem: Bolloten, B., a.a.O., S. 158 f. bzw. "Gaceta de Madrid" 5.11.1936

<sup>118</sup> Der Abzug der Regierung nach Valencia war offensichtlich schon seit einiger Zeit geplant und erfolgte wenige Tage

Aber die Umstände, die zumeist stärker sind als der menschliche Wille, selbst wenn dieser auch auf sie einwirkt, diese Umstände haben das Wesen der Regierung und des spanischen Staates verwandelt.

Die Regierung hat, in der gegenwärtigen Situation als leitendes Instrument der Staatsorgane aufgehört, eine gegen die Arbeiterklasse gerichtete Unterdrückungsgewalt zu sein, ebenso wie der Staat nicht mehr der Organismus ist, der die Gesellschaft in Klassen teilt. Und beide werden mit dem Eintritt der CNT noch mehr davon lassen, das Volk zu bedrücken.

Die Funktionen des Staates werden in Übereinkunft mit den Organisationen der Arbeiter darauf beschränkt werden, den Gang des wirtschaftlichen und sozialen Lebens des Landes zu lenken. Und die Regierung wird keine andere Aufgabe haben, als den Krieg gut zu führen und die revolutionäre Arbeit nach einem Gesamtplan zu koordinieren. Unsere Genossen bringen den kollektiven und den mehrheitlichen Willen der vereinten Arbeitermassen, die zuvor in Generalversammlungen zusammengekommen sind, in die Regierung ein. Sie werden keine persönliche Meinung oder Laune verteidigen, sondern Beschlüsse, die frei von Hunderttausenden von in der CNT organisierten Arbeitern gefaßt wurden.

Es ist ein historisches Verhängnis, das über allen Dingen lastet. Und dieses Verhängnis ist es, das die CNT veranlaßt, dem Lande mit dem Ziel zu dienen, den Krieg schnell zu gewinnen und zu verhindern, daß die Volksrevolution entsteht wird.

Wir sind absolut gewiß, daß die zur Vertretung der CNT in der Regierung ausgewählten Genossen ihre Pflicht und Aufgabe zu erfüllen wissen, die ihnen anvertraut sind. In ihnen darf man nicht die Personen sehen, sondern man muß die Organisation sehen, die sie vertreten. Sie sind nicht Angehörige einer Regierung oder Verteter des Staates, sondern Soldaten und Revolutionäre im Dienste des Sieges über den Faschismus.

Und dieser Sieg wird um so schneller und um so vollständiger sein, je größer die Hilfe ist, die wir ihnen geben.”<sup>119</sup>

Diese offizielle "Begründung" sagte aber im Grunde wenig über die tatsächlichen Hintergründe aus, die die CNT-FAI Vertreter zu ihrer Entscheidung gezwungen hatten.

Deutlicher wird dies schon in einem Aufsatz von Diego Abad de Santillán, der den Regierungseintritt folgendermassen erklärte: In einer Revolution (ohne Krieg) wäre über die Frage einer Regierungsbeteiligung wohl nicht diskutiert worden. Aber die Anarchisten in Spanien mußten zusätzlich einen Krieg gewinnen und waren allein dadurch an den internationalen Markt gebunden und an eine Welt, die in Staaten organisiert ist. Um den Krieg zu organisieren und zu gewinnen, verfügten sie nicht über das Instrument, das sie hätten an Stelle des alten Regierungsapparates setzen können. Um aber einen modernen Krieg zu gewinnen, welches der Bürgerkrieg spätestens nach dem Eingriff Hitlers wurde, muß ein Land, das nicht autonom existieren kann, mit anderen kapitalistischen Staaten

---

nach der Regierungsumbildung.

<sup>119</sup> "La CNT el gobierno y el estado" in: Solidaridad Obrera, 4.11.1936, zitiert in: OBERLÄNDER, E., (Hrsg.), Dokumente...,

zusammenarbeiten. Diese Staaten aber stehen einer Revolution feindselig gegenüber und könnten wirtschaftliche Sanktionen verhängen. Somit war die Präsenz einer Regierung notwendig, um wirtschaftlich Hilfe von außen zu erhalten.<sup>120</sup> Das Problem bestand allerdings für die Anarchisten darin, je mehr Zugeständnisse sie machten, desto stärker wurde die Konterrevolution im eigenen Lager, d.h. auf der republikanischen Seite.<sup>121</sup>

Die CNT-Führer wollten nicht ausschließlich den politischen Parteien das Schicksal der Arbeiter überlassen. Sie meinten, dies nur durch direkte Mitarbeit in der Regierung verhindern zu können. Ein weiteres Argument bestand darin, daß es notwendig war, die Errungenschaften zu legalisieren und zu verhindern, daß der Krieg auf bürokratische Weise geführt und die Armee dem Kommando einer einzigen Partei unterstellt würde. Das politische Leben Spaniens sollte "geordnet" werden, indem man den revolutionären Komitees eine ständige Legalität gab.<sup>122</sup>

Kurz nachdem sie Ministerin geworden war, schrieb Federica Montseny:

"Wir wurden durch Umstände gezwungen, in die Regierung der Republik einzutreten, um das Schicksal von anarchistischen Bewegungen in anderen Ländern zu verhindern, die nach der Revolution vertrieben wurden und sahen, daß andere Parteien die Kontrolle übernahmen, da es ihnen an Voraussicht, Entschlossenheit und geistiger Beweglichkeit fehlte."<sup>123</sup>

Und etwas später schrieb sie:

"Zu der Zeit sahen wir nur die Realität der Situation, die sich für uns stellte: die Kommunisten in der Regierung und wir außerhalb; die mannigfaltigen Möglichkeiten und alle unsere Errungenschaften in Gefahr, (vernichtet zu werden, d. Verf.)."<sup>124</sup>

Die bedrohte Lage Madrids war ein weiterer Grund für die Entscheidung. Für James Joll ist die Entscheidung nur eine logische Folge aus ihrer Haltung in Barcelona in den ersten Julitagen Companys gegenüber. Sie hätten zwar in Barcelona die Macht übernehmen können,

"aber ihre Führer waren zu vernünftig, um nicht einzusehen, daß ein solcher Kurs unter den Bedingungen des Bürgerkriegs und bei einem nur begrenzten Erfolg der Revolution nicht lange einzuhalten war; daß sie für den Augenblick mit anderen Bewegungen ... zusammenarbeiten mußten, um zu überleben ..... Auch stand ihnen sehr deutlich vor Augen, was in der russischen Revolution mit den Anarchisten geschehen war: Sie befürchteten, daß ihr Einfluß von den Sozialisten und Kommunisten untergraben werden könnte, wenn sie sich den politischen Parteien fernhielten, die die Regierung kontrollierten."<sup>125</sup>

---

Bd.4, a.a.O., S.397 f.

<sup>120</sup> Das Makabere an dieser Überlegung ist allerdings, daß gerade Frankreich mit seiner damaligen Volksfrontregierung und England, also die beiden Staaten, von denen sich das republikanische Spanien am ehesten Unterstützung erhofft hatte, den Nichteinmischungspakt initiierten. Dadurch schlossen sie - zumindest offiziell und für sich selbst als Argument - von vornherein die Möglichkeit, aus Spanien durch Waffen oder sonstiges Kriegsmaterial zu unterstützen. Damit gelang es der UdSSR als fast alleiniger Lieferant für Kriegsmaterial, an die Leistungen Bedingungen zu knüpfen, durch die sie mehr oder weniger direkt in die Innenpolitik Spaniens eingriff und u.a. zur rapiden Stärkung der Kommunistischen Partei Spaniens beitrug.

<sup>121</sup> vgl. RICHARDS, V. a.a.O., S.64 f.

<sup>122</sup> vgl. BOLLOTEN, B., a.a.O., S.163

<sup>123</sup> MONTSENY, Federica in: Solidaridad Obrera, 5.1.1937, zitiert in: ders., a.a.O., S.162 (Textstelle von Verf. übersetzt)

<sup>124</sup> MONTSENY, F. in: "Fragua Social" 8.6.1937, zitiert: ebda, Anm. 41 (Textstelle von Verf. übersetzt)

<sup>125</sup> JOLL, James Die Anarchisten, a.a.O., S.207



Auf die Situation an der Aragón-Front wurde oben hingewiesen, und die Anarchisten hofften, durch einen Beitritt zu erreichen, daß dort endlich genügend Waffen zur Verfügung gestellt würden. Mit der Regierungsbeteiligung sollte einmal zur Koordination aller antifaschistischen Kräfte beigetragen werden, und es sollte die Möglichkeit geschaffen werden, die Politik "im anarchistischen Sinn" zu beeinflussen.

Ein wesentlicher Punkt taucht bei allen offiziell angegebenen Gründen allerdings nicht oder nur versteckt auf. Zwar wird, immer wieder darauf hingewiesen, daß man die ausländischen (d.h. westlichen) Staaten nicht "verschrecken" wollte und auf deren Unterstützung angewiesen war. Z.B. schrieb García Oliver in einem Rechtfertigungsversuch später:

"Die internationale Bourgeoisie weigerte sich, uns die Waffen zu liefern, die wir brauchten ... Wir mußten den Eindruck erwecken, daß nicht die revolutionären Komitees herrschten, sondern die legale Regierung; hätten wir das nicht getan, so hätten wir nichts bekommen. Wir mußten uns den unerbittlichen Anforderungen des Augenblicks fügen, d.h. uns mit der Teilnahme an der Regierung abfinden."<sup>126</sup>

Im Grunde meinten aber weder die Anarchisten noch die Sozialisten das westliche Ausland, da dies sich schon von vornherein eindeutig verhalten hatte und eine plötzliche Kursänderung nicht zu erwarten war. Aber die Sowjetunion hatte sich im September entschieden, Spanien Waffenhilfe zu gewähren und diese Entscheidung durfte auf keinen Fall gefährdet werden. "Von dem Zeitpunkt an beherrschte die Angst vor einem neuerlichen Kurswechsel der Sowjetunion die Innenpolitik Spaniens."<sup>127 128</sup>

#### 5.4. Wer trägt die Entscheidung zum Regierungsbeitritt?

Der Regierungseintritt rief Unruhe in der libertären Bewegung hervor, denn er widersprach nicht nur anarchistischen Prinzipien, sondern war zusätzlich auf eine höchst undemokratische Weise beschlossen und vollzogen worden; nämlich von den "Führern" der CNT und FAI, ohne mit der Basis der Organisationen überhaupt darüber zu sprechen. Es gibt zwar keine eindeutigen Belege darüber, wer noch außer den konkret Beteiligten und einigen der "Führer" darüber entschied, aber zumindest haben keine Abstimmungen oder Rücksprachen mit all den verschiedenen CNT-FAI-Komitees und Regional- und Ortsgruppen stattgefunden. Ähnlich verhielt es sich auch mit der Entscheidung der CNT-FAI-Vertreter, mit Companys zusammenzuarbeiten, obwohl über diese Frage wenigstens im Regionalkomitee Kataloniens der CNT-FAI diskutiert wurde.

In den folgenden Monaten bekämpften sich verschiedene Fraktionen innerhalb der anarchistischen Bewegung immer heftiger. Ihre Argumentation verlief von der bedingungslosen Zustimmung ("Der Regierungseintritt bedeutet keine Einbuße unserer Prinzipien und wenn, sind sie notwendig!") bis hin zur totalen Ablehnung. Opponiert gegen den Regierungseintritt hatten vor allem radikale FAI- und CNT-Mitglieder und die Gründe, die sie dagegen angaben, schienen sich im Laufe der nächsten Monate als richtig zu erweisen. Auch viele ausländische Anarchisten hatten sich von vornherein gegen eine Beteiligung ausgesprochen. Die Tatsache, daß vor allem sehr viele "untere" Mitglieder der CNT und FAI offensichtlich nicht mit dem Schritt ihrer Führer einverstanden waren und ebenso wenig mit dem, was diese anschliessend in der Regierung vorbrachten, wurde u.a. in hunderten von kritischen

---

<sup>126</sup> GARCIA OLIVER, Juan "Le comité central des milices antifascistes de Catalogne" in: Dans la Tourmente, Paris 1938, S. 249-259 zitiert in: BROUÉ/TEMIME, a.a.O., S. 256

<sup>127</sup> BROUÉ/TEMIME, a.a.O., S. 257

<sup>128</sup> Auf die weiteren Auswirkungen der Sowjetunion wird in Punkt 6.1.1. näher eingegangen.

Beiträgen in der anarchistischen Presse deutlich. Mit zunehmender Repression seitens der Regierung (die die Zustimmung der CNT-Minister hatte) wurde auch die Unzufriedenheit der Massen größer.

Trotz allem war diese undemokratische Weise, in der die Regierungsbeteiligung beschlossen worden war, nicht die erste dieser Art innerhalb der spanischen anarchistischen Bewegung. Seit Gründung der CNT existierte schon das Problem, daß auf Grund der Zusammensetzung und trotz der endgültigen Zielvorstellungen oft Entscheidungen an der Spitze getroffen wurden, die an der Basis entweder gar nicht oder nur zu kurz diskutiert worden waren und von den Delegierten dann quasi gutgeheißen und akzeptiert wurden. Diese Tendenz verstärkte sich natürlich während des Bürgerkriegs und wurde u.a. damit begründet, daß oft Entscheidungen sofort gefällt werden mußten und keine Zeit sei, mit allen Mitgliedern vorher darüber zu diskutieren. Diese Haltung mag zwar in bestimmten Situationen gerecht fertigt gewesen sein, aber angesichts der Tatsache, daß die CNT erst Monate nach Beginn des Bürgerkriegs in die Regierungen eintrat, hätte man Zeit gehabt, diese Frage an der Basis zu diskutieren und zu entscheiden. Vor allem fanden während der Zeit viele örtliche und Regionaltreffen statt, nur wurde dieser Punkt nie angeschnitten. Das Problem wurde nur auf höchster Ebene besprochen, und als entschieden war, daß die CNT Minister stellt, wurde nicht einmal mit der Gewerkschaft darüber diskutiert, wer die Ministerposten einnehmen sollte. Z.B. schreibt Federica Montseny später, daß sie auf Bestehen einiger führender CNT-Mitglieder sich dazu entschloß und sich nur mit ihrem Vater beriet.<sup>129</sup>

Trotz dieser Tatsachen wurden die CNT-Minister als Repräsentanten ihrer Organisation bezeichnet, und die Betroffenen gehen sogar soweit, zu sagen, daß zwar die Mitglieder der Gewerkschaft wegen dieser Entscheidung nicht befragt wurden, daß aber "ihre Führer mit dem Eintreten in die Regierung die Wünsche der überwältigenden Mehrheit (der CNT) repräsentierten"!<sup>130</sup>

Der Widerstand, der bei vielen Anarchisten von Anfang an gegen die Regierungsbeteiligung bestand und sich im Laufe der kommenden Monate erheblich verstärkte, zeugt wohl davon, daß sich die Massen – wäre die Frage der Regierungsbeteiligung auf allen Ebenen der CNT und mit allen möglichen Konsequenzen gründlich diskutiert worden – wahrscheinlich gegen diese Entscheidung und gegen die legalistischen Argumente ihrer Führer ausgesprochen hätten.

## 6. Von der Revolution zum Bürgerkrieg

Ende 1936 war die soziale Revolution in Spanien quasi beendet. Zwar vollzog sich ihre Niederlage nicht von einem Tag auf den anderen, aber die schwankende Haltung der anarchistischen "Führer" hatte zur Folge, daß ihnen nicht nur die Macht aus den Händen glitt, sondern zu einem allmählichen Niedergang der revolutionären Errungenschaften führte, aus deren Folge wahrscheinlich die Kommunistische Partei als Sieger hervorgegangen wäre, hätte nicht Franco aus dem "Bürgerkrieg" innerhalb des Bürgerkriegs den größten Nutzen gezogen.

Darüberhinaus verlief auch der Niedergang der Revolution insofern widersprüchlich, als er nicht allein auf die Stalinisten zurückzuführen ist. Mit dem Regierungseintritt führender Anarchisten begann sich auch deren Haltung zu grundlegenden politischen und ökonomischen Problemen zu ändern. Die anarchistischen "Führer" plädierten nach einiger Zeit nicht mehr für die Ideale, für die sie im Juli noch eingetreten waren, sondern ihre Argumente begannen, denen bürgerlicher Politiker zu ähneln.

---

<sup>129</sup> vgl. RICHARDS, V. a.a.O., S.76 ff.

<sup>130</sup> ders., S.77 (Textstelle von Verf. übersetzt)

Ein bezeichnendes Beispiel dafür ist folgendes Zitat aus einer Rede, die der damalige Justizminister García Oliver auf einer Versammlung in Valencia Anfang Dezember 1936 hielt:

„Sind wir daran interessiert, den Krieg zu gewinnen? Was immer dann auch die Ideologien oder die Credos der Arbeiter oder ihrer Organisationen sein mögen; um zu gewinnen, müssen wir die Methoden des Feindes anwenden und vor allem Disziplin und Einigkeit. Mit Disziplin und einer wirksamen militärischen Organisation werden wir ohne Zweifel gewinnen. Disziplin bei denjenigen, die an der Front kämpfen, und bei denen, die an der Werksbank arbeiten, Disziplin in jeder Hinsicht ist die Grundlage des Sieges.“<sup>131</sup>

Nicht nur Begriffe wie „Disziplin“ tauchten allmählich immer häufiger auf. Auch die Idee einer dezentralisierten Gesellschaft wurde immer mehr in die Zukunft geschoben. Bestrebungen wie die gesamte anarchistische Presse dem Nationalkomitee der CNT-FAI zu unterstellen, um unliebsame Kritiken nicht öffentlich werden zu lassen, wurden ebenso deutlich wie etwa die Idee, die gesamte libertäre Bewegung Spaniens einem einzigen Oberbefehl zu unterstellen. Dies kommt in einem Beitrag von Juan López, ebenfalls ein anarchistischer Minister, zum Ausdruck, indem er schreibt: „Lokale Probleme, regionale Krisen, aber auch alles andere muß durch die direkte Intervention der obersten Organe unserer Bewegung gelöst werden. Gegensätzliche Positionen müssen aufgegeben werden...“<sup>132</sup>

Die Haltung, die in diesen Zitaten zum Ausdruck kommt, spiegelt die Haltung fast der gesamten „Führungsschicht“ innerhalb der libertären Bewegung Spaniens wider. Dadurch ermöglichten sie es den bürgerlichen und stalinistischen Kräften, gegen die Revolution vorzugehen, und die Massen mußten erleben, daß dieses Vorgehen von ihren eigenen Führern geduldet bzw. oft sogar unterstützt wurde. So konnte die Zentralregierung Sturmgarden in die Gegenden entsenden, in denen die Revolution stattfand, die Arbeiter und Bauern entwaffnen und die Zerschlagung der Revolution gegen die Anarchisten mit Hilfe ihrer Führer einleiten, d.h. es trafen genau die Auswirkungen ein, die die Zentralregierung sich von einer Regierungsbeteiligung der Anarchisten versprochen hatte.

Franz Borkenau, der während des Bürgerkriegs zweimal nach Spanien reiste, beschreibt in seinem Tagebuch von der zweiten Reise im Januar 1937 die veränderte Situation in Barcelona und Katalonien: In Barcelona gab es keine Barrikaden mehr, keine Autos mit den Initialen der Gewerkschaften, keine bewaffneten Arbeiter. Wenn man überhaupt Bewaffnete sah, dann waren es die Uniformierten der Guardia Civil, die es schon vor der Revolution gab und die offensichtlich wieder stark geworden war.

Zwar existierten alle früheren Gruppen noch, aber sie hatten an Einfluß und Bedeutung verloren. Auf der Linken ging vor allem die POUM zurück, und auf der Rechten hatten die kleineren katalanischen republikanischen Gruppen ihre ohnehin schon geringe Bedeutung fast vollkommen eingebüßt. Die „Esquerra“ mit Companys befand sich zwar noch formal an der Spitze, aber ihre Macht schwand ebenfalls. Wer einzig und allein an Macht und Einfluß gewann, war die PSUC in der die sozialistischen linken Kräfte untergegangen waren. Die Anarchisten existierten zwar noch, aber auch ihr Einfluß war in Schwinden begriffen.<sup>133</sup>

Die Generalität, in der die Kommunisten zur bestimmenden Kraft wurden, hatte fast vollkommen ihre Macht zurückerlangt. Dies wurde u.a. in Verordnungen und Dekreten deutlich, an die sich einige Monate früher kein Mensch gehalten hätte, ganz abgesehen davon, daß sie nicht in der Lage gewesen wäre, solche Dekrete überhaupt anzuordnen.

<sup>131</sup> RICHARDS, V. a.a.O., S.92 (Textstelle von Verf. übersetzt)

<sup>132</sup> LÓPEZ, Juan in: „Fragua Social“, Valencia 7.10.1937 zitiert in: ders., S.141 (Textstelle von Verf. übersetzt)

<sup>133</sup> Vgl. BORKENAU, F. The Spanish..., a.a.O., S.173-178

Beispiele: Verordnung der Generalität vom 9. Oktober 1936:

”Art.1.: Die lokalen Komitees, was immer ihre Bezeichnung oder ihr Titel sein möge, und alle lokalen Körperschaften, die zur Bekämpfung der Aufstandsbewegung mit kultureller, wirtschaftlicher oder sonstiger Zielsetzung gebildet worden sein mögen, sind in ganz Katalonien aufzulösen.“<sup>134</sup>

Art.2.: Widerstand gegen ihre Auflösung wird als eine faschistische Handlung angesehen, und die Anstifter werden den Tribunalen der Volksjustiz übergeben werden.“<sup>135</sup>

Am 27. Oktober 1936 erließ die Generalität ein Dekret zur Entwaffnung der Arbeiter:

”Art.1.: Alle langen Waffen (d.h. Gewehre, Maschinengewehre etc.) die in den Händen von Bürgern gefunden werden, sind innerhalb von acht Tagen nach Veröffentlichung dieses Dekrets an die Behörden (Gemeindeverwaltungen, d. Verf.) abzugeben bzw. von diesen einzuziehen. ...

Art.2.: Nach der angegebenen Frist werden diejenigen, die solche Waffen behalten, als Faschisten betrachtet werden und mit der Härte bestraft, die ihr Verbrechen erfordert.“<sup>136</sup>

Am 24. Oktober wird das Kollektivisierungs-Dekret erlassen, worin dafür gesorgt wird, daß in jeder Fabrik ein Regierungsbeauftragter im Fabrikrat sitzt. Außerdem muß die Regierung in allen Betrieben mit über 500 Beschäftigten die Zustimmung zum Direktor geben. Das Kollektivisierungs-Dekret beinhaltet ebenso wie das restliche ökonomische Programm der Generalität, dieser wieder mehr Befugnisse in wirtschaftlichen Angelegenheiten einzuräumen. Im Januar 1937 verhindern 58 Finanzdekrete der Generalität die freie Aktivität der kollektivisierten Fabriken. Nachdem zum erstenmal die Kollektivisierung eines Industriezweiges für illegal erklärt worden ist, wird kurz darauf die Arbeiterkontrolle an den Grenzen aufgehoben und die Ausfuhr der Regierung direkt unterstellt. Am 1. März werden in ganz Katalonien die Arbeiterpatrouillen abgeschafft und die Polizei wird in ein staatlich kontrolliertes Korps umgewandelt.<sup>137</sup>

Dies sind nur einige Beispiele von den Auswirkungen, die das Erstarken der Staatsmacht mit sich brachte. Auf spezielle Bereiche soll noch etwas näher eingegangen werden.

Nicht nur in Katalonien, sondern allmählich in ganz Spanien ging die Zentralregierung daran, die Komitees aufzulösen, und diese durch Gemeinderäte zu ersetzen, die paritätisch (d.h. alle Parteien und Gewerkschaften waren gleich stark vertreten, unabhängig von dem Kräfteverhältnis, in dem sie sich bewegten) besetzt waren. Im Gegensatz zu vorher ging nicht mehr die Initiative von unten aus, sondern die jetzigen Bürgermeister, Gouverneure etc. wurden von oben ernannt und Wahlen zu Gemeindevertretungen wurden grundsätzlich ausgeschlossen. Da aber die Zentralregierung bei ihrem Vorhaben trotz aller Überzeugungsarbeit und trotz der Unterstützung der anarchistischen Minister oft auf Widerstand in der Bewegung stieß, sah sie mehr als vorher die Notwendigkeit, ihre Streitkräfte

---

<sup>134</sup> BROUÉ/TÉMIME a.a.O., S. 2 51

<sup>135</sup> MORROW, F. Revolution..., a.a.O., S.53 (Textstelle von Verf. übersetzt)

<sup>136</sup> ders., S.54, (Textstelle von Verf. übersetzt)

<sup>137</sup> vgl. ders., S.58 ff.

wieder zu stärken, um die Auflösung der Komitees und Kollektive notfalls mit Gewalt durchsetzen zu können.

-  
Auf der einen Seite waren die Milizen diejenigen gewesen, die die Faschisten erfolgreich bekämpft hatten, auf der anderen Seite sollte aber die alte Guardia Civil wieder in die Rolle versetzt werden, als "Ordnungshüter" zu fungieren, d.h. die Polizei mußte gründlich reorganisiert werden. Der erste Schritt war noch vom Kabinett Giral am 31. August 1936 unternommen worden, indem die Reorganisation der Zivilgarde zur "national-republikanischen Garde" vorgenommen werden sollte. Unter der Regierung Caballero wurden Tausende von Männern für dies Corps eingezogen. Dasselbe traf für die Sturmgarden zu, die Ende Dezember schon über 28 000 Mann verfügten. Auch die Karabineros wurden wieder stark. Im April 1937 verfügten sie über 40 000 Mann im republikanischen Lager.<sup>138</sup>

Parallel mit der Aufrüstung der Polizei verlief die Auflösung und Übernahme der vorher unabhängigen Patrouillen der Arbeiterorganisationen. Dies bedeutete nichts anderes als die Entwaffnung des Volkes. Innerhalb der regulären Polizei gelang es den Kommunisten allmählich, eine Vorrangstellung zu übernehmen, indem sie politische Kommissare überall einsetzte und vor allem Kommunisten zu Polizeidiensten einzog. Die Geheimpolizei befand sich bald ganz unter kommunistischer Kontrolle, in der vor allem die GPU zum bedeutendsten Faktor wurde, da nicht einmal der Justiz- oder Innenminister Kontrolle über sie hatten. Die GPU entwickelte sich zu einer Art "Geheimmacht" innerhalb ganz Spaniens, vor der sich sogar einflußreiche Regierungsmitglieder unter Caballero fürchteten.

-  
Mit der Reorganisation der Polizei parallel verlief die Reorganisation der Justiz. Die revolutionären Tribunale der Arbeiterklasse, die in den ersten Tagen der Revolution entstanden waren, wurden allmählich durch Organe ersetzt, in denen vierzehn Mitglieder der Volksfrontparteien und Gewerkschaften (zwei für jede Organisation) vertreten waren sowie drei Berufsjuristen. Zwar hatte die Regierung Giral schon Ende August Dekrete für die Einrichtung neuer Gerichte verkündet, aber erst unter Caballero mit Garcia Oliver als Justizminister begannen sie, in allen Provinzen zu arbeiten.

-  
Durch Legalisierung seitens der Regierung wurden die Kollektive der Industrie und der Landwirtschaft allmählich wieder in Staatseigentum überführt, bzw. ihren ehemaligen Besitzern zurückgegeben. Auch dies war notwendig, um die Regierungsmacht zu stärken. Aber die Arbeiter und Bauern versuchten, sich dagegen zu wehren. Daher wurden zehntausende von Kollektiven von der Sturmgarde mit Gewalt zerstört.

"Die Methode der Unterdrückung ist überall dieselbe. Lastwagen voller Sturmgarden fahren in die Dörfer wie Eroberer. Unheilvolle Registrierungen in den Büros der CNT. Auflösung der Gemeinderäte, in denen die CNT vertreten ist. Plünderungen, Durchsuchungen und Verhaftungen. Einzug der Lebensmittel der Kollektive. Rückgabe des Landes an ihre alten Eigentümer."<sup>139</sup>

-  
Eine weitere Maßnahme gegen die Revolution war die Militarisierung der Milizen, d.h. die Einrichtung einer sog. Volksarmee. Im August 1936 schrieb das Organ "CNT" noch:

---

<sup>138</sup> vgl. BOLLOTEN, B., a.a.O., S.171

<sup>139</sup> "Libertad", 1.8.1937, zitiert in: MORROW, F., Revolution..., a.a.O., S.137, (Textstelle von Verf. übersetzt)

„Wir können weder die Existenz verteidigen noch die Notwendigkeit einsehen für eine reguläre Armee mit Uniformierten und Eingezogenen. Diese Armee muß durch die Volksmilizen, durch das Volk in Waffen ersetzt werden. Sie sind die einzige Garantie dafür, daß die Freiheit mit Enthusiasmus verteidigt wird und daß keine neuen Verschwörungen im Geheimen ausgebrütet werden.“<sup>140</sup>

Aber schon Ende August ließ sich die beginnende Militarisierung erkennen. Selbst Anarchisten wie Durruti<sup>141</sup> und Oliver verlangten nach den Niederlagen im August und September eine einheitliche Armeeführung und Befehlsgewalt. Der Beginn der eigentlichen Militarisierung war die Regierungsverordnung vom 29. September, in der die Einberufung zweier Jahrgänge verfügt wurde. Auch die Ausgabe der Waffen wurde zu einem Mittel der Militarisierung, da nur die Einheiten Waffen erhielten, die nach den von der Regierung angeordneten Vorstellungen reorganisiert worden waren. Die Soldatenräte wurden abgeschafft, aus den Hundertschaften wurden Kompanien oder Bataillone, aus den Kolonnen Regimenter oder Brigaden. Auch neue Ränge wurden eingeführt:

„aus ‚Zugführern‘ wurden Korporale oder Sergeanten, aus ‚Hundertschaftsdelegierten‘ Hauptleute, aus ‚Kolonnenchefs‘ Majore. Auf Kitteln und Overalls tauchten – vorderhand unauffällig – Rangabzeichen auf. Mit der ‚Militarisierung‘ mußten die Milizen die zunächst als provisorisch bezeichnete Wiedereinführung des alten Militärstrafgesetzbuches schlucken; neue republikanische Strafbestimmungen waren noch nicht da.“<sup>142</sup>

Am 15. Oktober 1936 wurde auf Anordnung der Kriegsminister das „Generalkriegskommissariat“ geschaffen, das für politische Kommissare von der obersten bis in die unterste Ebene der neuen Volksarmee sorgte. Die Kommissare hatten die Aufgabe, „eine Kontrolle politisch-sozialer Natur über die Soldaten ... auszuüben und die Koordination zwischen dem militärischen Kommando und den kämpfenden Massen herzustellen.“<sup>143</sup> In der Praxis entwickelte sich diese Einrichtung dahingehend, daß die Kommissare am meisten dazu beitrugen, die Milizen zu einer Armee zu reorganisieren. V. Richards geht davon aus, daß viele CNT-Führer nicht wirklich von der Einrichtung der Volksarmee überzeugt waren, daß ihnen aber nichts anderes übrig blieb, als auch diese Maßnahmen zu unterstützen, nachdem sie sich für die Regierungsbeteiligung statt für die Revolution entschieden hatten.

Die Reaktion der Milizionäre war allerdings ablehnend. Sie sahen darin einen Schritt in Richtung Militarismus und Legalisierung der Kriegs- und Kasernendisziplin. Aber auch hier verlief es wie bei allen anderen Maßnahmen. Wo die Umwandlung nicht durch Überzeugungsarbeit durchgesetzt werden konnte, wurden Druckmittel wie Waffenboykott bis hin zur Gewalt angewandt.

## **6.1. Der Niedergang der Anarchisten und der POUM: Die Macht der Kommunisten wächst**

Die russische Intervention ermöglichte den Spanischen Kommunisten, eine Position einzunehmen, die sie auf andere Weise nicht hätten einnehmen können. Dadurch, daß sie die Macht hatten, die ankommenden Waffen zu verteilen, waren die Anarchisten auf die Kommunisten angewiesen. Ein

---

<sup>140</sup> RICHARDS, V. a.a.O., S.157, (Textstelle übersetzt von Verf.)

<sup>141</sup> Durrutis Haltung war allerdings widersprüchlich (s.u.).

<sup>142</sup> BROUÉ/TÉMIME a.a.O., S.271

<sup>143</sup> ders., S. 274

weiterer Faktor für die PCE war das Prestige der Internationalen Brigaden, die die Eroberung Madrids durch Franco-Truppen verhinderten und die immer mehr unter die politische Kontrolle der PCE gerieten. Mit wachsender Macht der Kommunisten standen sich in Barcelona allmählich zwei gegensätzliche Gruppen gegenüber. Auf der einen Seite das Proletariat mit langer revolutionärer Tradition, auf der anderen Seite die Angestellten und die Kleinbourgeoisie, die von den Kommunisten gegen das Proletariat organisiert und bewaffnet wurden.<sup>144</sup> Da die katalanische PSUC hauptsächlich die militärische Unterstützung erhielt, wuchs ihr Einfluß rapide. Die Propaganda der PSUC zog alle Elemente an, die mit der anarchistischen Politik unzufrieden waren. Bald hatten die Anarchisten zwar noch Teile der Handarbeiter hinter sich, aber die Techniker und Angehörigen der Kriegsindustrie gingen zu den Kommunisten über und trugen zum Niedergang der Anarchisten bei.

Innerhalb der PSUC waren die Kommunisten mit Hilfe Russlands zur dominierenden Kraft geworden. Die wachsende Stärke der PSUC führte zu immer heftigeren Angriffen gegen die Anarchisten. Nachdem der Regierungseintritt der Anarchisten und der POUM zu einem Linksruck in beiden Regierungen beigetragen hatte, veränderte sich das Bild nach der Novemberkrise (Madrid) wieder vollkommen. Als erstes war das Zentralkomitee der antifaschistischen Milizen aufgelöst worden und die Anarchisten blieben mit ein paar unbedeutenden Ministerposten zurück, während sie gedacht hatten, mit der Macht des Zentralkomitees allmählich die Generalität zu eliminieren. Parallel zur Verfolgung der POUM begann eine Kampagne der PSUC für die Auflösung aller Komitees und die vollkommene Wiederherstellung der administrativen Autorität der Generalität. Zwar war in Katalonien der Rückgang der Anarchisten nicht so offensichtlich und schnell wie der der POUM, deren Mitglieder immer härteren Verfolgungen ausgesetzt waren, aber es war nur eine Frage der Zeit, wann sich die Situation für die Anarchisten ebenso darstellen würde. In bezug auf die Zentralregierung war die Vorherrschaft der Kommunisten unumstritten, und sogar Caballeros Macht ging zurück. Von 3 000 Mitgliedern im Juli 1936 wuchs die PCE bis Januar 1937 auf 220 000 Mitglieder an.<sup>145</sup> Laut P. Broué hatte die KP im Juni 1937 bereits die Mitgliederzahl von einer Million erreicht.<sup>146</sup> Trotzdem konnten die Kommunisten keine Gewerkschaftssektionen der Handarbeiter für sich gewinnen, dafür aber Teile des Staatsapparates und der Privatindustrie. Mit Zuwachs der Mitgliederzahl veränderte sich auch im republikanischen Spanien die soziale Basis der Kommunistischen Partei. In ihr organisierten sich vor allem Kleinbürger (Kleinindustrielle, Angestellte, Richter, Beamte, etc.). Ein weiterer Grund für ihren wachsenden Einfluß war die Tatsache, daß sie vormals unabhängige Organisationen unter ihre Kontrolle bringen konnte (z.B. die PSUC).

Schon Anfang 1937 existierte die Doppelherrschaft nicht mehr und die eigentliche Macht in Spanien war zur Zentralregierung, d.h. zu den Kommunisten zurückgegangen. "Der enorme Zerfall der Anarchisten muß an der Tatsache gemessen werden, daß sie – wenn auch zögernd – die Einführung der politischen Regime in die Gemeinden akzeptierten, obwohl dies ihren Idealen total entgegengesetzt war."<sup>147</sup>

Und P. Broué schreibt:

"Sogar auf dem Höhepunkt des revolutionären Vorstoßes, als ihre Reihen noch, wie es nach einem Sieg zu sein pflegt, geschlossen waren, hatten die Anarchisten mit der schwächlichen Regierung Giral nicht fertig werden können. Jetzt standen sie als ausein-

---

<sup>144</sup> vgl. BRENAN, Gerald *The Spanish...*, a.a.O., S.323-325

<sup>145</sup> Vgl. BORKENAU, F. *The Spanish...*, a.a.O., S.188-192

<sup>146</sup> Vgl. BROUÉ/TÉMIME a.a.O., S.284

<sup>147</sup> BORKENAU, F. *The Spanish...*, a.a.O., S.210 (Textstelle von Verf. übersetzt)

anderstrebender Haufen, richtungslos und ohne klare Politik einer starken, allseitig begrüßten, von ihren eigenen Führern unterstützten Regierung gegenüber. Und überall stießen sie auf die geballte Kraft eines neuen Machtgebildes: der erstarkenden Kommunistischen Partei und der PSUC, die über geschlossene Kader mit eiserner Disziplin und schier unerschöpfliche finanzielle Mittel verfügten und eine zielbewußte Politik verfolgten. Gerade die Kommunisten trugen, wo sie nur konnten, zur Schwächung der anarchistischen Bewegung bei, aus deren Niedergang sie fast allein Gewinn zogen.“<sup>148</sup>

### 6.1.1. Die Rolle der UdSSR

Trotz allem hätten die Kommunisten nie eine solche Einflußposition innerhalb der kurzen Zeit erreichen können, hätten sie nicht die Unterstützung Russlands gehabt. Während der ersten drei Monate des Bürgerkriegs kümmerte sich Russland nicht um die Belange des republikanischen Spaniens.<sup>149</sup> Dies war aber gerade die entscheidende Phase, in der die Republik Waffen und Munition dringend benötigt hätte. Obwohl auch Stalin den Nichteinmischungsvertrag unterzeichnet hatte, unternahmen die Westmächte aber nichts, als er im Oktober 1936 begann, Waffen an Spanien zu liefern. Zwar hatten auch Hitler und Mussolini den Nichteinmischungsvertrag unterzeichnet, doch hinderte sie dies nicht daran, Franco von Anfang an Unterstützung zu gewähren. Da England und Frankreich in diesen Fällen nicht effektiv versuchten, die faschistischen Staaten an diesen Praktiken zu hindern, konnte auch Russland in den Krieg eingreifen. Ebenso hatte z.B. Mexiko dem republikanischen Spanien relativ früh mit (relativ unbedeutenden) Waffenlieferungen ausgeholfen.

Diese Waffen wurden nicht nur mit den Goldreserven des Landes bezahlt, sondern mit den Waffenlieferungen kamen ebenfalls russische Agenten nach Spanien, mit deren Hilfe Russland sich bemühte, die politische Bewegung Spaniens und vor allem die Innenpolitik des Landes unter seinen Einfluß zu bringen.<sup>150</sup> Da Spanien durch den Nichteinmischungsvertrag auf jede angebotene Hilfe angewiesen war, konnte Russland diese Bedingungen für Waffenlieferungen setzen. Diese Bedingungen äußerten sich nicht nur in der totalen Kontrolle bestimmter innenpolitischer Bereiche wie durch die GPU oder die Zerstörung der Kollektive, die hauptsächlich auf Betreiben der Sowjetunion zustande kam. Sondern sie ging so weit, die gesamte revolutionäre Bewegung Spaniens zu zerstören. Bezeichnend dafür ist das folgende bekannte Zitat, das am 16. Dezember 1936 in der "Pravda" erschien:

„In bezug auf Katalonien hat die Säuberung der Trotzkisten und Anarchosyndikalisten schon begonnen; und sie wird mit derselben Energie durchgeführt werden, mit der sie in der UdSSR durchgeführt wurde.“<sup>151</sup>

Die Folge war – nicht nur in Katalonien – organisierter Terror gegen die Anarchisten, Linkskommunisten ("Trotzkisten") und Linkssozialisten.

Auch direkt auf die Zentralregierung nahm Russland Einfluß. Am 21. Dezember 1936 erhielt Largo Caballero einen Brief vom russischen Botschafter in Spanien, Rosenberg, in dem Stalin dem spanischen Regierungschef folgende parlamentarische Vorgehensweisen "empfahl":

---

<sup>148</sup> Vgl. BROUÉ/TÉMIME a.a.O., S.283

<sup>149</sup> Während dieser Zeit fanden in der Sowjetunion die "Säuberungen" und Schauprozesse statt.

<sup>150</sup> Vgl. vor allem KRIVITSKY, G. W. Ich war... , a.a.O.,

<sup>151</sup> zit. u.a. in: RICHARDS, V. a.a.O., S.117



”1. Den Bauern sollte gebührende Aufmerksamkeit gewidmet werden ... Es dürfte ratsam sein, in Land- und Steuerfragen Dekrete zu erlassen, die den bäuerlichen Wünschen entgegenkommen... 2. Es erscheint ratsam, die unteren und mittleren Schichten des städtischen Bürgertums mehr zur Regierungsverantwortung heranzuziehen, sie gegen alle Versuche von Beschlagnahmen zu schützen und ihnen, soweit wie möglich, Handelsfreiheit zu gewähren... 3. Man sollte in der Presse erklären, die spanische Regierung werde keinerlei Angriffe auf das Eigentum und die Interessen von solchen Ausländern dulden, die nicht die Rebellen unterstützten...”<sup>152</sup>

Wesentliche Hintergründe der Haltung Stalins lagen u.a. darin, daß er zum einen alles daran setzen mußte, ein libertäres Beispiel, wie es die Kollektivierungsmethoden der spanischen Anarchisten trotz aller Einschränkungen darstellte, zu unterdrücken. Denn in der Sowjetunion waren schon in den 20er Jahren die Zwangskollektivierungen durchgeführt worden. Zum anderen bemüht sich Stalin, ein gutes Verhältnis zu den Westmächten zu erlangen, das für ihn als Gegengewicht zu Hitler notwendig war. Da die Westmächte einem revolutionären Spanien feindselig gegenüberstanden, konnte es sich Stalin somit auch aus außenpolitischen Gründen nicht leisten, ein revolutionäres Spanien zu unterstützen, bzw. mit ihm zu paktieren. Dies bedeutete für ihn, gegen die revolutionären Elemente des Landes zu kämpfen und die legale Regierung zu unterstützen bzw. diese unter Druck zu setzen, ebenfalls gegen die Anarchisten und Linkssozialisten vorzugehen.

All diese ”Empfehlungen” und Druckmittel geschahen mit unbedingter Unterstützung der spanischen Kommunistischen Partei, die schon vor Jahren den Stalin-Kurs angenommen hatte und nun von ihrer Haltung durch immer größer werdenden Einfluß profitieren konnte. Da aber im anarchistischen und linkskommunistischen Lager viele Kräfte versuchten, sich gegen die russische Bevormundung und Unterdrückung durch die Kommunistische Partei zu wehren, entwickelte sich aus diesen Spannungen allmählich ein zweiter Bürgerkrieg, (”Bürgerkrieg im Bürgerkrieg” auf der republikanischen Seite), obwohl alle Gruppen nach außen nach wie vor die Einheit aller antifaschistischen Kräfte beschworen. Diese Spannungen und Auseinandersetzungen erreichten ihren Höhepunkt mit den sogenannten Maiereignissen in Barcelona 1937 .

## 6.2. Die Maiereignisse – Vorspiel, Kämpfe und Auswirkungen

Daß die ”Maiereignisse”, die zu den schwersten Kämpfen innerhalb des republikanischen Lagers führten, eintreten würden, war im Ausland schon einige Wochen vorher bekannt. Lange bevor die ersten Schüsse in Barcelona fielen, liefen englische und französische Kreuzer in den Hafen der Stadt ein. In seinem Buch ”Ich war in Stalins Dienst” weist General Krivitsky darauf hin, daß er auf die Maiereignisse vorbereitet war. Die GPU und die kommunistische Partei hatten vor, den entscheidenden Kampf gegen die ”Trotzkisten” und Anarchisten einzuleiten und gleichzeitig die Caballero-Regierung in die Krise zu stürzen, da Caballero ihnen schon seit einiger Zeit ”zu links” geworden war. Schon vor Monaten war Negrín, ein rechter Sozialist, von ihnen als sein Nachfolger vorgesehen worden.<sup>153</sup>

Äußerer Anlaß der Kämpfe war das Telefongebäude in Barcelona, das unter der gemeinsamen Kontrolle der CNT, UGT und eines Delegierten der Generalität stand. Am 3. Mai nachmittags erschienen

---

<sup>152</sup> ROCKER, R. Die spanische..., a.a.O., S.55

<sup>153</sup> vgl. ”CNT-AIT-FAI Bolletín de Informción”, Informationsdienst der syndikalistischen CNT und der anarchistischen FAI, Nr.45, 10.5.1937, Via Durruti 32/34, Barcelona, S.6

Regierungsmitglieder mit der Polizei und dem Auftrag, "das Telefongebäude zu beschlagnahmen".<sup>154</sup> Da die Arbeiter die Polizei nicht hineinließen, entbrannten innerhalb weniger Stunden in der ganzen Stadt heftige Kämpfe, deren Ausmaß nach kurzer Zeit an einen regelrechten Bürgerkrieg erinnerte.

"Der 3. Mai bewies jedoch Barcelona von neuem, was der katalonische Anarchosyndikalismus ist. Wie am 19. Juli, so wurde auch an diesen Tagen eine Totalmobilisierung der Arbeiterbevölkerung der Stadt durchgeführt. Alle Arbeiter-Wohnviertel der Stadt, alle ohne Ausnahme, waren mit einem Schlage in Festungen der CNT verwandelt. Wo in diesen Stadtteilen Kasernen oder Wachen der Polizei und der republikanischen und marxistischen Milizen vorhanden waren, stellten diese sich entweder ... auf die Seite der Arbeiter, oder sie erklärten ihre Neutralität... Die Wohnbezirke der proletarischen Massen Barcelonas stehen zur CNT. ... Die alte Polizei, die Marxisten und die Republikaner hingegen hielten die bürgerlichen Wohngegenden und das Stadttinnere besetzt, wo die durch sie vertretenen Bevölkerungsteile ansässig sind. Dabei nahm durchaus nicht die gesammelte alte Polizei gegen die Arbeiter Stellung. Die große Masse der Polizisten blieb passiv, nur ein kleiner Teil ließ sich in den Kampf mit den CNT-Arbeitern ein ... Spontan brach gleichzeitig ein Generalstreik aus. Nur die Kriegsbetriebe blieben von ihm ausgenommen..."<sup>155</sup>

Während der darauffolgenden Tage starben auf beiden Seiten Viele in den Kämpfen. Am 6. Mai erreichten die aus Valencia angereisten Minister G. Oliver und F. Montseny sowie Mitglieder des Exekutivkomitees der UGT, daß die Arbeiter die Waffen niederlegten und die Kämpfe einstellten. Trotz des äußerlich als nichtig erscheinenden Anlasses waren sich alle Beteiligten darüber einig, daß die Kämpfe zu einem früheren Zeitpunkt nicht die Ausmaße angenommen hätten, sondern daß dies nur ein Symptom der Spannungen der letzten Monate und ein letzter Versuch der Arbeiter war, ihr Leben wieder selbst zu bestimmen und "ihre Revolution zu retten".

Nachdem alle CNT-Arbeiter auf Drängen F. Montsenys auch das Telefongebäude am 6. Mai verließen, besetzten Sturmgarde das ganze Gebäude und brachten UGT-Mitglieder mit, die die Arbeit der CNT-Arbeiter von dem Zeitpunkt an übernahmen. Somit verfügte die CNT Kataloniens nur noch über einen Kurzwellensender, um Informationen weiterzuleiten. Am 7. Mai waren die Kämpfe zu Ende, und die Regierung ließ einige tausend Truppen von Valencia nach Barcelona entsenden. Dies bedeutete, daß die Kontrolle der kämpfenden Einheiten und der Kräfte für die öffentliche Ordnung der Zentralregierung wieder unterstellt wurden. Gleichzeitig wurden viele POUM-Mitglieder und Anarchisten verhaftet.<sup>156</sup>

Am 15. Mai begann die Krise der Zentralregierung, deren äußerer Anlaß zwar die Maikämpfe waren, die aber schon seit einiger Zeit geplant war, wie aus folgenden Auszügen eines Geheimdokuments des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Spaniens zu ersehen ist:

"Krisis. Provozierung derselben. Beweggründe: Man kann sich dabei auf die vorübergehende Erscheinung der jetzigen Regierung stützen. Unsere Partei fordert aber den Sitz des Präsidenten. ... In dieser Regierung wird man die CNT teilnehmen lassen, aber dergestalt, daß sie sich verpflichtet fühlt, die Mitarbeit abzulehnen. Dann können wir uns der öffent-

---

<sup>154</sup> "CNT-AIT-FAI Bolletín...", a.a.O., Sondernummer vom 11.5.1937, S.6 und KRIVITSKY, G.W., Ich war ..., a.a.O., S.128

<sup>155</sup> vgl. "CNT-AIT-FAI Bolletín...", a.a.O., Sondernummer vom 11.5.1937

<sup>156</sup> ebda.

lichen Meinung als diejenigen vorstellen, die mit sämtlichen Sektoren zusammenarbeiten wollen...“<sup>157</sup>

Für die Stalinisten waren die Maieignisse ein Beweis dafür, daß die CNT-Minister nicht länger von Nutzen waren, um ihre Massen zu besänftigen. Zwar waren sie diesmal noch erfolgreich gewesen und hatten die Arbeiter dazu bewegen können, die Kämpfe einzustellen, aber die Kämpfe hatte auch den Bruch zwischen der CNT-Führung und der Basis deutlich gemacht. Eine weitere Teilnahme der Anarchisten an der Regierung würde wenig dazu beitragen den Widerstand der Massen zu brechen, sondern eher dazu, daß diese sich vielleicht endlich gegen ihre Minister zur Wehr setzen würden. „Für die nächste Periode waren die Olivers und Montsenys wesentlich nützlicher als 'loyale Opposition außerhalb der Regierung.'“<sup>158</sup> Sie könnten somit die Kontrolle über ihre Anhänger zurückgewinnen, aber ihre Opposition – da sie ja noch im Parlament wären – würde nicht die Negrín-Regierung bloßstellen. Die Gefahr, wenn UGT und CNT nicht mehr in der Regierung wären, daß sie wieder außerhalb der Regierung eine starke Bewegung der Komitees und Räte entfalten könnten, war auf Grund der immer größer werdenden Macht des Staates und seiner Kontrollmöglichkeiten nicht gegeben.<sup>159</sup>

Nachdem Caballero sich weigerte, auf Forderung der Kommunisten die Verantwortlichen der Maikämpfe (i.e. die POUM und die Anarchisten) zu bestrafen, blieb ihm keine weitere Möglichkeit mehr als zurückzutreten. Juan Negrín bildete die neue Regierung und übernahm das Premier- und Wirtschaftsministerium. Prieto wurde Verteidigungsminister und ein Kommunist übernahm das Landwirtschaftsministerium. UGT und CNT waren aus der Regierung ausgeschlossen bzw. verzichteten „freiwillig“ auf eine weitere Teilnahme. In einem Kommuniqué vom 18. Mai erklärte die CNT, daß die Negrín-Regierung nicht von ihr unterstützt würde, da Caballero nicht mehr Premierminister sei.<sup>160</sup> Trotzdem ging sie nicht soweit, plötzlich die Regierung an sich abzulehnen, sondern nur die Tatsache, daß keine Arbeiterorganisationen mehr in ihr vertreten waren und sie selbst sich in der Opposition befand.

Prieto und Negrín hatten zwar im Sinne der Kommunisten die Regierung übernommen, aber bald kam es zu Unstimmigkeiten zwischen der Kommunistischen Partei und Prieto, vor allem in bezug auf die Frage, wessen Kontrolle die Armee unterstellt werden sollte. Diese Frage war insofern von Bedeutung als die Kommunisten wußten, daß sie mit einer Armee unter ihrer Kontrolle in der Lage sein würden, im äußersten Fall sogar eine militärische Diktatur zu errichten. Sie hofften, die Kontrolle durch die Ernennung kommunistischer Offiziere und durch Propaganda der politischen Kommissare zu erreichen. Da Prieto sich jedoch weigerte, für jede Kompanie einen politischen (kommunistischen) Kommissar zu bewilligen, drohten sie mit dem Druckmittel, daß andernfalls die russische Waffenhilfe eingestellt werden würde. Dies aber hätte die sofortige Niederlage des Krieges bedeutet.<sup>161</sup> Im April 1938 gab auch Prieto nach und verließ die Regierung.

## 7. EXKURS 3: Krieg oder Revolution?

„1936: Das 'Volk in Waffen' gewinnt die Revolution.

---

<sup>157</sup> zit.in: ROCKER,R., Die spanische ..., a.a.O., S.94 Laut MORROW,F. , wurde dieses Dokument am 7.Juni 1937 in der Zeitung der FAI veröffentlicht,ohne daß jemals ein Dementi seitens der Kommunistischen Partei erfolgte .

<sup>158</sup> MORROW, F. Revolution..., a.a.O., S.108 (Textstelle von Verf. übersetzt)

<sup>159</sup> vgl. ders., S.108-111

<sup>160</sup> vgl. RICHARDS, V. a.a.O., S.137 ff.

<sup>161</sup> vgl. BRENAN ,G. The Spanish..., a.a.O., S.326 -329

## 1939: Die 'Volksarmee' verliert den Krieg gegen Franco"

Da Ende Juli halb Spanien von Franco besetzt war und dieser die Offensive für den Rest des Landes vorbereitete, war der Erfolg der sozialen Revolution gebunden an einen Sieg über Franco. Daher war das Hauptproblem aller Antifaschisten: Wie kann der Kampf gegen Franco erfolgreich organisiert und geführt werden?

Zwar kämpften alle Gruppen und Parteien auf der republikanischen Seite gegen Franco, aber aus verschiedenen Beweggründen. D.h., es gab zwar die Einheit aller Antifaschisten – Republikaner, Sozialisten, Kommunisten und Anarchisten –, aber diese Einheit gegen Franco bedeutete nicht den Kampf für gemeinsame Ziele. Das Problem, das sich bei einem schnellen Sieg über Franco stellen würde, lag darin, daß die Arbeiter aus dem Kampf stärker als vor Ausbruch des Kriegs hervorgehen würden, die politischen Parteien aber und die Regierungen schwächer. Das bedeutete, daß für die letztere Gruppe ein rascher Sieg nicht erwünscht war, solange sie sich nicht selbst wieder reorganisiert hatte. Für die Mehrzahl der Arbeiter aber war ein Krieg gegen Franco untrennbar von der sozialen Revolution. Nur in dem Fall wußten sie, wofür sie ihr Leben riskierten, da es in dem Fall um ihre eigenen Interessen und lebenswichtigen Bedürfnisse ging und nicht um bürgerliche Freiheiten. Diktaturen hatten sie schon öfter erlebt und überstanden, und oft genug hatten sie die Erfahrung gemacht, daß es ihnen unter einer demokratischen oder liberalen Regierung nicht wesentlich besser ging, daß sie im Grund immer unterdrückt blieben.<sup>162</sup> Aus diesem Grund wußten sie zwar, daß der Krieg gegen Franco für sie viele Schwierigkeiten und Entbehrungen bedeutete, doch diese waren sie bereit, auf sich zu nehmen, allerdings nur so weit, daß ihre soziale Revolution nicht gefährdet war. Das bedeutete aber auch, daß es für sie die Alternative "Krieg oder Revolution", die sich für viele Gruppen und Parteien und teilweise auch für die anarchistischen Führer stellte, niemals gab und auch nie geben konnte. Dies bekräftigte Buenaventura Durruti im September 1936 in einem Interview mit Pierre van Paasen im "Toronto Star":

"Für uns geht es darum, den Faschismus ein für alle Mal zu besiegen, notfalls auch gegen die Regierung. Keine Regierung der Welt bekämpft den Faschismus bis zum Tod. Wenn die Bourgeoisie ihre Macht entgleiten sieht, nimmt sie selbst Zuflucht zum Faschismus, um sich zu erhalten. Die liberale Regierung hätte die faschistischen Elemente schon vor langer Zeit kampfunfähig machen können. Stattdessen zögerte sie, schloß Kompromisse und vertat die Zeit. Sogar in diesem Augenblick gibt es noch Männer in dieser Regierung, die sich mit den Rebellen arrangieren wollen. Man weiß nicht einmal, ob nicht die gegenwärtige Regierung die rebellischen Kräfte benötigt, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen..."

Wir wissen, was wir wollen. Für uns heißt es gar nichts, daß irgendwo in der Welt eine Sowjetunion existiert... Die Revolution hier, in Spanien, die wollen wir jetzt – und nicht erst nach dem nächsten europäischen Krieg. Wir sind dabei, Hitler und Mussolini mit unserer Revolution viel größeres Kopfzerbrechen zu bereiten als die gesamte russische Rote Armee. Wir zeigen der deutschen und italienischen Arbeiterklasse beispielhaft, wie man den Faschismus bekämpfen muß.

---

<sup>162</sup> Als Beispiel sei die Enttäuschung der Arbeiter über ausbleibende soziale Reformen der republikanischen Regierung 1931 erwähnt.

Von keiner Regierung der Welt erwarte ich Hilfe für eine libertäre Revolution. Aber vielleicht können die Interessenkonflikte zwischen den Imperialismen von Einfluß auf unseren Kampf sein. Das wäre ganz gut denkbar. Franco bemüht sich, Europa in den Konflikt hineinzuziehen. Er wird nicht zögern, Deutschland gegen uns aufzuwiegeln. Aber im Endeffekt erwarten wir keine Hilfe, nicht einmal von unserer eigenen Regierung.'

'Falls ihr siegt, werdet ihr auf der Spitze eines Berges voller Ruinen sitzen', sagte van Paasen.

Durruti führ fort:

'Wir haben immer in Slums und den letzten Löchern gelebt. Wir werden wissen, wie wir uns einige Zeit behelfen können Und eins dürft ihr nicht vergessen: wir können auch bauen. Wir waren diejenigen, die die Paläste und Städte bauten, hier in Spanien, in Amerika und überall sonst. Wir Arbeiter können neue bauen, um sie an ihre Stelle zu setzen. Und sogar bessere. Wir haben absolut keine Angst vor Ruinen. Wir werden das Erbe der Erde antreten. Daran besteht nicht der leiseste Zweifel. Die Bourgeoisie wird wahrscheinlich ihre eigene Welt in die Luft jagen und zerstören, bevor sie die Bühne der Geschichte verläßt. Aber wir tragen eine neue Welt, hier, in unseren Herzen. Diese Welt wächst in diesem Augenblick.'

<sup>163</sup>

Obwohl selbst für einige Führer der libertären Bewegung Spaniens, je länger sie versuchten, mit den anderen Gruppen zusammenzuarbeiten, die Frage "Krieg oder Revolution" zu einer Alternative wurde, stand die überwiegende Mehrheit der CNT und FAI doch hinter der sozialen Revolution und der Überzeugung, daß nur auf diese Weise ein Sieg über Franco herbeizuführen sei.

Die entgegengesetzte Auffassung vertrat vor allem die Kommunistische Partei, und die daraus entstehenden Interessengegensätze führten immer wieder zu Konflikten und Auseinandersetzungen, da beide Seiten dies nicht nur aus Überzeugung vertraten, sondern es auch versuchten durchzusetzen.

Für die Kommunistische Partei gab es nur die Parole "Erst muß Franco besiegt werden, und die soziale Revolution steht nicht auf der Tagesordnung". Denn der Versuch einer sozialistischen Revolution würde den Sieg des Faschismus bedeuten und an seiner Seite die Invasion der bürgerlichen Regierungen Westeuropas, die ebenfalls eine vollendete Revolution in Spanien nicht dulden würden.<sup>164</sup>

Bezeichnend formulierte dies Santiago Carillo von der PCE:

"Wir kämpfen für die demokratische Republik, und wir schämen uns dessen nicht. Wir kämpfen gegen den Faschismus, gegen die fremden Eindringlinge, aber wir kämpfen heute nicht für eine soziale Revolution. Es gibt Leute, die uns sagen, daß wir uns für eine soziale Revolution einsetzen müßten, und es gibt solche, die da behaupten, daß unser Kampf für die demokratische Republik nur ein Betrug sei, um unsere wirklichen Absichten zu verbergen. Nein, wir verfolgen damit keine taktischen Manöver, noch irgendwelche Betrugsabsichten gegen die spanische Regierung und die Weltdemokratien. Wir kämpfen mit voller Aufrichtigkeit für die demokratische Republik, weil wir gegenwärtig keine soziale Revolution erstreben, und dies gilt auch für lange Zeit nach dem Sieg über

---

<sup>163</sup> zit. in: MORROW, F. Revolution..., a.a.O., S.188 f. (Textstelle von Verf. übersetzt)

<sup>164</sup> vgl. CARILLO, Santiago Sekretär der JSU, En marcha hacia la victoria, S.10 zit. in: BOLLOTEN,B., a.a.O., S.128

den Faschismus. Eine andere Stellung würde nicht bloß den Sieg der faschistischen Eindringlinge begünstigen, sie müßte auch dazu beitragen, den Faschismus in den übrigen bürgerlich-demokratischen Staaten einzupflanzen.”<sup>165</sup>

Und „Mundo Obrero“, das Organ der Kommunistischen Partei reagierte auf heftige Angriffe seitens der CNT und FAI im Februar 1937 indem sie u.a. erklärte:

„... unsere Republik (ist) eine Republik von besonderer Art. Sie ist eine demokratische und parlamentarische Republik mit einem sozialen Gehalt, den es früher nie gegeben hat. Und diese Republik kann nicht in demselben Licht betrachtet werden (wie jene Republiken), in denen Demokratie eine Fiktion ist; eine Demokratie, die auf der Vormachtstellung der Ausbeuter beruht. Nachdem wir diesen Punkt klargemacht haben, müssen wir die Genossen der CNT darauf hinweisen, daß, indem wir Demokratie und die Republik verteidigen, wir den Lehren des revolutionären Marxismus nicht abschwören oder ihnen widersprechen. Es war Lenin, der uns lehrte, daß revolutionär sein bedeutet, keinen Sprung in die Luft zu machen. Es war Lenin, der uns lehrte, daß revolutionär sein bedeutet, daß man immer die konkrete Situation eines gegebenen Landes im Auge behält, um in diesem Land die passendsten revolutionären Taktiken anzuwenden.”<sup>166</sup>

Die Kommunisten wollten zwar nicht, wie ihnen teilweise vorgeworfen wurde, die Verhältnisse der Republik von 1931 wiederherstellen, aber sie wollten die Unterstützung vor allem der Mittelschichten Spaniens gewinnen, um diese für den Kampf gegen die revolutionären und unkontrollierbaren Elemente im antifaschistischen Lager zu benutzen. Dies war ihre Politik sowohl für die Industrie als auch für die Landwirtschaft, deren Auswirkungen oben bereits beschrieben wurden.

Interessant erscheint in diesem Zusammenhang das folgende Zitat aus der Kritik Friedrich Engels’ an den Anarchisten aus dem Jahre 1873:

”1. Die Bakunisten waren gezwungen, sobald sie einer ernsthaften revolutionären Lage gegenüberstanden, ihr ganzes bisheriges Programm über Bord zu werfen. Zuerst opfer-ten sie die Lehre von der Pflicht der politischen und besonders der Wahlenthaltung. Dann folgte die Anarchie, die Abschaffung des Staats; statt den Staat abzuschaffen, versuchten sie vielmehr eine Anzahl neuer, kleiner Staaten herzustellen. Dann ließen sie den Grundsatz fallen, daß die Arbeiter sich an keine Revolution beteiligen dürften, die nicht die sofortige vollständige Emanzipation des Proletariats zum Zweck habe, und beteiligten sich an einer eingestandenermaßen rein bürgerlichen Bewegung. Endlich schlugen sie ihrem kaum erst proklamierten Glaubenssatz ins Gesicht; daß die Errichtung einer revolutionären Regierung nur eine neue Prellerei und ein neuer Verrat an der Arbeiterklasse sei – indem sie ganz gemütlich in den Regierungsausschüssen der einzelnen Städte figurierten, und zwar fast überall als ohnmächtige, von den Bourgeois überstimmte und politisch exploitierte Minderzahl...

2. Das ultrarevolutionäre Geschrei der Bakunisten verwirklichte sich also, sobald es zur Tat kam, entweder in Abwiegelei oder in von vornherein aussichtslosen Aufständen und

---

<sup>165</sup> ROCKER, R. Die spanische... a.a.O., S.46

<sup>166</sup> „Mundo Obrero“, 3.2.1937, zit. in: BOLLOTEN, B. a.a.O., S.184 f (Textstelle von Verf. übersetzt)

in dem Anschluß an eine bürgerliche Partei, die die Arbeiter schmähdlichst politisch ausbeutete und sie obendrein mit Fußtritten behandelt.“<sup>167</sup>

Diese Kritik, die Engels in seinem Werk "Die Bakunisten an der Arbeit" an den Anarchisten formulierte, hat sicher in bezug auf die spanischen Verhältnisse zum Teil seine Berechtigung. Nur liegt die Ironie darin, daß die bürgerliche Partei, von der er spricht, in Spanien 1936-39 keine andere war als die Kommunistische Partei, die am meisten dazu beitrug, daß sich die soziale Revolution in einen rein militärischen Krieg gegen Franco verwandelte, in dem für die Arbeiter die Ursache ihres Widerstands (und somit auch ihre Motivation zu kämpfen) verloren ging.

## 8. Schlußfolgerungen der Beteiligten

Schon nach sechs Monaten Ministerdasein mußten die CNT-FAI-Minister feststellen, daß ihr Regierungseintritt weder zur Verbesserung der militärischen Situation beigetragen hatte noch daß all die erhofften tatsächlichen Absicherungen der revolutionären Errungenschaften eingetreten waren, sondern das Gegenteil. Die anarchistische Bewegung war nach weniger als einem Jahr Bürgerkrieg von der entscheidendsten Kraft zu einer desorganisierten, desillusionierten und immer unbedeutenderen Bewegung geworden. Dieser Trend verstärkte sich immer mehr bis zum endgültigen Sieg Francos, der die vollkommene Zerschlagung der CNT zur Folge hatte. Nur wenigen gelang es ins französische Exil zu flüchten und die CNT konnte sich im Verlauf der nächsten Jahre nur allmählich wieder reorganisieren. Bis heute erlangte sie nicht wieder den Bruchteil der Bedeutung, die sie bei Ausbruch des spanischen Bürgerkriegs hatte.

Die meisten Beteiligten, die als Minister in die Regierung eingetreten waren, stellten später fest, daß dieser Schritt ein entscheidender Fehler war, der zum Niedergang der anarchistischen Bewegung beitrug.

Juan López, der Wirtschaftsminister erklärte, daß z.B. ein Ministerium für Wirtschaft, das von einem anarchistischen Minister innegehalten wird, nichts ausrichten kann, wenn Finanzen und Landwirtschaft sich in den Händen von Sozialisten oder Kommunisten befinden. Dies traf nicht nur für das Wirtschaftsministerium zu, sondern für alle Bereiche die für den Kriegsverlauf von Bedeutung waren und deren Kontrolle die Kräfte innehatten, die gegen die soziale Revolution arbeiteten.

Federica Montseny erfüllte während der Maierereignisse noch die Aufgabe, die ihr von der Regierung zugedacht war, zu deren Zufriedenheit und schrieb dazu:

„... die Angelegenheit wurde befriedigend gelöst. ... Und ich kehrte befriedigt nach Valencia zurück, überzeugt davon, daß wir national und international eine Auszeichnung verdient hätten. Denn die Arbeiterorganisationen und die Regierung hatten bewiesen, daß sie die absolute Kontrolle über die Massen hatten. Die Regierung verfügte nie über ein solches Ansehen wie zu dem Zeitpunkt, denn es war ihr gelungen, ein Problem von immenser Bedeutung ohne Blutvergießen zu lösen. ...“<sup>168</sup>

Doch nachdem die anarchistischen Minister wieder in Valencia eintrafen, "fanden wir eine Krise vor, die für den Tag unserer Ankunft geplant war."<sup>169</sup> Die Auswirkungen dieser Krise auf die Zusammenarbeit mit den republikanischen und kommunistischen Kräften und auf den Niedergang der

<sup>167</sup> ENGELS, Friedrich Die Bakunisten an der Arbeit, in: MEW Bd. 18, Ost-Berlin 1973, S.491 f.

<sup>168</sup> RICHARDS, V. a.a.O., S.139 (Textstelle von Verf. übersetzt)

<sup>169</sup> Ebda. (Textstelle von Verf. übersetzt)

anarchistischen Bewegung ließen auch F. Montseny später zu der Überzeugung gelangen, daß die Regierungsbeteiligung ein Fehler war. Im Juli 1947 schrieb sie:

„Ich wußte – wir alle wußten –, ... daß trotz der Tatsache, daß die Regierung zu der Zeit keine wirkliche Regierung war, daß die Macht auf der Straße, in den Händen der Kämpfer und Produzenten lag, die Regierungsmacht wieder koordiniert und gefestigt werden würde und, was noch schlimmer ist, mit unserer Komplizenschaft und unserer Hilfe. Dies würde viele von uns moralisch ruinieren.“<sup>170</sup>

Nur García Oliver war von der Entscheidung der CNT nach wie vor überzeugt und vor allem der Meinung, mit seinen Justizreformen schon revolutionäre Arbeit geleistet zu haben.<sup>171</sup> Im August 1938 unterzog D. Abad de Santillan die begangene Politik der CNT einer harten Kritik:

„Einfach als 'Regierende' betrachtet, sind wir nicht besser als irgend jemand anders, und wir haben schon bewiesen, daß unser Eingreifen in die Regierungen lediglich dem Zweck diene, ihre Stärke wiederherzustellen und in keiner Weise dazu, die Rechte der Arbeiter gegen ihre parasitären ökonomischen... Feinde zu schützen. ... Man muß dem Volk vertrauen und dienen. Aber man kann nicht zwei Herren zur selben Zeit dienen. Wenn wir für das Volk sind, können wir nicht gleichzeitig für den Staat sein, der der Feind des Volkes ist. Und im Moment befinden wir uns auf der Seite des Staates, was dasselbe bedeutet wie zu sagen, wir sind gegen das Volk...“<sup>172</sup>

Im argentinischen Exil schrieb Santillan in seinem Buch „Por que perdimos la guerra“ im Jahre 1940:

„Wir wußten, daß es nicht möglich war, in der Revolution den Sieg zu erringen, wenn man nicht zuvor im Krieg gesiegt hatte. Wir haben die Revolution geopfert, ohne zu begreifen, daß dies Opfer auch den Verzicht auf die eigentlichen Ziele des Krieges mit sich brachte.“<sup>173</sup>

Aber nicht nur bei den „Prominenten“ gab es geteilte Meinungen, sondern auch innerhalb der Basis der spanischen libertären Bewegung führte die Diskussion über die Regierungsbeteiligung und die Frage der Zusammenarbeit zu schweren Auseinandersetzungen, die schließlich zur Spaltung der sich im Exil befindenden CNT führte. Erst im Jahre 1951 auf dem Wiedervereinigungskongreß der CNT wurde öffentlich erklärt, daß die Regierungsbeteiligung ein politischer Fehler war, der zur Niederlage im Bürgerkrieg beitrug und daß die zukünftige Politik der CNT auf diesen Erfahrungen beruhen sollte.<sup>174</sup> Das bedeutete zwar u.a. nach wie vor die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften wie der UGT in bestimmten Bereichen, aber keine Verhandlungen mit dem Franco-Regime, mit der faschistischen Gewerkschaft CNS oder mit den politischen Parteien.

---

<sup>170</sup> „Inquietudes“, Sondernummer Juli 1947, zit.in: BOLLATEN, B., a.a.O., S.162, Anm. 39 (Textstelle von Verf. übersetzt)

<sup>171</sup> vgl. RICHARDS, V. a.a.O., S. 68

<sup>172</sup> SANTILLAN, de Diego Abad in: Magazin Timon, Barcelona August 1938, zit. In: RICHARDS, V., a.a.O., S.69 (Textstelle von Verf. übersetzt).

<sup>173</sup> BROUÉ/TÉMIME a.a.O., S.256

<sup>174</sup> vgl. „Les Anarchistes et le Pouvoir“



## 9. EXKURS 4: Widerspruch zwischen Führung und Basis innerhalb der libertären Bewegung Spaniens

„Macht korrumpiert auch die besten Revolutionäre“. Diese These war für die Politik der anarchistischen Bewegung bestimmend und wirkte sich u.a. direkt auf die Organisationsstruktur der CNT aus. Jede Untergruppe innerhalb der CNT stand mit den anderen durch koordinierende Sekretariate in Verbindung, aber sie behielt ihre Autonomie und freie Entscheidungsmöglichkeiten für Aktionen. Zwar gab es seit Beginn der CNT in ihren Reihen Führer und starke Persönlichkeiten, aber diese konnten auf Grund der dezentralisierten und revolutionären Organisationsstruktur nie die Struktur und Politik entscheidend verändern, auch wenn es innerhalb der CNT häufig zu Richtungskämpfen kam. Auch gelang es den Führern nie, aus „ihren“ Mitgliedern eine willenlose Schafherde zu machen.

Trotzdem bildeten sich schon frühzeitig Widersprüche heraus, die z.T. darauf zurückzuführen sind, daß die CNT bis 1936 meist in der Illegalität arbeiten mußte. Kleinere Gruppen begannen, Einfluß zu erlangen, und verschiedene ideologische Strömungen wurden mit einzelnen Personen verbunden (z.B. die „Treintistas“ um Peiró oder die „Nosostros“ um Durruti und Ascaso), d.h. daß viele Ideen nicht unabhängig von den führenden Personen, die sie vertraten, gesehen wurden. Hieraus entwickelte sich teilweise eine Achtung vor bestimmten Personen und auch vor der CNT als Organisation, daß man von Organisations- bzw. Personenkult sprechen muß. Der Organisationskult entstand im Laufe der Jahre der Illegalität, während der viele Mitglieder und Anhänger begannen, sich nicht nur mit den Zielen, für die die CNT kämpfte, zu identifizieren, sondern auch mit der Organisation CNT. Das heißt, die Organisation existierte in ihren Augen unabhängig von ihren Mitgliedern, sie wurde als CNT „an sich“ unsterblich. Fehler wurden nicht auf eventuell falsche Prinzipien zurückgeführt, sondern auf menschliche Unzulänglichkeit. Daher konnte es auf der „menschlichen Ebene“ auch zu scharfen inneren Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Fraktionen kommen, ohne daß dadurch die CNT in Frage gestellt wurde.

Zum Personenkult wäre grundsätzlich voranzustellen: Führer gibt es nie, wenn sie nicht auch als solche anerkannt werden. Der Personenkult, der innerhalb der libertären Bewegung um eine ganze Reihe von Personen entstand (z.B. García Oliver, Durruti, Federica Montseny), war besonders in der FAI von Bedeutung, was sicher z.T. auf die vielen militanten Aktionen zurückzuführen ist, durch die vor allem Mitglieder der FAI wie Durruti schnell „Berühmtheit“ erlangten. Die Propaganda, die allerdings um diese Personen gemacht wurde, trug dazu bei, sie innerhalb der Bewegung zu „besonderen Menschen“, also potentiell zu Führern zu machen. Ein Beispiel hierfür ist, daß am 26. August 1936, als G. Oliver wieder an die Front ging, dies in „Solidaridad Obrera“ ganz besonders gewürdigt wurde, als ob nicht jeden Tag Tausende von Menschen auch an die Front gegangen wären. In einer Ausgabe des Informations-Bulletins der CNT-FAI des Jahres 1937 wird ebenfalls G. Oliver die gesamte Vorderseite gewidmet, indem seine Tapferkeit und sein Mut herausgestellt wurden und er verglichen wurde mit „der anderen großen Person, unserem unsterblichen Durruti, der sich aus dem Grab erhebt und ruft 'Vorwärts!'“.<sup>175</sup>

Diese „großen Personen“ waren auch in der Regel die besten Redner, und es ist kein Zufall, daß gerade sie während der Revolution die „Politiker“ wurden. Die Entscheidung, mit den politischen Parteien zusammenzuarbeiten, brachte weitere Entwicklungen mit sich; die Politiker der CNT begannen, Machtstreben und eine legalistische Haltung zu entwickeln. Diese wiederum hatte eine Bürokratisierung zur Folge, die sich auf die Willensbildung und auf Entscheidungen auswirkte. Ein Nebeneffekt

---

<sup>175</sup> RICHARDS, V. a.a.O., S.182 (Textstelle von Verf. übersetzt)

war, daß es zur Herausbildung von vielen kleinen Funktionären kam, die in den verschiedenen Regionen und auf verschiedenen Ebenen wichtige Posten innehatten und militärische Befehlsgewalt übernahmen. Sie trafen die notwendigen Entscheidungen oft losgelöst von den Massen der Gewerkschaftsangehörigen. Zwar wurden innerhalb der CNT während des Bürgerkriegs immer noch mehr Versammlungen abgehalten als in anderen Organisationen, aber die Entscheidungen, die getroffen wurden, konnten schon von daher nicht repräsentativ sein, weil die Versammlungen zu kurz angesagt wurden und man auf der unteren Ebene oft keine Zeit hatte, die Probleme in Ruhe zu diskutieren. Die Versammlungen führten somit zu einer Billigung von Entscheidungen der Führung, ohne daß diese wirklich nachgeprüft werden konnten.<sup>176</sup> Zur Problematik der anarchistischen Minister schreibt Gaston Leval, daß diese dazu beitrugen, den Bruch zwischen Führung und Basis zu verstärken. Er geht davon aus, daß sich diese Minister mehr außerhalb der Bewegung befanden, an den tatsächlichen revolutionären Veränderungen (wie Kollektivisationen) gar nicht direkt beteiligt waren und mit "parteilpolitischen" Fragen vollauf beschäftigt waren.<sup>177</sup> Peirats weist darauf hin, daß die einflußreichen Militanten mit der Frage der Zusammenarbeit beschäftigt waren, während die Massen nur daran interessiert waren, die anstehenden Probleme zu bewältigen.<sup>178</sup> Auf Versammlungen konnten die Führer also zwar die Stimmen der Arbeiter für Zusammenarbeit mit politischen Parteien und Regierung eringen, aber die Arbeiter und Bauern führten die Revolution trotzdem in ihrem Sinn weiter, d.h. die Selbstorganisation in allen Bereichen.

Hierdurch bedingt wurde aber der Bruch zwischen ihnen und den Führern immer größer. Die Führer, die sich immer mehr zu einem "Exekutivkörper" entwickelten, begannen, je mehr sie zu Politikern wurden, vor der Radikalität ihrer Arbeiter Angst zu entwickeln und bemühten sich, Kontrolle über diese zu behalten. Der Begriff der sog. "Unkontrollierbaren" tauchte schon relativ früh auf. Nicht nur die Kommunisten und die Republikanischen Kräfte setzten alles daran, über diese Unkontrollierbaren wieder die Gewalt zu erlangen, auch die anarchistischen Führer meinten, "die Flut stoppen zu müssen", daß "die Revolution, in der die unkontrollierten und unkontrollierbaren Kräfte gebieterisch handeln, blind und zerstörerisch, großartig und grausam ist..."<sup>179</sup>, und diese Aufgabe erfüllten sie so lange, bis die Revolution tatsächlich "unter Kontrolle" gebracht war.

Die Rechtfertigung, den Kampf in Spanien als Revolution zu bezeichnen, lieferten also nicht die Führer der libertären Bewegung mit dem, was sie auf politische Ebene vollbrachten; denn sie forderten mit ihrer Haltung nicht die Konzepte des Staates und der Regierung heraus. Das, was Federica Montseny mit ihrer direkten Intervention in die Zentralregierung einmal als "die weitreichendste Revolution, die auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet gemacht wurde"<sup>180</sup> bezeichnete, war im Grunde nichts anderes als die reformistische Politik, die viele sozialdemokratische Parteien schon seit Jahren praktiziert hatten. Das einzige, was es rechtfertigt, von einer Revolution zu sprechen, sind die Kämpfe und Errungenschaften (Kollektivierungen, Milizsystem etc.), die von den Millionen unbekannten Männern und Frauen in Spanien in Selbstverwaltung durchgesetzt wurden. Ihr Fehler bestand darin, die Führer zu Führern werden zu lassen und in ihrer Weigerung, mit politischen Problemen "nichts zu tun haben zu wollen".

---

<sup>176</sup> vgl. ders. S.85 ff.

<sup>177</sup> vgl. LEVAL, Gaston *Ne Franco ne Stalin; Le collettività anarchiche spagnuole nella lottocotro Franco e la reazione stalinia*, Milano 1952, S.307, angegeben in: RICHARDS, V., a.a.O., S.74 f.

<sup>178</sup> Vgl. PEIRATS, Jose *La CNT en la revolucion espanola*, Toulouse, Bd. I, 1951, S.161 ff., angegeben in: ebda.

<sup>179</sup> MONTSENY, F. In: "La Revista Blanca", 30.7.1936, zit. in: BOLLOTEN, B. a.a.O., S.40 f. (Textstelle von Verf. übersetzt)

<sup>180</sup> RICHARDS, V. a.a.O., S.185 f. (Textstelle von Verf. übersetzt)

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Niederlage, in der nicht nur die libertäre Bewegung, sondern die gesamte antifaschistische Bewegung Spaniens im Frühjahr 1939 endgültig endete, läßt folgende Frage auf kommen:

Wäre ein Sieg über Franco überhaupt möglich gewesen und wenn, welche Fehler der antifaschistischen Kräfte trugen zur Niederlage der Spanischen Republik bei?

Bevor versucht werden soll, eine Antwort auf diese Frage zu finden, muß ein wesentlicher Punkt vorangestellt werden. Seit dem Spanischen Bürgerkrieg sind fast vierzig Jahre vergangen. Ähnliche Versuche wie in Spanien haben – wenn auch unter anderen Bedingungen und in abgewandelter Form – stattgefunden und ebenfalls fast alle mit einer Niederlage der revolutionären Bewegungen geendet. Als Beispiele seien nur die fehlgeschlagenen Versuche der ungarischen Arbeiter 1956 und der polnischen Arbeiter 1972 während der Aufstände räteähnliche Organe zu schaffen, genannt. Auch in diesen Fällen wurden zum Teil ähnliche Fehler begangen wie 1936 in Spanien. Es ist notwendig, diese Fehler aufzuzeigen und zu kritisieren. Nur ist dies im Nachhinein und vor allem als Unbeteiligter einfacher, als es in der damaligen Bürgerkriegssituation möglich gewesen wäre. Außerdem haben in den letzten vierzig Jahren Entwicklungen stattgefunden, die uns heute als selbstverständlich erscheinen, die aber 1936 noch nicht vorauszusehen waren, da Geschichte nicht mechanisch abläuft.

Auf die Interessen und Fehler der kommunistischen, sozialistischen und republikanischen Kräfte soll an dieser Stelle nicht mehr näher eingegangen werden. Versucht werden soll lediglich, eine Einschätzung der Haltung der libertären Bewegung Spaniens herbeizuführen.

Nach der Niederschlagung des faschistischen Putsches in den ersten Tagen des Bürgerkriegs waren nicht nur weite Teile Spaniens befreit, auch bestimmten die kämpfenden Arbeiter und Bauern Spaniens einen Großteil des politischen und wirtschaftlichen Lebens. Nach den Enteignungen und Kollektivierungen schufen sie ihre neuen Vertretungsorgane, die für eine gewisse Zeit die eigentliche Macht im Staate darstellten. Diese Vertretungsorgane blieben aber im Großen und Ganzen unkoordiniert. Sie trugen nicht dazu bei, eine wirklich einheitliche Bewegung zu schaffen und die wirtschaftlichen und politischen Probleme einheitlich zu regeln. Im Extremfall konnten in einer Region Kollektive nebeneinander leben, die auf Grund von äußeren Bedingungen ganz unterschiedliche Erträge erbrachten, aber ein Ausgleich fand selten statt. Ähnlich verhielt es sich mit kollektivisierten Fabriken.

Zwar wußten die Arbeiter, daß Geld und Rohstoffe notwendig sind, um die Produktion aufrechtzuerhalten und Waffen usw. zu kaufen, doch sie machten nie den Versuch, die Banken und die Goldreserven in ihr Kollektiveigentum überzuführen, was zur Durchführung ihrer Revolution notwendig gewesen wäre.

Die Probleme der anarchistischen Führer in bezug auf Zusammenarbeit schienen die Arbeiter und Bauern vor allem in Katalonien, aber auch in anderen Regionen Spaniens, nicht in dem Maße zu haben. An der Basis wurde auf Grund der äußeren Notwendigkeit mehr zusammengearbeitet als auf der "regierungspolitischen Ebene". Nur maßen die Arbeiter und Bauern der Basis dieser Ebene solange keine Bedeutung zu, wie diese ihre Revolution nicht gefährdete. Dies beinhaltete aber auch, daß diese relative Gleichgültigkeit den Regierungen gegenüber bei ihnen nicht die Frage aufkommen ließ, ob es nicht vielleicht notwendig sei, die Regierungen und politischen Parteien, die von Anfang an gegen eine Revolution waren, abzusetzen bzw. unter ihre Kontrolle zu bringen. Daß diese Gruppen gegen eine Revolution waren, hatten die Arbeiter schon vor dem Putsch gemerkt, als die Regierungen sich weigerten, ihnen die notwendigen Waffen zur Verfügung zu stellen und die Arbeiter daraufhin die Kasernen und Waffenarsenale stürmten. Die Regierungen aber und die politischen Parteien brauchten Zeit, um ihre eigene Kraft zurückzugewinnen. Ihr Zwiespalt bestand darin, daß sie auf der einen Seite

einen Sieg Francos fürchteten; auf der anderen Seite fürchteten sie ebenso sehr einen Sieg der revolutionären Kräfte, der ihre Machtstellung im Staat zerstören würde. Vom militärischen Kräfteverhältnis wäre ein Sieg der Republik in den ersten Tagen und Wochen möglich gewesen, hätten genügend Waffen etc. zur Verfügung gestanden. Nach dem massiven Eingreifen Deutschlands und Italiens allerdings hätte auch die Republik die Unterstützung anderer Länder sofort benötigt und nicht erst im Oktober, als Russland die ersten Waffen lieferte.

Wenn man also überhaupt von Fehlern sprechen kann, so bestanden sie darin, daß die anarchistische Bewegung nicht versuchte, aus den entstandenen Komitees ein einheitliches Räte- oder Delegiertensystem zu entwickeln und diese Räte somit zu den tatsächlichen und längerfristigen Machtorganen werden zu lassen. Ebenso verhält es sich mit den Banken und Goldreserven, die die Bewegung hätte unter ihre Kontrolle bringen müssen, um nicht materiell von den Regierungen abhängig zu sein. Nachdem die anarchistische Bewegung schon an Einfluß auf den Gang der Dinge zu verlieren begann und vor allem die führenden Mitglieder der Bewegung dies erkannten, war es von ihrem Standpunkt aus gesehen logisch, in die Regierungen einzutreten, um nicht vollkommen ihren Einfluß zu verlieren. Nur widersprachen sie mit diesem Schritt nicht nur ihren eigenen Theorien, sondern trugen dadurch dazu bei, ihre eigene Niederlage mit zu unterstützen.

Ob die Anarchisten in der Lage gewesen wären, ihre Theorie von der Abschaffung des Staates in Spanien durchzusetzen, ist fraglich. Nur war die Konsequenz aus dieser Einsicht, anstatt genügend mit den Arbeitern und Bauern z.B. der UGT zusammenzuarbeiten, diese Zusammenarbeit den jeweiligen Führern der Organisationen zu überlassen, schon deswegen falsch, da die Führer sich immer mehr von ihrer jeweiligen Basis entfernten.

Im Sommer 1936 aber verhielten sich nicht nur die Führer der libertären Bewegung Spaniens widersprüchlich zu ihren Theorien. Auch die Basis verhielt sich insofern widersprüchlich, als sie es nicht für notwendig erachtete, sich genügend mit der Problematik des Verhältnisses zu den Regierungen zu beschäftigen, sondern dies ihren Führern überließ.

## BIBLIOGRAPHIE

- BAKUNIN, Michail Staatlichkeit und Anarchie, Berlin 1972
- BARWICH, F.u.a. Arbeiterselbstverwaltung, Räte, Syndikalismus, Berlin 1973
- BERNERI, Camillo Klassenkrieg in Spanien 1936/37 - Gegen Faschismus und bürgerliche Republik, Berlin 1974
- BOLLOTEN, Burnett The Grand Camouflage, The Spanish Civil War and Revolution 1936-39, London 1968
- BORKENAU, Franz The Spanish Cockpit; An Eye-Witness Account of the Political and Social Conflicts of the Spanish Civil War, Ann Arbor 1963
- BRENAN, Gerald The Spanish Labyrinth; An Account on the Social and Political Background of the Civil War in Spain, New York 1975
- BROUÉ, Pierre/TEMIME, Emile Revolution und Krieg in Spanien, Ffm. 1968

- BUHR,Manfred/KLAUS,Georg (Hrsg.) Marxistisch-leninistisches Wörterbuch der Philosophie, Reinbeck bei Hamburg, 1972
- CNT-AIT-FAI Bolletin de Information Informationsdienst der syndikalistischen CNT und der anarchistischen FAI, Barcelona, Via Durruti 32-34, Nummern: 45,(10.5.1937); Sonderausgabe (11.5.1937); 50 (21.6.1937) 85 (8.6.1938); 87 (22.6.1938)
- CONZE,Edward Spain Today, London 1936
- DAHMS, Hellmuth Günther Der spanische Bürgerkrieg 1936-1939, Tübingen 1962
- DAS (Die Deutschen Anarchosyndikalisten)/ Nationalkomitee der CNT-FAI (Hrsg.) Die soziale Revolution, Nr.5/6, Februar 1937
- ENGELS, Friedrich Die Bakunisten an der Arbeit, in: MEW Bd.18, Ost-Berlin 1973
- ENZENSBERGER, Hans Magnus Der kurze Sommer der Anarchie, Frankfurt 1973
- FERNÁNDEZ, V. Orbon, Sturm über Spanien, Berlin 1931
- GERLACH, Erich/SOUCHY, Augustin Die soziale Revolution in Spanien, Berlin 1974
- GOLDMAN, Emma Living my Life, New York 1931
- HOBBSBAWM, Eric J. Sozialrebelln, Neuwied/Berlin 1971
- Sekretariat der INTERNATIONALEN ARBEITERASSOZIATION (Hrsg. "I.A.A., 10 Jahre internationaler Klassenkampf", Gedenkschrift zum zehnjährigen Bestehen der Internationalen Arbeiter-Assoziation, Berlin 1932
- JOLL, James Die Anarchisten, Frankfurt/Berlin 1969
- KIRSCH, Hans-Christian (Hrsg.) Der Spanische Bürgerkrieg in Augenzeugenberichten, München 1971
- KOCH, Gerd Marx und Bakunin zur Pariser Kommune: Zerstört den Staat! Hamburg 1974
- KORSCH, Karl Ökonomie und Politik im revolutionären Spanien,in: Schriften zur Sozialisierung, Reihe "Theorie und Praxis der Gewerkschaften", Frankfurt a.M. 1969
- KRIVITSKY, G. W. Ich war in Stalins Dienst, Amsterdam 1940
- LEHNING, Arthur Anarchismus und Marxismus in der russischen Revolution reprint Berlin 1971
- LEVAL, Gaston Social Reconstruction in Spain, London 1938
- MAASSEN, Hans (Hrsg.) "Brigada Internacional ist unser Ehrenname..." Ost-Berlin 1974
- MONTSENY, Federica Militant Anarchism and the Reality in Spain, Glasgow 1937
- MORROW, Felix Revolution and Counter-Revolution in Spain, New York 1938

- MOST, Johann Der Communistische Anarchismus, New York 1889
- MÜHSAM, Erich (Hrsg.) Fanal, anarchistische Monatsschrift, Nr.12, Jhg. 3, September 1929
- OBERLÄNDER, Erwin (Hrsg.) Dokumente der Weltrevolution Bd. IV: Der Anarchismus, Olten/Freiburg i.Br. 1972
- ORWELL, George Mein Katalonien, Amsterdam Neudruck 1975
- PRUDHOMMEAUX, A .und D. Die Bewaffnung des Volkes, Berlin 1973
- RABEHL, Bernd Geschichte und Klassenkampf, Berlin 1973
- RAMMSTEDT, Otthein (Hrsg.) Anarchismus- Grundtexte zur Theorie und Praxis der Gewalt, Köln/Opladen 1969
- REVENTLOW, Rolf Spanien in diesem Jahrhundert - Bürgerkrieg, Vorgeschichte und Auswirkungen, Wien 1968
- RICHARDS,Vernon Lessons of the Spanish Revolution, London 1972
- ROCKER, Rudolf Die Spanische Tragödie, Berlin 1976
- ROCKER, Rudolf/GOLDMAN,Emma Der Bolschewismus: Verstaatlichung der Revolution, Berlin 1968
- SANTILLAN, Diego Abad de/PEIRO,Juan Ökonomie und Revolution, West-Berlin 1975
- SERGE, Victor Erinnerungen eines Revolutionärs, Frankfurt 1967
- SOUCHY, Augustin Anarchosyndikalisten über Bürgerkrieg und Revolution in Spanien, Darmstadt 1969 , Erstveröffentlichung: Nacht über Spanien, o.J.
- THALMANN, Paul Wo die Freiheit stirbt – Stationen eines politischen Kampfes, Olten/Freiburg, i. Br.1974
- THOMAS, Hugh Der spanische Bürgerkrieg, Frankfurt/Wien/Zürich 1964
- WINTER, Johann "Die Tat geht dem Recht voraus.Vier ausländische Freiwillige berichten vierzig Jahre nach dem Bürgerkrieg über Leben und Kämpfen der libertären Bewegung im spanischen Bürgerkrieg." Hessischer Rundfunk, Ffm., 20.4.1976

Anarchistische Bibliothek  
Anticopyright



Monika Wojak  
Das Verhältnis von Anarchisten zu linken Regierungen  
1979

Impuls Verlag Bremen. Fußnotennummerierung stimmt nicht mit Original überein.

[anarchistischebibliothek.org](http://anarchistischebibliothek.org)